

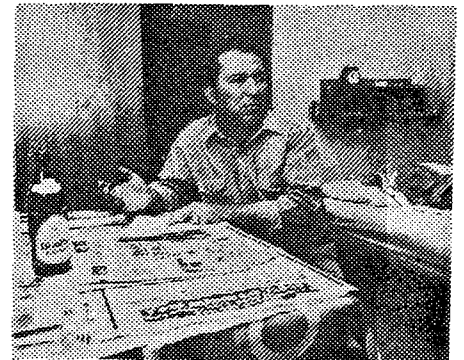
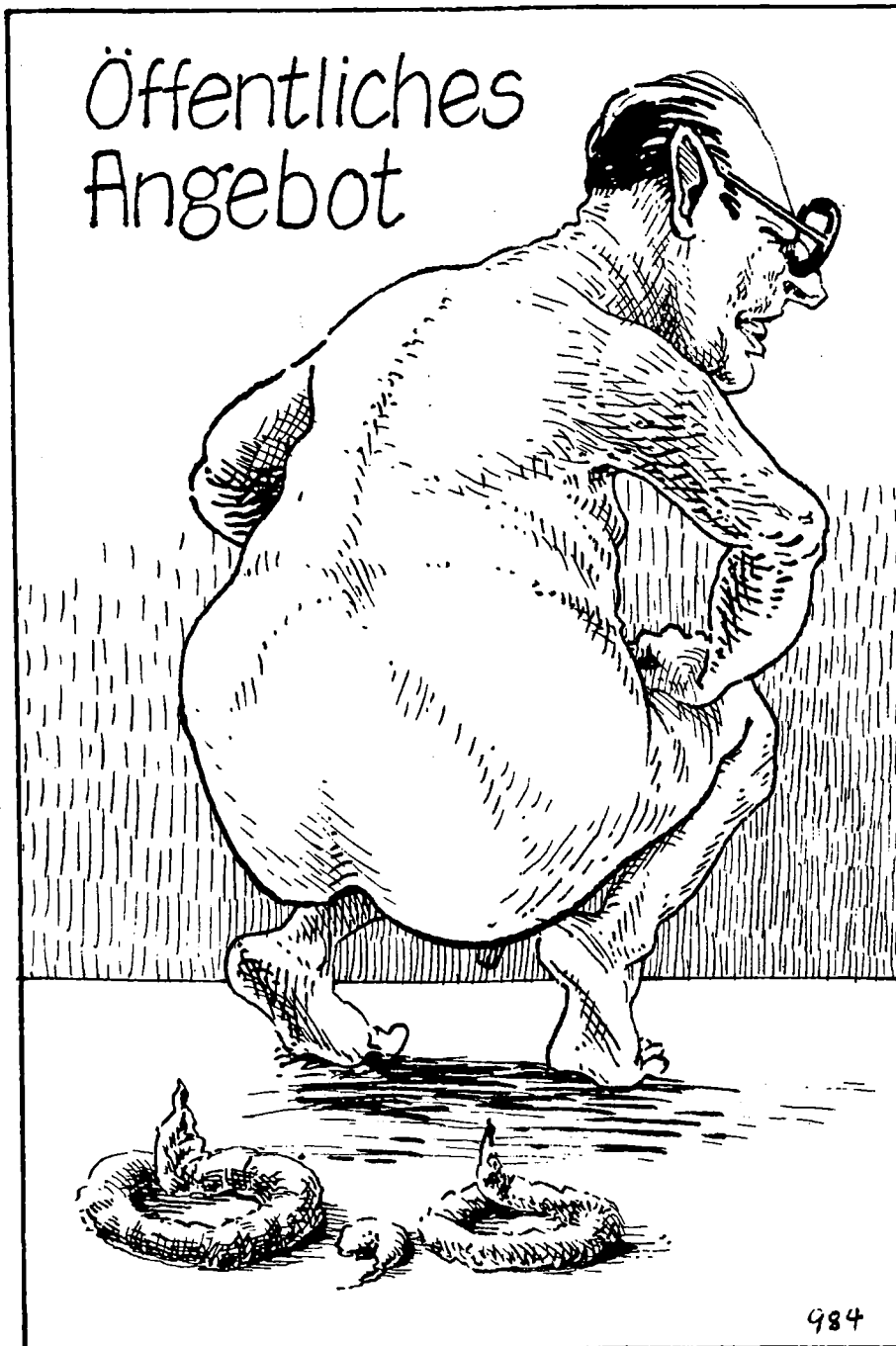
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



6. Oktober 1984
Jg. 5 Nr. 20

G 7756 D Preis:
2,50



Ausländergesetz: Ansprüche ausländischer Lohnabhängiger sollen unterdrückt und verboten werden Seite 8



Rüstungsprogramm: Ausbau der BRD zur überlegenen Militärmacht Seite 11



Südafrika/Azania: Der Streik der Bergwerksarbeiter trifft den Siedlerstaat empfindlich Seite 14

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Tariffbewegung öffentlicher Dienst: Zimmermanns Taktik: von der Nullrunde zum Nullangebot 4

Waffengesetze: Faschistische Umtriebe leichter 7

Warnstreiks: BAG-Urteil treibt Kapitalisten an 7

Ausländergesetz: Ansprüche ausländischer Lohnabhängiger sollen unterdrückt und verboten werden 8
Ausländerausbeutung bei Jungheinerich 9

Autoindustrie/Umweltschutz: Zimmermann verschafft Konzernen Absatz und dem Anhang ein neues Auto 10

Rüstungsprogramm: Ausbau der BRD zur überlegenen Militärmacht 11
Dokumentiert: Die BRD will Verfügungsgewalt über Atomwaffen ... 12

Auslandsberichterstattung

Südafrika/Azania: Der Streik der Bergwerksarbeiter trifft den Siedlerstaat empfindlich 14
Goldproduktion und -exporterlöse sinken 15

Grenada: Politische Opposition sammelt sich 15

Tschad: Frankreichs Rückzug – ein Propagandacoup 16

Großbritannien: Gerichte gegen Bergleute in Marsch 16

Österreich: "Der Kärntner spricht deutsch" 17

BRD/Italien: Die italienische Bourgeoisie ist besorgt über großdeutsche Bestrebung der BRD 17

Internationale Meldungen 18

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten: Frankfurter Appell 20

Arbeitszeit/Rombach-Verlag: Flexi-Konzept und neue Technologie in Anwendung – Bericht einer Packerin 21

Kommunalpolitik/Stromversorgung: Sondertarifikunden mit höchstem Zuwachs beim Stromverbrauch 22

HITLER-FÄLSCHUNG: WER WAR DARAN INTERESSIERT?

Die Presse bemüht sich, den derzeit vor Gericht verhandelten Verkauf von angeblichen Hitler-Tagebüchern an den "Stern" als Betrugsvergehen zweier geldgieriger, mit der neo- und altfaschistischen Szene verstrickter Burschen darzustellen. Der ehemalige "Stern"-Reporter Heidemann und der vom Handel mit faschistischen Andenken ans interessierte Publikum lebende Kujau hätten die "Stern"-Redaktion übers Ohr gehauen. Daß zu diesem Geschäft auch der damalige Chef-Redakteur Nannen gehörte, der bereitwilligst die in den Fälschungen enthaltene Retusche des Geschichtsbildes über den deutschen Faschismus – Hitler war gar nicht so – veröffentlichte, wird jetzt ebenso verschwiegen, wie die Hinweise auf andere an diesem Trickschwindel Interessierte in der Berichterstattung weitgehend fehlen. So war nur wenigen Zeitungen zu entnehmen, daß der "Stern" Proben aus den angeblichen Hitler-Tagebüchern bereits weit vor der ersten Veröffentlichung dem Bundeskriminalamt vorgelegt hatte und als echt bestätigt bekam. Erst später, nachdem in der Öffentlichkeit Zweifel an den nun publizierten Tagebüchern laut wurden, hat das BKA in einer neuerlichen Untersuchung die Fälschung entlarvt. Ein Hinweis auf weitere Kreise neben Nannen, die an einer Tatsachenfälschung über den deutschen Faschismus interessiert sind! – (alk)

TÜRKEI: MILITÄREINSATZ DAUERT AN

Am 29.9.84 haben in mehreren Städten der BRD Protestaktionen gegen die Militäraktionen in Türkisch-Kurdistan stattgefunden. Gefordert wurde: "Schluß mit der Aggression gegen das Kurdische Volk! Freiheit für alle politischen Gefangenen! Keine militärische und wirtschaftliche Hilfe an die Junta!" Die Organisationen, die zu den Protestaktionen aufgerufen haben – Ala Rizgari, Birlik Yolu, Gercek ADK, Isci Gercegi, KKDK, KOMKAR, Kürdistanli Devrimciler, Proleter Dayanisma, Unterstützer Kurtulus – schreiben in ihrem Aufruf: "Der am 18. August auf Befehl der faschistischen Junta angeordnete Großangriff und die Verhaftungsoperation in Türkisch-Kurdistan dauert immer noch an. Dieser Aggressionsakt, der von einer aus 4000 Mann bestehenden, speziell für solche Unternehmen gebildeten Militäreinheit mit der Unterstützung von Luftlande- und Gendarmereieinheiten geführt wird, hat sich mittlerweile zu einem offenen Krieg gegen das Kurdische Volk entwickelt ... Inzwischen hat sich die Operation, die seit 35 Tagen andauert, auf weitere Provinzen in Türkisch-Kurdistan (Hakkari, Siirt, Van, Bitlis, Mardin,

Mus, Diyarbakir und Bingöl) ausgedehnt. Dabei wurden Panzereinheiten, Hubschrauber und Kommandoeinheiten eingesetzt. Mittel von zivilen Einrichtungen, wie die der Kommunen, Straßen- und Verkehrsämter, wurden ebenfalls in den Dienst der Armee gestellt. Die Operationsgebiete wurden für den Fremdenverkehr gesperrt. Seit Beginn dieses Terrors wurden hunderte von Menschen verhaftet, es soll mehrere Tote und Verletzte gegeben haben ... Die Offensive der türkischen Armee in Kurdistan findet zu



Militäraktion in Türkisch-Kurdistan

einer Zeit statt, in der sich das Evren-Özal-Regime in einer ausweglosen Situation befindet: Unruhe und Kritik gegen das durch die Wirtschaftspolitik der Özal-Regierung noch verschärfte Elend machen sich breit ... Die Forderung nach einer Generalamnestie für politische Gefangene ... wird immer lauter. Wir demokratische türkische und kurdische Organisationen protestieren aufs schärfste gegen die Offensive der faschistischen Junta, die alle Menschenrechte verletzt und unsere Völker mit der Macht der Bajonette zum Schweigen zu bringen versucht ... – (eve)

GESAMTMETALL: "FLEXI NEIN" = TARIFBRUCH

Kaum hatte der Vorstand der IG Metall das Schulungsmaterial zu den neuen Manteltarifverträgen verschickt mit der Aufforderung an die Betriebsräte, die tarifvertraglich mögliche Arbeitszeitflexibilisierung jetzt einzelbetrieblich zu verhindern, antwortete die Gesamtmetall-Mitgliederversammlung mit einer "Saarbrücker Erklärung". Die Erklärung ist der Appell an alle Mitgliedsfirmen, keinen Aufwand zu scheuen, um betrieblich differenzierte und flexible Arbeitszeiten durchzusetzen. Verschiedene Äußerungen von Gesamtmetall deuten an, welche Hebel dazu in den Betrieben angesetzt werden sollen. Die Betriebsräte, die die Betriebsvereinbarungen aushandeln müssen, werden unter Druck gesetzt. Einmal mit der Drohung, ein Nein zur Flexibilisierung schade der Wettbe-

werbsfähigkeit des Unternehmens und mache die Arbeitsplätze unsicher; ergänzt um den demagogischen Verweis auf die von den Kapitalisten selber gestalteten unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Belastungen (z.B.: die Akkordarbeiterin, sowieso "Doppelverdienerin" und vom Arbeitsmarkt her leicht ersetzbar, soll doch ruhig früher nach Hause gehen können; der alleinverdienende Konstrukteur mit Familie soll dagegen im eigenen Interesse die Höchstarbeitszeit ausschöpfen können usw.).

Schließlich droht Gesamtmetall kaum verhüllt mit dem Bruch des ganzen Tarifvertragswesens. Darauf läuft das Argument hinaus, die IGM verstoße mit der Aufforderung, die Flexibilisierung zu verhindern, gegen Buchstaben und Geist der Tarife, sei also "nicht tariftreu". So berichtete die "Stuttgarter Zeitung" auch schon am 28.9., daß Gesamtmetall beim Nichtzustandekommen von Betriebsvereinbarungen weder 38,5 Wochenstunden für jeden akzeptieren noch sich an eine tarifliche Obergrenze der Arbeitszeit von 40 Wochenstunden gebunden fühlen werde. — (rok)

KOMMUNALWAHLEN IN NRW: VERLUSTE VON CDU UND FDP

Das Ergebnis ist erfreulich:

— Die CDU hat gegenüber den Kommunalwahlen 1979 rund 450000 Stimmen verloren. Sie konnte ihre Anhänger nur sehr schlecht mobilisieren. Die Wahlbeteiligung beträgt nur 65,8%. Die CDU hat aber auch Wähler an die SPD abgegeben, die so trotz großer Verluste an die GRÜNEN stärkste Partei werden konnte.

— Die FDP ist in der Mehrzahl der Parlamente der kreisfreien Städte nicht mehr vertreten. Auch wenn sie sich auf dem Lande noch besser halten konnte, zeigt das Ergebnis dieser Wahlen eine weitere Schwächung.

— Die GRÜNEN sind in die Parlamente aller 31 Landkreise und der 23 kreisfreien Städte gekommen. Sie haben bei allen Wahlen seit der Landtagswahl 1980 fortlaufend Stimmen dazugewonnen: Von 291000 über 581000 bei den Bundestagswahlen 1983 und 597000 bei den Europawahlen auf jetzt 705000.

Im Landesdurchschnitt erhielten:

	1984 Tsd. (Prozent)	1979 Tsd. (Prozent)
CDU	3447 (42,2)	3902 (46,3)
SPD	3469 (42,5)	3789 (44,9)
FDP	394 (4,8)	551 (6,5)
GRÜNE	705 (8,6)	—
DKP	36 (0,4)	55 (0,7)

Die CDU hat den gewünschten Wählerauftrag, die kommunalen Leistungen für die arbeitende Bevölkerung zusammenzustreichen und zu verteuern, nicht bekommen. Ihre Politik der Unterdrückung der Ausländer, der Repressalien gegen Sozialhilfeempfänger usw. hat sie Stimmen gekostet. Die CDU hat etliche Bürgermeister- und Landratsposten verloren.

In nicht wenigen Städten, Kreisen und Gemeinden hat auch die SPD keine absoluten Mehrheiten mehr, was die Möglichkeiten für die GRÜNEN verbessert, Einfluß auf kommunale Entscheidungen auszuüben.

In Bottrop konnte die DKP 8,6% der Stimmen und fünf Ratssitze erlangen.

Die Bunte Liste Oberhausen erhielt 6736 Stimmen (6,7%). Sie wird von Mitgliedern der GRÜNEN, der DKP, der Volksfront und verschiedener Initiativen unterstützt.

Die MLPD erhielt in Gelsenkirchen 399 Stimmen. Sie selbst hätte 1000 Stimmen als einen Erfolg gewertet. Die KPD kandidierte in 11 von 42 Wahlkreisen Dortmunds und wurde von 131 Leuten gewählt. — (clm)

Berlinförderung: Gewährleistung von Extraprofit 22

Kommunalwahlen: Monopolmacht vor den Stadttoren zu Ende? 23

Bodenverseuchung: Nutznießer bleiben ungeschoren 23

Herbstmanöver/Niedersachsen: Störmanöver im Raum Hildesheim durchgeführt 24

Schichtarbeit/Deckel AG: Zehn-Stunden-Schicht oder Dreier-Schicht 25

Bildschirmarbeit/ÖTV: Tarifverhandlungen NRW 25

Heimerziehung/Niedersachsen: Renaissance kirchlicher Anstalten — Erzieher werden verheizt 26
Heimerziehung in Niedersachsen .. 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Dokumentation: DGB-Materialien zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg 29

Sozialstatistik

Arbeitslosenversicherung: Überschüsse bei der Bundesanstalt für Arbeit — Versicherungsansprüche beseitigt 30

Die Zerstörung der Arbeitslosenversicherung — eine Chronik 30

Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

Taschenbücher: Grundlagen und Bruchstücke einer Philosophie der GRÜNEN 32

GRÜNE/Entwicklungspolitik: Forderungen gegen die Politik der Landesregierung Baden-Württemberg 33

Neofaschismus: CSU-Programmatik und -Politik — Nährboden für Faschismus 34

Spezialberichte

Straßenverkehr: Kapitalisten und Regierung halsen Lohnabhängigen die Kosten für Arbeitswege auf 36
Verkehrskonzept des DGB Baden-Württemberg 36
GRÜNE zur Verkehrspolitik 37
Verkehrsunfälle sind meist Arbeitsunfälle 38
Führerscheinkosten für die Lohnabhängigen 39

Titelbild: Karikatur tis, Hamburg



Das Morden des 1. Weltkriegs wurde damals als Vaterlandsverteidigung gelobt. Verdun ist ein Ort, an dem sich Hunderttausende umbrachten. Kohl und Mitterand brachten bei ihrem dortigen Fototreff folgendes zum Ausdruck: "Europa ist unser gemeinsames Vaterland und wir sind die Erben einer großen europäischen Tradition." — Es braucht schon abgebrühte Strolche, um den Vaterlandsgedanken von Verdun aggressiv gegen ganz Europa zu placieren. — (maf)

Tariffbewegung im Öffentlichen Dienst

ZIMMERMANN'S TAKTIK: VON DER NULLRUNDE ZUM NULLANGEBOT

Am 25. September fand die erste Verhandlungsrunde im Tarifikampf 1984 der Lohnabhängigen des öffentlichen Dienstes statt. Obwohl der alte Tarif zum 31. August ausgelaufen war, unterbreitete Bundesinnenminister Zimmermann als Verhandlungsführer der Dienstherrenseite keinerlei Angebot. Dieser Unverfrorenheit entgegneten die Verhandlungsführer der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst keineswegs mit schroffer Kritik. Fast ohne Widerspruch ließen sie sich von der Ankündigung Zimmermanns vertragen, zum nächsten Verhandlungstermin am 11. Oktober ein "Angebot" unterbreiten zu wollen. So bleibt der Dienstherr in der Initiative, die Vorbereitung von Protestaktionen in den öffentlichen Betrieben wird behindert. Mit der Propaganda, die Nullrunde sei vom Tisch, übernimmt die bürgerliche Presse ihren Part, den Aufbau der Streikfront zu stören.

Worauf beruht die Annahme, die Nullrunde sei vom Tisch? Ausschließlich auf dem Hinweis Zimmermanns, ein Angebot vorlegen zu wollen! Auf die Frage, ob die Nullrunde vom Tisch sei, hat er nicht geantwortet! Was folgt daraus anderes, als daß Zimmermann ein "Angebot" vorlegen wird, das die Nullrunde für 1984 beinhaltet?

Das Magazin "Wirtschaftswoche" berichtet über die Position des Bundesfinanzministeriums: "Nach dem Willen von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg soll diese Nullrunde bis zum Frühjahr nächsten Jahres gefahren werden ... Das Festhalten der

Bundesregierung an der Nullrunde (Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium Horst Waffenschmidt: "Der Beschluß ist unverändert") bringt die Arbeitnehmervertreter auf die Barrikaden ... Welche Summen im Etatentwurf für die kommende Tarifrunde tatsächlich versteckt sind, 'werden Sie von uns nicht zu hören bekommen', so ein Stoltenberg-Mitarbeiter äußerst verschlossen."

Die inzwischen-umfangreiche, wenn auch versteckt geführte Diskussion über ein Verhandlungsangebot an die DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst weicht keinen Millimeter weit von dem Finanzrahmen des Finanzministeriums und damit von der Nullrunde ab. In der Bundestagsdebatte vom 12. bis 14. September über das Haushaltsgesetz kritisierte kein Redner diesen Finanzrahmen als zu niedrig. Günther Bading denkt in der "Welt" darüber nach, wie der häßlichen Nullrunde kostenneutrale Kosmetik aufgetragen werden kann: "Selbst bei rechnerischer Beibehaltung eines 'Null-Zuwachses' für 1984 böte die Laufzeit bis in den Herbst des nächsten Jahres hinein – oder länger – die Möglichkeit, den Staatsdienern 1985 etwas an Einkommen draufzulegen." Ebenso profiliert sich Peter Henkel in der Frankfurter Rundschau: "Denkbar wäre beispielsweise, daß man sich für die letzten vier Monate dieses Jahres auf einen einmaligen Betrag verständigt, der erst im Januar ausgezahlt wird – ein Verfahren, das beiden Seiten elegant bei der Gesichtswahrung

helfen würde und obendrein für die ÖTV die berühmte soziale Komponente brächte." Bundesarbeitsminister Blum entwickelt auf die Frage des Deutschen Beamtenbundes nach der Niedrigkeit der vermögenswirksamen Leistungen im öffentlichen Dienst eine alte Variante: "Ich glaube, daß einer der neuen Spielräume der Einkommenspolitik in der Vermögenspolitik liegen muß." Schließlich meldet sich am 21.9. der Bundesvorstand der CDA-Sozialausschüsse zu Wort: "Nach Auffassung der CDA sollten die öffentlichen Arbeitgeber mit konstruktiven Vorschlägen zur Verkürzung der Arbeitszeit in die Tarifverhandlungen gehen und sich zu einer Vorruhestandsregelung für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes be-



Die Arbeitszeitforderung verhindert nicht 6-Tage-Rhythmus

JUGENDARBEITSSCHUTZ ABGESCHAFFT

Am 21.9. haben CDU/CSU und FDP im Bundestag das neue Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet. Künftig können die Kapitalisten Jugendliche unter 18 Jahren bis zu elf Stunden an einem Tag ausbeuten (§ 12), an Samstagen (§ 16), Jugendliche ab 16 Jahren bereits ab 5 Uhr nachts, Jugendliche ab 17 Jahren ab 4 Uhr nachts zur Arbeit zwingen. Außerdem hat Blum in das neue Gesetz eine "Tariföffnungsklausel" eingefügt, der den Kapitalisten erlaubt, jede Schutzvorschrift gegen die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte aufzuheben, so es ihnen nur gelingt, eine Gewerkschaft zur Anerkennung eines entsprechenden Tarifs zu zwingen. Der Jugendarbeitsschutz ist damit abgeschafft. Blum dreist in der Bundestagsdebatte: "Wir machen Jugendarbeitsschutz überhaupt erst praktikabel." Vertreter der

GRÜNEN griffen in der Debatte die Nachtarbeit für alle Lohnabhängigen z.B. in Bäckereien an. Die Aufhebung des Jugendarbeitsschutzes sei Teil der "Flexibilisierungs"absichten der Kapitalisten. Auch die SPD lehnte das neue Gesetz ab. (BT-Drucksache 10/340, 10/1128, BT-Protokoll vom 21.9. – rül)

WEITERES SS- TREFFEN GEPLANT

Für den 13./14. Oktober 1984 hat die "Truppenkameradschaft" der 4. SS-Polizei-Panzer Grenadier-Division ein Treffen in Marktheidenfeld (Franken) angekündigt. Damit soll eine weitere Versammlung ehemaliger Führer und Angehöriger dieser Terrortruppen des deutschen Faschismus stattfinden. Teile dieser Division waren an verschiedenen Massakern gegen Zivilisten während des 2. Weltkrieges beteiligt u.a. in den griechischen Orten Kalavryta, Arachova, Kommeno, Les-

sovouni, Klissura und Distomon sowie in der Sowjetunion. In Klissura erschossen sie über 200 Menschen, auch Säuglinge und schwangere Frauen. In Distomon ermordete diese SS-Division 218 Menschen, darunter 65 Kinder und Jugendliche. Die VVN – Bund der Antifaschisten fordert in einem Schreiben an Kohl und Zimmermann das unverzügliche Verbot des Treffens in Marktheidenfeld und die Auflösung aller SS-Verbände in der BRD. (UZ, 20.9.84 – alk)

ANKLAGE GEGEN VGH-HENKER

Die Westberliner Staatsanwaltschaft hat gegen den Volksgerichtshof-Richter Paul Reimers (82) Anklage erhoben wegen Mord in 97 Fällen, begangen durch Todesurteile des Volksgerichtshofs. Ob Reimers verurteilt wird, ist äußerst fragwürdig. Bis heute ist kein einziger Richter des VGH belangt worden. 1968 hatte der Bundes-



Die Vorsitzenden der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst erläutern die Tarifforderungen

reiterklären".

Gleichzeitig zeichnet sich ab, wie der Dienstherr die Kombination aus einer gerade noch passablen Einkommensforderung von 110 DM mindestens und einer schwachen Arbeitszeitforderung nach 10 freien bezahlten Tagen zur Spaltung der Streikfront nutzen will. Das Angebot soll sich unter Berücksichtigung des Finanzrahmens des Haushalts 1985 auf eine lächerliche Erhöhung des Einkommens beschränken. In der Arbeitszeitfrage will der Dienstherr kein Angebot machen (es sei denn, das von der ÖTV verworfene Blümsche Vorruhestandsmodell). So hätte er von Anfang an klargestellt: eine Arbeitszeitverkürzung, in welcher Form auch immer, wird auf Kosten des Angebots für die Erhöhung der Einkommen gehen. Der bereits zitierte Günther Bading beschreibt die erhoffte Wirkung dieser Taktik: "Für mehr Geld sind die

bei den Arbeitern und 'kleinen' Angestellten beheimateten 'Kampftropfen' der ÖTV zum Streik bereit; für einen nur noch auf dem elektronischen Taschenrechner nachvollziehbaren theoretischen Einstieg in die 35-Stunden-Woche über zehn freie Tage wohl kaum, wenn dies Abstriche beim erhofften und in vielen Fällen gewiß auch benötigten Lohnzuwachs bedeuten würde." Die Reaktion ist entschlossen, den DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst die Auseinandersetzung genau an dem Punkt aufzuzwingen, wo sie schwach und uneinig sind, in der Arbeitszeitfrage. Eine Urabstimmung in einer Situation, wo der Dienstherr ankündigt, Abstriche am Einkommensangebot zu machen, wenn die Gewerkschaften für Arbeitszeitverkürzungen kämpfen, kann gefährlich sein, wenn nicht klargestellt wird, daß es bei der Mindestforderung nach 110 DM keinerlei Kompromisse

geben wird.

Eine solche Klarstellung bekämpft aber die SPD mit Macht. Sie lockt mit Arbeitszeitverkürzung, um die Gewerkschaften von der Verteidigung der Realeinkommen wegzubringen, die Arbeitskraft intensiver aussaugen zu können und das Geschäft der Reallohnsenkungen selber leichter betreiben zu können. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Diether Posser (SPD) erklärte in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ), Nordrhein-Westfalen würde "diese Nullrunde für dieses Jahr stützen". Ganz zu schweigen von dem Plan des Bremer Bürgermeisters Koschnick (SPD), das 13. Monatsgehalt bei 2000 DM zu kappen oder dem Plan des nordrhein-westfälischen Kultusministers Schwier (SPD), die Bezüge der Lehrer um vier Prozent zu kürzen! Die Erklärung führender Sozialdemokraten, die Gewerkschaften zu unterstützen, wenn sie den "Verteilungsspielraum" für Arbeitszeitverkürzungen nutzen, macht deutlich, daß die Gewerkschaftsbewegung ganz auf sich allein gestellt ist bei der Durchsetzung des Mindestbetrages von 110 DM und daß es großer Anstrengungen bedarf, um zu verhindern, daß dieser Mindestbetrag in den Verhandlungen "geopfert" wird. Dann hätte die Reaktion, dank des Wirkens der SPD, die Gewerkschaften da, wo sie sie hinhaben will, gespalten und unfähig zum großen Streik, weil die Interessen insbesondere des einfachen Dienstes, die Interessen der "Kampftropfen", mißachtet werden.

Auch in einem anderen Punkt versucht der Dienstherr den Schein zu erwecken, er sei kompromißbereit. So hat u.a. der Staatssekretär des bayerischen Finanzministeriums, Albert Meyer, der Gewerkschaft ÖTV die Zusage gemacht, das Tarifiergebnis für

gerichtshof eine Klage gegen den VGH-Beisitzer Rehse niedergeschlagen, weil dieser "nach damals geltendem Recht" rechtmäßig geurteilt habe. Die Staatsanwaltschaft nennt den VGH in ihrer Anklage nun ein "Scheingericht". — (rül)

POLITISCHE GEFANGENE SCHWER MISSHANDELT

Die wegen Teilnahme an der Demonstration gegen den US-Vizepräsidenten Bush in Krefeld zu zwei Jahren Haft verurteilte Anne Holling ist am 31.8. auf Anweisung des Leiters der JVA Essen, W. Eickmeyer, in ihrer Zelle von einem Rollkommando von 15 Beamten und einer Frau des Landeskriminalamtes überfallen worden. Sie wurde geschlagen, nackt über den Flur geschleift und in eine Bunkerzelle gesperrt, wo sie drei Stunden nur mit einer Decke bekleidet ausharren mußte. Dann wurde Anne Holling in einen Transportwagen geschleift und nackt

und gefesselt in die JVA Brackwede verlegt. Ihr Anwalt hat Strafanzeige gegen den Anstaltsleiter wegen Körperverletzung, Beleidigung und sexuellem Mißbrauch von Gefangenen gestellt und Dienstaufsichtsbeschwerde eingelegt. Mehrere Frauengruppen stellten ebenfalls Anzeige gegen den Anstaltsleiter. Die Humanistische Union forderte seine Absetzung. Eickmeyer wurde aber nur "auf eigenen Wunsch" zum Justizvollzugsamt Hamm versetzt, bis die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abgeschlossen sind. NRW-Justizminister Dieter Haak hüllt sich zu dieser brutalen Gefangenenmißhandlung in seinem Zuständigkeitsbereich in Schweigen. — (rül)

NEUES PERSONALAUSWEISGESETZ

Am 20.9. beschloß der Bundestag auf Antrag von CDU/CSU und FDP, das Gesetz über die Einführung des neuen

Personalausweises außer Kraft zu setzen, das ursprünglich am 1.11. in Kraft treten sollte. Innenminister Zimmermann teilte mit, daß den Landesinnenministern bereits ein neues Gesetz vorliege, das "präzisierende Regelungen im Bereich der Datenerhebung und -verarbeitung bei Polizei und Verfassungsschutzbehörden" enthalte. Dieser Gesetzentwurf behält die grundlegenden Regelungen des früheren Gesetzes bei, d.h. der neue Ausweis soll maschinenlesbar und verpflichtend für alle BRD-Bürger über 16 Jahre bleiben. Die Vorschriften über den Zugriff auf Datensammlungen sind entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Volkszählung geändert, indem — so lassen die Ausführungen von Zimmermann vermuten — nun auch die Nutzung von Daten durch Polizei und Verfassungsschutz direkt legalisiert werden sollen. (Bundestagsprotokoll 10/85, Drucksache 10/2010 — uld)

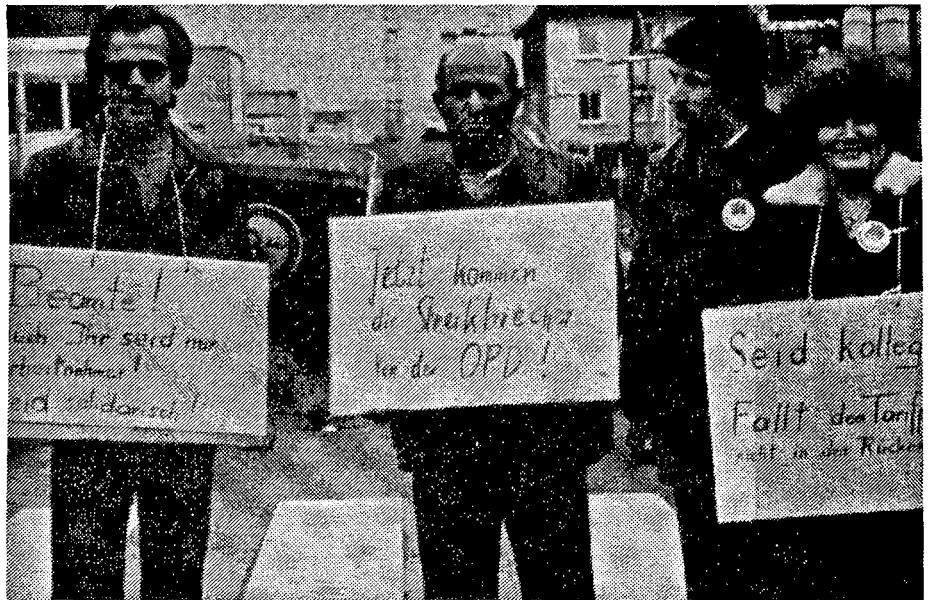
Arbeiter und Angestellte des öffentlichen Dienstes für die Beamten zu übernehmen. Einmal abgesehen davon, daß es ihm nicht sehr schwer gefallen sein muß, ein Null-Angebot an die Arbeiter und Angestellten für die Beamten zu übernehmen, beruht diese Zusage nicht ausschließlich auf der Forderung der ÖTV nach einem gleichen Abschluß für Arbeiter, Angestellte und Beamte. So sehr der Dienstherr auch auf diese Zusage festgenagelt werden muß, verfolgt er damit doch auch seine eigenen Ziele. Durch diese Zusage wird das Gewicht des Deutschen Beamtenbundes, der ca. 800000 Beamte bei sich organisiert hat, erhöht. Gegen alle Ansätze der DGB-Gewerkschaften, die Beamten in Streikmaßnahmen einzubeziehen und gegen Streikbrechereinsätze von Beamten massiven Widerstand zu leisten, soll der Beamtenbund als Stoßtrupp eingesetzt werden. Dieser hat in der Septemberausgabe seiner Monatszeitung erklärt: "Wer wie der DGB gegen den Einsatz von Beamten als 'Streikbrecher' polemisiert, diffamiert die Beamten und deren intaktes Rechtsbewußtsein."

Um so wichtiger ist es, eine Initiative der Deutschen Postgewerkschaft zu unterstützen, die sich gegen eine Verfügung des Bundespostministers richtet, in der es heißt: "Streiks, streikähnliche Aktionen von Beamten sowie Vorbereitungen hierzu (zum Beispiel Urabstimmung, Aufforderung zur Arbeitsniederlegung) sind unzulässig ... Im Falle eines Arbeitskampfes der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes ist der Einsatz von Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen zulässig." Mit einer Unterschriftensammlung will die Postgewerkschaft die Zurücknahme dieser Verfügung erreichen.

Die Verfügung des Bundespostmini-

sters wie auch die Klage der Dienstherren wegen der Warnstreiks der ÖTV im Jahre 1983, die Gewerkschaften u.a. untersagen soll, Müllwagen und ähnliches Gerät zu Streikzwecken zu benutzen, machen deutlich, daß sich Bund, Länder und Gemeinden auf ein brutales Vorgehen in dieser Lohnauseinandersetzung vorbereiten. Darüber sollte das Friedensgespräch in der Presse nach dem ersten Verhandlungstag hinwegtäuschen. Dieses brutale Vorgehen soll abgesichert werden

um 11,3%. Nur um den Standard von 1980 wieder zu erreichen, wäre eine 7%-Forderung notwendig. Leider haben es die DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst bisher versäumt, sich mit dem Thema der Lohn-Preisentwicklung und dem Thema Lohn-Leistung genauso umfangreich auseinanderzusetzen, wie mit dem Problem der Arbeitszeitverkürzung. Das wird aber notwendig sein, wenn der Mindestbetrag von 110 DM wirklich durchgesetzt werden soll.



DPG-Kampagne gegen Streikbrechereinsatz von Beamten

durch Isolierung der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Mit Hinweis auf eine Preissteigerungsrate von 1,6% wird die Forderung nach Einkommenserhöhungen als "maßlos" diffamiert. Tatsächlich sind die Preise nach offizieller Statistik von Juli 1980 bis Juni 1984 um 18,6% gestiegen. Im selben Zeitraum stiegen Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst nur

Quellenhinweis: Wirtschaftswoche Nr.37 v. 7.9.84; Die Welt, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung jeweils v. 26.9.84; Westfälische Allgemeine Zeitung v. 28.07.84; Presseerklärung der CDA vom 22.9.84; Der Beamtenbund, Zeitschrift des Deutschen Beamtenbundes, Nr.9/84; Deutscher Bundestag – Stenographischer Bericht 81. bis 83. Sitzung – (kar)

RENTENSENKUNG UND HÖHERE BEITRÄGE

"Über eine Beitragserhöhung werde entschieden, wenn die Einnahmen dieses Jahres feststünden". So hat Blüm Ende September eine Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrags von 18,5% auf vermutlich 19% angekündigt. Daß eine solche Beitragserhöhung und weitere Rentensenkungen sein müssen, ist unter den Regierungsparteien bereits unstrittig. Einen Grund hat Blüm auch schon: "Wenn man Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich durchführe, dann gehe das gegen die Arbeitslosen. Wenn man sie ohne Lohnausgleich durchführe, dann gehe es gegen die Rentner, und genau das sei geschehen", zitiert das "Handelsblatt" den Rentnerplünderer. Nach den Vorausberechnungen der Rentenversicherungen werden diese Anfang 1985 nicht mehr die gesetzlich vorgeschriebene "Schwan-

kungsreserve" von einer Monatszahlung haben. Allein durch die Senkung des Rentenversicherungsbeitrags für Arbeitslose, den die Bundesregierung 1982 beschlossen hatte, fehlen den Rentenkassen Einnahmen von 5 Mrd. DM im Jahr. Jetzt soll dieses planmäßig herbeigeführte "Rentenloch" Vorwand für neuerliche Rentensenkungen und Beitragserhöhungen sein. – (rül)

BLÜM FÖRDT WEITER SPALTERGEWERKSCHAFTEN

Bundesarbeitsminister Blüm fördert Spaltergewerkschaften. Am 27.9. meldete das Wirtschaftsinstitut des BDI in seinem Informationsdienst: "Der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB) hat Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und Mitglied der IG Metall, als Hauptredner für eine zentrale Mai-Veranstaltung 1985 in Saarbrücken gewonnen." Bereits 1983 war Blüm am 1. Mai auf einer Veranstal-

tung von CGB und anderen Spalterverbänden aufgetreten, nachdem ihn der Bonner DGB-Kreisvorstand als Redner auf seiner Maiveranstaltung wieder eingeladen hatte. Der "Christliche Gewerkschaftsbund" ist eine 1955 von der katholischen Kirche als Spalterverband gegründete Gewerkschaft, die von der Union seit Jahren gefördert wird. Seine größte Einzelgewerkschaft, der "Christliche Metallarbeiterverband", hat ca. 90000 Mitglieder. – (rül)

JURISTENTAG: VORBEREITUNG AUF KRISENZEITEN

Der 55. Deutschen Juristentag behandelte vor allem folgende Themen: "Politische Institutionen in Krisenzeiten", "Abschaffung der Privatklage", "Belastungen des Systems der sozialen Sicherung", "Erleichterung der Eigenkapitalbildung". Auf der Eröffnungsveranstaltung umriß Bundeskanzler Kohl die Aufgaben des Kongresses:

Waffengesetze**FASCHISTISCHE
UMTRIEBE LEICHTER**

Waffenhändler sollen in Zukunft leichter Waffen ins Ausland exportieren können, und faschistische Banden können bald Waffen wie z.B. Repeatinggewehre (Mehrladekonstruktion mit z.B. 10 Patronen) ohne Waffenschein besitzen. Diese Möglichkeiten eröffnet die Bundesregierung mit ihrem neuen Gesetzentwurf zur Änderung des Waffengesetzes und des Kriegswaffenkontrollgesetzes. Die Bundesregierung erklärt, daß das Waffengesetz im Jahre 1972 wegen der "Bekämpfung des Terrorismus" verschärft worden sei, was jetzt nicht mehr nötig sei, und kommt dann zu der Schlußfolgerung:

"Die beabsichtigten Änderungen verfolgen das Ziel, im allgemeinen gesetzestreue Staatsbürger von vermeidbaren Beschränkungen zu befreien und auch die Behörden von nicht unbedingt erforderlichen Ausgaben zu entlasten."

Die Gewalttaten von faschistischen Gruppen, die zunehmen, erwähnt die Bundesregierung noch nicht einmal. Die Bundesregierung wird die Faschisten zu den "gesetzestreuen Staatsbürgern" zählen, anders als bei den Revolutionären, die die Abschaffung des Staates fordern. Denn schon immer haben die Faschisten "mehr Staatsgewalt" gefordert und durchgesetzt. Und die Reaktionäre werden schlußfolgern: Wenn die faschistischen Kräfte sich ohne Schwierigkeiten "unbürokratisch" bewaffnen können, ist auch die Staatsgewalt gestärkt. Die Bundesregierung erklärt: "Das Verhältnis zwischen Bürger und Verwaltung (soll) von vermeidbaren

Konflikten entlastet werden, ohne daß dabei wesentliche Interessen der öffentlichen Sicherheit beeinträchtigt werden."

Die Bundesregierung führt als Interessenten für eine solche Gesetzesänderung vor allem Sportschützen an. Daß solche Leute oder entsprechende Vereine derartige Forderungen erheben, ist durchaus möglich. Eine Tatsache, die viel gewichtiger ist, sind die Aktivitäten der Wehrsportgruppe Hoffmann. Die Faschisten konnten jahrelang ungestört Wehrsportübungen durchführen, Waffen aller Art zusammentragen und Menschen umbringen. Diese Tatsachen führen gerade zu entgegengesetzten Schlußfolgerungen: Faschistische Umtriebe bei Sportschützen und Schießsportvereinen müssen verboten werden. Mit der Gesetzesänderung erleichtert die Regierung faschistische Ansammlungen, die völlig legal mit Waffen üben können, die bisher gemeldet werden mußten. In diesem Zusammenhang ist auch eine beabsichtigte Verlängerung des Waffenscheins von drei auf fünf Jahren entschieden abzulehnen.

Der Bundesrat erhebt in einer Stellungnahme Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf: "Entscheidend für die Ablehnung (des Wegfalls der Bedürfnisprüfung für nicht-automatische Langwaffen, d. Red.) ist, daß durch die zu erwartende Zunahme der Schußwaffenbesitzer die Gefahr eines Schußwaffenmißbrauchs erheblich ansteigen würde."

Der unerlaubte Waffenbesitz, unerlaubte Waffenherstellung und -verkauf sollen zukünftig geringer bestraft werden. Die Mindeststrafe wird von einem Jahr auf ein halbes Jahr runtergesetzt. Waffenhändlern soll das Führen von Munitionshandelsbüchern erlassen werden. Weitreichende Ausfuhrkontrollen für Rake-

ten und andere Waffen werden angeschafft. DIE GRÜNEN protestieren gegen den Gesetzentwurf und erklären:

"Klammheimlich hat die Bundesregierung ihren Entwurf zur Änderung des Waffenrechts und der Strafvorschriften im Kriegswaffenkontrollgesetz in den Bundestag eingebracht. Künftig soll bei Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz die Möglichkeit der Einstellung diesbezüglicher Strafverfahren geschaffen werden." Und die GRÜNEN legen eine weitere Absicht des Gesetzentwurfs offen: "Schon jetzt dürfen sich die Manager des Düsseldorfer Rheinmetall-Konzerns freuen. Das Landgericht Düsseldorf weiß nach mehr als fünfjährigen Ermittlungen und mehrere Monate nach Fertigstellung der Klageschrift immer noch nicht, ob der Prozeß tatsächlich Anfang 1985 stattfinden wird. Offenbar wartet die Justiz auf die 'Anpassung des Rechts'."

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/1748; Pressemitteilung der GRÜNEN vom 30.08.84 — (jöd)

Warnstreiks**BAG-URTEIL TREIBT
KAPITALISTEN AN**

Am 12.9.1984 wies der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts die Klage von Kapitalistenverbänden und einzelnen industriellen Kapitalisten ab, die festgestellt haben wollten, daß Warnstreiks während laufender Tarifverhandlungen rechtswidrig seien, auch wenn die Friedenspflicht gemäß Schlichtungsabkommen wie bei der IG Metall eingehalten werde. Das Verlangen, Aufforderungen durch Ge-

Der Staat solle "nicht an sich ziehen, was der Einzelne selbst leisten kann ... Heute müssen wir uns vielmehr darüber verständigen, was ausgleichende Gerechtigkeit in unserer Zeit bedeutet." Aufgabe des Staates sei es vielmehr, Rechtsverletzungen zu verhindern. "Einzelne Gruppierungen setzen ihre eigene politische Meinung absolut und wollen sie ohne Rücksicht auf die geltende Verfassungsordnung durchsetzen."

Der Juristentag empfahl, "den in den Sozialversicherungen erfaßten Personenkreis neu zu definieren". Das ermögliche, die Versicherungen in der Zukunft vor Überlastungen zu schützen. Auf der Abschlußveranstaltung sprach sich der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Benda für eine wirksamere Hürde aus, um die GRÜNEN wieder aus den Parlamenten zu entfernen. Die 5%-Hürde sei dafür nicht mehr ausreichend. — (clm)



Blüm verlost eine Lehrstelle gemeinsam mit dem ZDF — die Kapitalisten, die mit über 70000 einen Rekord an eingestellten Lehrlingen melden, sind die Gewinner. Werbeagentur entläßt Schreibkraft und stellt Lehrling mit Schreibmaschinenkenntnissen ein, solche Verträge fördert Blüm. Bildungsministerin Wilms hat angekündigt, daß wie im letzten Jahr für die rund 70000 Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, Sonderprogramme mit untertariflicher Ausbildungsvergütung bei Kirchen u.ä. gefördert werden sollen. — (alk)

werkschaftsfunktionäre und Betriebsräte, Überstunden zu verweigern, zu verbieten, lehnte das BAG ebenfalls ab. Auch der Streik der Auszubildenden sei zulässig, da auch sie das Koalitionsrecht besäßen.

Begonnen hatten die Kapitalisten mit Anträgen vor Gericht aufgrund des Lohntarifikampfs 1981. Noch nicht entschieden ist eine 1983 eingereichte Klage gegen die Gewerkschaft ÖTV. Da in ihrem Bereich ein Schlichtungsabkommen nicht mehr besteht, ist die Gewerkschaft auch nicht an irgendeine Friedenspflicht gebunden. Das "Handelsblatt" beschwört die öffentlichen Arbeitgeber, der Aufforderung der ÖTV-Vorsitzenden Dr. Wulf-Mathies, die Klage zurückzuziehen, zu widerstehen.

Das BAG ist der Ansicht, die Kapitalisten seien durch die Warnstreiks nicht in ihrem Recht verletzt, da dies aufgrund ihrer Vereinsform gar nicht möglich sei. Die Streiks stellten lediglich einen Eingriff in ihre Gewerbetätigkeit dar. Hiermit bietet das BAG den Kapitalisten den Ansatzpunkt, eine gesetzliche Neuregelung des Arbeitskampfrechts zu fordern. Der Bund der Arbeitsrichter formulierte ihnen vor: Es sei "Sache des Parlaments, die Verantwortung für einen so lebenswichtigen Bereich wie den Arbeitskampf selbst zu tragen". Damit würde die "bestehende Rechtsunsicherheit für alle Beteiligten des Arbeitskampfes gemindert". FDP-Generalsekretär Haussmann erklärte, daß die Regeln für den "wichtigen sozialen Frieden angesichts einer veränderten sozialen und technologischen Umwelt neu definiert" werden müßten. Die FDP verfolgt weiter ihr Ziel, ein Verbandsengesetz zu schaffen, mit dem das Recht der Lohnabhängigen, Koalitionen zu bilden, so gestaltet wird, daß die Freiheit der Kapitalisten, Löhne und Arbeitsbedingungen flexibel zu diktieren, sich entfalten kann.

Der Verband der Metallindustriellen will bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen, um den Weg für ein solches Gesetz zu ebnen. Jetzt sofort wollen sie aufgrund des Tarifvertrages die Arbeitszeit für jeden Arbeiter so lange wie möglich gestalten durch Überstunden. Diese seien im Tarifvertrag nicht "geächtet" worden, stellte der Vorsitzende des Verbandes der Metallindustriellen Baden-Württembergs, Stihl, fest, und sie seien zu nutzen bei der "Aufholjagd" zum Ausgleich der Produktionsverluste aus dem Arbeitskampf. Von der Auffächerung der betrieblichen Arbeitszeiten verspricht er sich Chancen, "daß die Mitarbeiter den engen Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Lohnhöhe deutlich erkennen und der Wunsch nach mehr Lohn dominiert".

Quellenhinweis: Handelsblatt und Kölner Stadtanzeiger, 13. bis 17.9.84; Institut der deutschen Wirtschaft, 20.9.84 – (anl)

Ausländergesetz

ANSPRÜCHE AUSLÄNDISCHER LOHNABHÄNGIGER SOLLEN UNTERDRÜCKT UND VERBOTEN WERDEN

Noch in dieser Woche, spätestens aber bis Mitte Oktober wollen CDU/CSU und FDP die Einzelheiten des neuen Ausländergesetzes endgültig entscheiden. Über die zahlreichen zusätzlichen Möglichkeiten zur jederzeitigen Ausweisung unerwünschter ausländischer Lohnabhängiger, wie sie Innenminister Zimmermann von Anfang an gefordert hatte, bestand sowieso nie Streit in der Koalition. Schon seit Vorlage des Berichts von Zimmermanns Kommission "Ausländerpolitik" im März vergangenen Jahres stand fest:

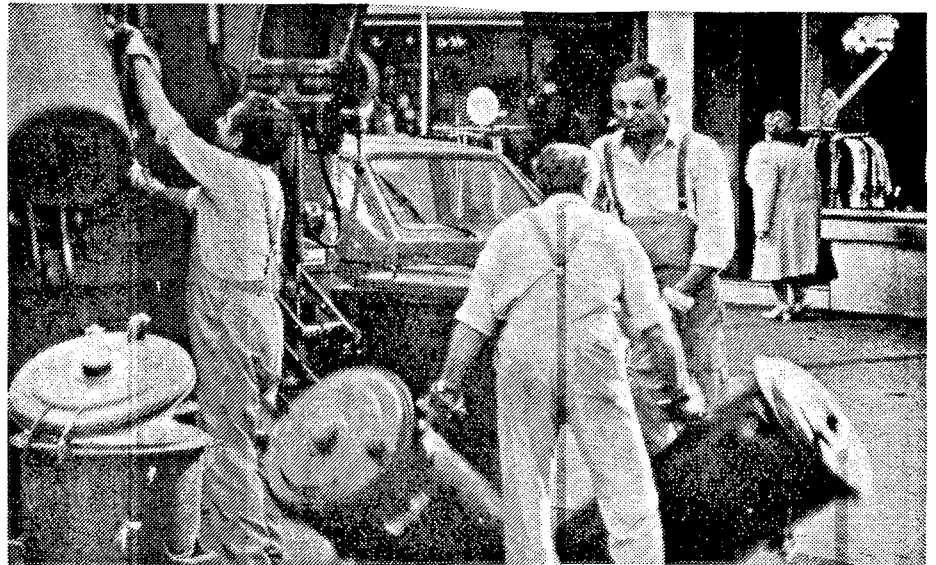
– die schon im bisherigen Ausländergesetz vorhandenen Möglichkeiten, ausländische Lohnabhängige bei Verurteilung zu Freiheitsstrafen auszuweisen, sollen von "kann ausgewiesen werden" in "ist auszuweisen" umgewandelt werden. Diese Absicht hatten alle Bundesländer unterstützt;

– ob die Bundesregierung in das neue Ausländergesetz eine Klausel aufnimmt, nach der ausländische Lohnabhängige schon vor einer rechtskräftigen Verurteilung ausge-

nogenes Verhalten sowie Gefährdung öffentlicher Interessen". Auch dies war übrigens ein Grundsatz, der von CDU/CSU, FDP und SPD unterstützt worden war.

– schließlich war ebenfalls unstrittig zwischen Unionsparteien, FDP und SPD, daß die von Zimmermann mit mehr als 120000 angegebenen "extremistischen" Ausländer bei "wiederholten Verstößen gegen das Verbot der politischen Betätigung", bei "Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung" usw. noch rascher als bisher ausgewiesen werden sollten, um jeden Widerstand der ausländischen Lohnabhängigen gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung wirksam verfolgen zu können. (1)

Offen war lediglich noch, in welcher Weise die von allen Regierungsparteien gewünschte Verhinderung der Familienbildung der ausländischen Lohnabhängigen im neuen Gesetz Eingang finden wollte, um alle daraus erwachsenden Ansprüche der ausländischen Lohnabhängigen – auf Kindergeld, Ausbildung ihrer Kinder, auf Versi-



Mit den neuen Ausländergesetzen wollen Regierung und Kapitalisten die ausländischen Lohnabhängigen weiter versklaven, ihre Löhne noch mehr drücken und die, deren Arbeitskraft verbraucht ist, rasch abschieben.

wiesen werden können, also aufgrund irgendeiner lumpigen Denunziation, war im Kommissionsbericht als "möglich" vorgeschlagen worden. Das Schweigen der Koalitionsparteien über diese Frage läßt vermuten, daß dieser faschistische Grundsatz Eingang in das Ausländergesetz finden soll;

– sodann sollte eine Vielzahl neuer Ausweisungsgründe Eingang in das neue Ausländergesetz finden, u.a. "beharrlicher Verstoß gegen die Rechtsordnung", "lästiges und krimi-

nerungsschutz für ihre Familien, ausreichenden Wohnraum und insbesondere auf ausreichenden Lohn – unterdrücken und verfolgen zu können. Hier zeichnen sich inzwischen zahlreiche "alternative" "Lösungs"möglichkeiten ab. Die CSU etwa bietet an, das Nachzugsalter von Kindern vielleicht doch bei 16 Jahren zu belassen (Zimmermann hatte ursprünglich eine Senkung auf 6 Jahre gewünscht), falls die Ausweisungsmöglichkeiten großzügig genug gefaßt werden. Sie kalkuliert kaltschnäuzig, die Drohung

der Ausweisung werde die ausländischen Lohnabhängigen schon davon abhalten, ihre Kinder noch in die BRD zu holen. Außerdem hat Zimmermann inzwischen festgestellt, daß die meisten Kinder schon in der BRD sind. In dieser "Spanne" von "Alternativen" tobt jetzt noch der "Koalitionskrach".

Das Bundesverwaltungsgericht hat den Abschlußverhandlungen in der Koalition am 18. September mit mehreren Urteilen noch ein paar "Grundsätze" beigefügt. Anlaß waren Klagen von Frauen ausländischer Lohnabhängiger, denen die Landesregierung von Baden-Württemberg nach der Heirat eine dreijährige "Wartefrist" vorschreibt, während derer sie nicht zu ihren Ehepartnern in die BRD nachreisen dürfen. Das Bundesverwaltungsgericht hat diese Vorschrift ausdrücklich als mit dem Ausländergesetz, der Verfassung und allen internationalen Abkommen der BRD vereinbar gebilligt und die Begründung der baden-württembergischen Landesregierung, sie wolle so den Familiennachzug begrenzen, ausdrücklich gutgeheißen. Ausländische Lohnabhängige hätten keinen Rechtsanspruch auf Familienbildung bzw. auf Nachholen ihrer Familienangehörigen in die BRD, selbst wenn sie – wie im Fall der Kläger – schon 14 oder gar 17 Jahre in der BRD leben und von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Wörtlich heißt es in einem der Urteile:

"Das Grundrecht (gemeint ist der Artikel 6 der Verfassung, "Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung", d.



Schmutzige Arbeit, elender Lohn: portugiesische Raumpflegerin

Verf.) verbürgt insbesondere nicht allen Ausländern, denen ein längerer oder dauernder Aufenthalt gestattet worden ist, sowie ihren im Ausland lebenden (künftigen) Ehegatten das Recht, das Bundesgebiet zum gemeinsamen Lebensmittelpunkt zu machen." Und an anderer Stelle: "Regelmäßig verstößt es nicht gegen Art. 6 Abs. 1 GG, die Ehegatten einer rein ausländischen Ehe darauf zu verweisen, die eheliche und familiäre Gemeinschaft in ihrer Heimat herzustellen, wenn der Aufenthalt des einen Ehepartners mit öffentlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar ist." Das Bundesverwaltungsgericht will diese Grundsätze ausdrücklich auch für den Nachzug

von Kindern angewendet wissen, weshalb es an anderer Stelle ausdrücklich von allen "Familienangehörigen" spricht, auf die diese Grundsätze Anwendung finden dürften.

Der "Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" des Frankfurter Appells hat in der letzten Woche begonnen (siehe auch Seite 20). Inzwischen unterstützen auch zahlreiche gewerkschaftliche Gliederungen die Aktionen, darunter die IGM-Betriebsleitung Stuttgart, die IG Druck und Papier, Baden-Württemberg. Das ist auch nötig. Denn die rassistische und nationalistische Hetze der Bundesregierung und der Kapitalisten gegen die ausländischen Lohnabhängigen richtet sich gegen Interessen und Rechte aller Lohnabhängigen. Die Angriffe, die die Bundesregierung und die Kapitalisten mit den neuen Ausländergesetzen gegen die ausländischen Lohnabhängigen vorhaben, sollen nicht nur die ausländischen Lohnarbeiter weiter versklaven, sondern die Unterdrückung und Verfolgung aller anderen Lohnabhängigen in der BRD verstärken. Die Ausländergesetze Zimmermanns stehen da ganz in der Tradition der Versklavung der "Fremdarbeiter" zu Zeiten der Faschisten.

(1) alle Zitate aus: Bericht der Kommission "Ausländerpolitik" an die Bundesregierung, Bonn, 2. März 1983; weitere Quellen: Bundesverwaltungsgericht, Urteile BVerwG I A 4.83 und BVerwG I A 60.83 vom 18.9.1984; UZ vom 28.9.84; Beilage zu "Das Parlament" vom 11.8.1984 – (rül, hel)

AUSLÄNDERAUSBEUTUNG BEI JUNGHEINRICH

Hamburg/Norderstedt. Ende der 60er Jahre wurden auch bei dem Gabelstaplerkonzern Jungheinrich in Hamburg und Norderstedt ausländische Arbeitskräfte verstärkt angeworben, um die Lohnforderungen der einheimischen Arbeiter zu drücken, indem man ihnen unerfahrene und billige Konkurrenten an die Seite stellte.

Inzwischen sind die meisten dieser ausländischen Arbeiter bereits länger im Betrieb als die deutschen, im Stahlbau z.B. im Durchschnitt zwölf Jahre gegenüber sieben. Bis heute hin hat sich diese Personalpolitik für die Kapitalisten "gelohnt", denn der Lohn dieser Arbeiter, insbesondere der türkischen, liegt immer noch unter dem der deutschen Arbeiter und Angestellten. Man darf dabei voraussetzen, daß inzwischen die ausländischen Arbeiter den deutschen in der fachlichen Qualifikation in nichts mehr nachstehen. Selbstverständlich wird ein Türke nie Vorarbeiter oder gar Meister bei Jungheinrich. Von 264 deutschen und 120

ausländischen Arbeiter im Stahlbau ist von fünf Meistern und 13 Vorarbeitern keiner aus der Türkei. Bei der Einstufung in Lohngruppen (5, 6, 6a, 7, 7a, 8, 9) findet man schnell heraus, daß die Ausländer, auch hier fast alles Türken, immer um eine Gruppe hinterherhinken. So sind z.B. in einer Kostenstelle im Stahlbau die Deutschen in 6a und 7, die Türken nur in 6. In einer weiteren Kostenstelle liegt der Unterschied zwischen 6a und 7a auf der einen und 5, 6, 6a auf der anderen Seite.

Was macht das für einen Unterschied aus? Bezogen auf den Tariflohn (von 1983) in der Metallindustrie heißt das: Wer LG 5 statt 6 bekommt, wird jeden Monat um 88,23 DM brutto (9,71 DM statt 10,22 DM Stundenlohn), wer 6 statt 7 erhält, wird um 141,86 DM schlechter entlohnt. Rechnet man die Löhne auf den abgegebenen Akkord hoch, im Durchschnitt 170%, öffnet sich die Schere noch mehr.

Im Zuge einer Absprache mit Thyssen wird im Herbst die Produktion von Palettenregalen bei Jungheinrich in Norderstedt nicht mehr weitergeführt. Das bedeutet schlicht: 105 Leute sind zuviel. Zwei Drittel

davon sind Ausländer. Die Jungheinrich-Kapitalisten wollen die Arbeiter möglichst schnell und billig loswerden. Sie hoffen, durch Spaltung und Abschiebedruck bei den Ausländern leichteres Spiel zu haben. Gestützt von Streikaktionen der Beschäftigten ließen sich die Betriebsräte von der Überlegung leiten, daß soviel wie möglich Arbeiter und Angestellte in anderen Jungheinrich-Betrieben übernommen werden müßten und wer einen Arbeitsplatz nicht angeboten bekomme, eine hohe Abfindung zu erhalten habe. Im Verhandlungsergebnis ist jetzt festgeschrieben: Die ausländischen Arbeiter, die zurückwollen, bekommen sofort 60000 DM bis 95000 DM ausbezahlt, je nach Firmenzugehörigkeit. Die Beschäftigten, die den im Konzern angebotenen Arbeitsplatz annehmen, haben ein Jahr lang die Wahlmöglichkeit zwischen der Abfindung und der Weiterbeschäftigung. Erreicht haben die Kapitalisten, daß etliche ausländische Arbeiter weggehen, der Sozialplan zwingt Jungheinrich aber immerhin zur Zahlung von 2,5 Millionen DM.

Automobilindustrie/Umweltschutz

ZIMMERMANN VERSCHAFFT KONZERNEN ABSATZ
UND DEM ANHANG EIN NEUES AUTO

Die Bundesregierung hat am 19. September Maßnahmen zur Einführung des sogenannten umweltfreundlichen Autos beschlossen, die in der Öffentlichkeit fast durchwegs als nicht weitgehend genug auf Kritik stießen. Der Versuch von Innenminister Zimmermann, auf dem Gebiet des Umweltschutzes den GRÜNEN das Wasser abzugraben, ist allgemein als Fehlschlag anzusehen und eine Festigung des Wählerpotentials der GRÜNEN als Konsequenz daraus vorherzusagen. Dennoch ist der Beschluß der Bundesregierung keine "Panne" oder wird daraus eine Verkleinerung der Anhängerschaft der Unionsparteien folgen: Denn die Union hat mit diesem Beschluß sowohl den Automobilkapitalisten für einige Jahre eine Belebung des Geschäfts verschafft als auch eine Beschleunigung der sozialen Umwälzung des Automobilbesitzes eingeleitet.

In der Tabelle unten sind die vorgesehenen Senkungen bei der Kfz-Steuer aufgeführt, die bei Beschaffung eines Autos mit vermindertem Schadstoffausstoß gewährt werden sollen, unterschieden nach Hubraumgröße. Das vom Finanzministerium ausgearbeitete Modell, zu dem bis Ende Oktober

die Bundesländer Stellung nehmen sollen, sieht weiter vor: Eine Anhebung der Kraftfahrzeugsteuer für alte, nicht mit Abgaskatalysatoren versehene PKWs von derzeit 14,40 auf 16 DM pro 100 cm³ Hubraum, für dann neu ohne Katalysator beschaffte PKWs sogar auf 21,60 je 100 cm³. Weiter soll die Mineralölsteuer für schadstoffärmeres unverbleites Benzin (das für die mit Katalysator ausgestatteten Fahrzeuge benötigt wird) vom 1.7. 1985 bis Ende 1991 um zwei Pfennig je Liter gesenkt, für anderes Benzin dagegen um zwei Pfennig erhöht werden. Die Bundesländer, in deren Hoheit die Kfz-Steuer liegt, werden angeregt zu prüfen, ob nicht eine teilweise "Kapitalisierung des Kaufanreizes" möglich sei, der Käufer des Wagens erhalte dann einen Teil der Steuerermäßigung direkt als Kaufpreissenkung.

Die Auswirkungen der nach Hubraum stark gestaffelten Steuerbefreiung für neu beschaffte PKWs bei gleichzeitiger Steuererhöhung für im Gebrauch befindliche PKWs sind:

— Die Umschlagszeit für Autos, die in den Konsum der gut verdienenden Lohnabhängigen, der Mittelklassen, Bourgeois und in den geschäftlichen



Eine weitere Schädigung des Waldbestandes wird durch Zimmermanns Katalysatorbeschluß jedenfalls nicht verhindert.

Gebrauch der Kapitalisten eingehen, wird schubartig verkürzt: Wer aus diesen Kreisen im kommenden Jahr seinen bisher benutzten Wagen verkauft und zum Beispiel einen Mercedes 190 anschafft (Kaufpreis ca. 20000 DM), den er dann fünf Jahre behält, kann mit einer Ersparnis bei der Kfz-Steuer rechnen, die über 10% der Kaufsumme entspricht. Bei allen, die die entsprechenden Geldmittel besitzen oder sich leicht über Kredit verschaffen können, ist die vorzeitige Beschaffung eines PKWs vorteilhaft.

— Bei den wenig verdienenden Haushalten mit Autobesitz dagegen tritt eine Verteuerung der Autohaltung ein. Die Steuerentlastung ist bei PKWs bis 1,3 Liter deutlich geringer und zudem über einen Zeitraum verteilt, der mit zehn Jahren über der Nutzungsdauer des Autos liegt. Mit z.B. rd. 1600 DM berechnet auf etwa sieben Jahre Nutzungsdauer bei einem Ford Fiesta liegt die Steuerminderung in der Größenordnung der Verteuerung, die die Automobilindustrie derzeit für den Einbau eines Katalysators angibt. Da zudem in den Arbeiterhaushalten die Umschlagszeit für das Auto weniger von günstigen Angeboten abhängt als vielmehr von der kaum zu verkürzenden Zeitdauer, die die Bildung einer gewissen Geldreserve braucht, ist eine Belebung des Automobilabsatzes an die weniger verdienenden Schichten der Lohnabhängigen nicht zu erwarten. Diese sind vielmehr gezwungen, mit dem alten oder mit einem "nicht-entgifteten" gebrauchten Auto (das Angebot von solchen Fahrzeugen steigt durch den geförderten rascheren Umschlag bei den Mittelschichten) für höhere Steuern und mit höherem Benzinpreis zu fahren. Sie finanzieren somit die Steuerentlastungen, mit denen den Mittelschichten und den Bourgeois eine vorgezogene Neuanschaffung von PKWs schmackhaft gemacht wird.

Die Automobilkapitalisten äußerten sich zufrieden über den Beschluß zur "Einführung von umweltfreundlichen Autos" (und durch die Beteiligung der

ccm Hubraum	1.7. 1985/1986			1987			1988		
	Befreiungszeitraum			Befreiungszeitraum			Befreiungszeitraum		
	Jahre	Mon.	Steuer-vorteil	Jahre	Mon.	Steuer-vorteil	Jahre	Mon.	Steuer-vorteil
1 000	10	—	2 160	7	6	1 670	5	—	1 080
1 100	10	—	2 370	7	6	1 777	5	—	1 185
1 200	10	—	2 590	7	6	1 942	5	—	1 295
1 300	10	—	2 800	7	6	2 100	5	—	1 400
1 400	10	—	3 020	7	6	2 265	5	—	1 510
1 500	9	4	3 024	7	—	2 268	4	8	1 512
1 600	8	9	3 018	6	7	2 271	4	5	1 523
1 700	8	3	3 027	6	2	2 263	4	2	1 529
1 800	7	9	3 006	5	10	2 263	3	11	1 519
1 900	7	4	3 006	5	6	2 255	3	8	1 503
2 000	7	—	3 024	5	3	2 268	3	6	1 512
2 100	6	8	3 030	5	—	2 265			
2 200	6	4	3 008	4	9	2 256			
2 300	6	1	3 017	4	7	2 273			
2 400	5	10	3 021	4	5	2 287			
2 500	5	7	3 015	4	2	2 250			
2 600	5	5	3 038	4	—	2 244			
2 700	5	2	3 012	3	10	2 234			
2 800	5	—	3 020	3	9	2 265			
2 900	4	10	3 025	3	7	2 243			
3 000	4	8	3 024	3	6	2 268			
3 100	4	6	3 010	3	4	2 230			
3 200	4	4	2 994	3	3	2 245			
3 300	4	3	3 026	3	2	2 254			
3 400	4	1	2 997	3	1	2 263			
ab 3 500	4		3 024	3		2 268			

Minderung der Kfz-Steuer für Katalysatorautos (Aus: Handelsblatt, 21.9.84)

Bundesländer an der endgültigen Ausformulierung werden auch die verschiedenen Interessen der einzelnen Konzerne noch berücksichtigt, z.B. wie ein Absatzeinbruch bei VW, wo vor allem kleinere Fahrzeuge produziert werden, zu verhindern ist). Sollte die beabsichtigte Konjunktur ab dem kommenden Jahr einsetzen, wäre für eine Auslastung der von den Automobilkapitalisten in den letzten Jahren mit hohem Aufwand rationalisierten Fabrikanlagen gesorgt. Der seit einiger Zeit andauernde Absatzboom vor allem bei den Mittelklassewagen fände seine Fortsetzung.

Der Beschluß der Bundesregierung enthält ausdrücklich die Forderung, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft bleibfreies Benzin und den Einbau von Katalysatoren durchzusetzen. Die Reaktionen der französischen und italienischen Kapitalisten darauf waren heftig. Der italienische Automobilkapitalistenverband verfaßte eine Protesterklärung. Der französische Premierminister Fabius protestierte in einem Brief an Kohl, nachdem die französischen Automobilkapitalisten den Beschluß der Bundesregierung als Verstoß gegen den EWG-Vertrag bezeichnet hatten. Die höhere Besteuerung von nicht mit Katalysatoren ausgerüsteten PKWs stelle ein Handelshemmnis dar. Die französischen und italienischen Automobilkonzerne, die vor allem kleinere Wagen in die BRD exportieren, befürchten Absatzverluste.

Gelänge es der BRD, in der EG die Einführung von Katalysatorautos in den nächsten zwei, drei Jahren durchzusetzen, hätten die westdeutschen Automobilkonzerne sich einen bedeutenden Konkurrenzvorsprung verschafft. Die westdeutschen Konzerne besitzen als die größten europäischen Automobil-Exporteure auf den US-Markt (wo Katalysatoren seit Anfang der 70er Jahre vorgeschrieben sind) bereits seit längerem die entsprechenden Produktionseinrichtungen. Der schon jetzt bestehende Vorsprung beim Bau der Mittelklasse-PKWs vergrößerte sich durch den bei diesen Autos beabsichtigten Boom noch weiter. Auch der Bau der Katalysatoren selbst wäre vor allem ein Geschäft für westdeutsche Kapitalisten. Die Degussa ist bereits jetzt der größte europäische Hersteller dieser Abgasentgiftungsvorrichtungen. Somit würde der von Zimmermann als "nationaler Alleingang in Sachen Umweltschutz" als Vorbild für die übrigen EG-Staaten propagierte Beschluß zum Einbau von Katalysatoren den westdeutschen Auto-Konzernen nicht nur eine Belebung des Inlandsabsatzes, sondern auch noch Vorsprung gegenüber den europäischen Konkurrenten verschaffen. Quellenhinweis: Presse- und Informationsamt, Bulletin 21.9.84; BT-Protokoll 10/85; Handelsblatt 20.9., 21.9.84 – (alk)

Rüstungsprogramm

AUSBAU DER BRD ZUR ÜBERLEGENEN MILITÄRMACHT

Der Rüstungshaushalt 1985 ist vom Bundestag während der ersten Lesung des Haushalts 1985 kaum behandelt worden. Finanzminister Stoltenberg erklärte: "Die Verteidigungsausgaben wachsen mit 3,7% ebenfalls überdurchschnittlich. Das ist notwendig, um Vorsorge für eine angemessene Personalstärke ... zu treffen ... und insbesondere Forschung und technische Entwicklung ... im Hinblick auf die Verteidigungserfordernisse der 90er Jahre zu fördern." Während der drei Tage dauernden Debatte griff kein Redner der SPD den Rüstungshaushalt an. Im Gegenteil, als Vogt für die GRÜNEN einen Antrag auf Kürzung der Rüstungsausgaben ankündigte und erklärte, "das Militär ist und bleibt ein Fremdkörper in einer jeden Demokratie", konnte Stoltenberg auch unter Beifall der SPD darauf antworten, "daß zu den größten europäischen Traditionen der Demokratie die feste Verankerung der Streitkräfte im

tionellen Rüstungsbeschränkungen aufgehoben. Die westdeutschen Imperialisten können jetzt mit dem Bau von strategischen, ferngelenkten Raketen und strategischen Bombern beginnen und tun dies auch.

– Die BRD hatte von langer Hand vorbereitet, die Verfügungsgewalt über atomare Waffen zu erreichen. Inzwischen hat sie bei den europäischen NATO-Staaten Verhandlungsbereitschaft erwirkt.

Mit dem Rüstungshaushalt 1985 werden gleichzeitig die finanziellen Weichen für den Bundeswehrplan bis zum Jahre 2000 gelegt. Dieser ist schon ausgearbeitet, das Verteidigungsministerium hielt ihn aber zurück, bis die Ergebnisse der WEU-Versammlung im Juni vorlagen und bis eine Einigkeit aller staatstragenden Parteien erreicht ist. Nun soll er erst im Oktober vorgelegt werden.

Die BRD-Imperialisten wollen mit dem Rüstungshaushalt und der Bun-



Wörner will die Infanterie stärken und ihr starke Feuerunterstützung geben.

ganzen Volk und im demokratischen Staat gehört." Während 1983 die SPD-Abgeordneten noch gegen den Rüstungshaushalt gestimmt hatten, kündigt sich nun in Sachen Kriegshaushalt eine große Koalition an.

Woher rührt in diesem Jahr das Schweigen des Verteidigungsministeriums und die stillschweigend Zustimmung der SPD gegenüber dem größten Haushaltsposten?

Die westdeutschen Imperialisten haben mit der Aufstellung der Mittelstreckenraketen ihre politische und militärische Stellung weiter stärken können. Schon innerhalb eines halben Jahres haben sie dies in beachtliche Erfolge umsetzen können:

– Die WEU hat die letzten konven-

deswehrplanung alle sich abzeichnenden Möglichkeiten, die BRD zu einer überlegenen Militärmacht in Europa auszubauen, wahrnehmen.

Einschließlich der Ausgaben für Stationierungstreitkräfte der NATO, für NATO-Verteidigungshilfe, für den Bundesgrenzschutz und für Militärruhegehälter hat der Rüstungshaushalt 1985 nach Angaben der GRÜNEN eine Höhe von 60,08 Mrd. DM erreicht; nach den einheitlichen Kriterien der NATO würden die Militärausgaben sogar 73 Mrd. DM betragen.

Der im Einzelplan 14 ausgewiesene Ansatz für den Verteidigungshaushalt 1985 beträgt 49,926 Mrd. DM. Bis 1988 soll er auf 55,675 Mrd. DM gesteigert werden.

DOKUMENTIERT: DIE BRD WILL VERFÜGUNGSGEWALT ÜBER ATOMWAFFEN

Mit Beginn der Stationierung der Mittelstreckenraketen sind neue Vorstöße von Regierungsseite und der Bundeswehrführung bekannt geworden, mit denen sie für die BRD die Verfügungsgewalt über Atomwaffen anstreben. Die öffentliche Debatte darüber eröffnete im Januar 1984 Roland Koller, Leiter der Einsatzabteilung beim Polizeipräsidium München, in der Zeitschrift "Europäische Wehrkunde".

Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand

"Eine bisher nicht ins Auge gefaßte Möglichkeit, die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer mißlichen sicherheitspolitischen Lage wenigstens zum Teil zu befreien ... wäre, ihr einen eigenen Finger am atomaren Abzug zu geben. Wohlgermerkt einen eigenen Finger!"

Einfach ausgedrückt, cruise missile oder Pershing II in deutscher Hand...

Die von der Bundesrepublik Deutschland eingegangenen rechtlichen Beschränkungen wären ein weiteres erhebliches Hindernis auf diesem Weg, aber gerade im Bereich völkerrechtlicher Regelungen ist die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage (clausula rebus sic stantibus) ein geeignetes und zulässiges Mittel, das Recht an gewandelte Verhältnisse anzupassen."

Sperrvertrag gültig, solange die Geschäftsgrundlage gilt

Im März 1984 stellt der Staatsminister im Auswärtigen Amt Alois Mertes klar, daß die BRD den Atomwaffensperrvertrag nicht bedingungslos unterzeichnet habe.

"Allerdings gilt nach wie vor die dreifache Geschäftsgrundlage, auf der die Bundesrepublik Deutschland den diskriminierenden Charakter des Atomwaffensperrvertrages hingegenommen hat:

- 1) Die Kernwaffenmächte, vor allem die USA und die Sowjetunion als Initiatoren und Hauptvertreter des Vertrages, führen 'in naher Zukunft in redlicher Absicht Verhandlungen über nukleare Abrüstung'. Wer sich nicht an diese Bestimmung des Atomwaffensperrvertrages hält, erschüttert sein Fundament.

- 2) Washington bekräftigt mit Wissen und ohne Widerspruch Moskaus die Unverbrüchlichkeit und Glaubwürdigkeit der nuklearen Sicherheitsgarantie der USA für die Bundesrepublik Deutschland...

- 3) Eine Europäische Sicherheitsgemeinschaft mit einer Zentralregierung, bei der die Zuständigkeit für Außen- und Sicherheitspolitik läge, kann als Bundesstaat in die Nach-

folge der europäischen Kernwaffenstaaten Großbritannien und Frankreich treten, ohne den Atomwaffensperrvertrag zu verletzen."

Westdeutscher Schlüssel für französische Atomwaffen?

Am 24. Mai 1984 trug der Berichterstatter des Komitees für allgemeine Angelegenheiten der Versammlung der Westeuropäischen Union vor:

"In dieser Hinsicht sind viele Vorschläge gemacht worden und insbesondere der, die Bundesrepublik mit einem zweiten Schlüssel für französische Nuklearwaffen auszustatten, zumindest dann, wenn sie auf deutschem Territorium benutzt werden sollen. Auf jeden Fall ist es für die europäischen Mitglieder des atlantischen Bündnisses von wesentlicher Bedeutung, in dieser Angelegenheit die Meinungen auszutauschen und eine europäische Nuklear-Doktrin auszuarbeiten, selbst dann, wenn die Waffen in der alleinigen Verfügungsgewalt des Vereinigten Königreiches und Frankreichs bleiben sollten. Das Rüstungskontrollamt müßte dann angerufen werden um zu bestätigen, daß die Verträge, die von den verschiedenen Parteien in dieser Angelegenheit eingegangen wurden, wirksam respektiert werden."

"Europäische Atommacht mit amerikanischem Kern"

Einen Artikel mit dieser Überschrift hat der Abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Todenhöfer, im September veröffentlichten lassen. Er schreibt darin:

"Mit dem NATO-Doppelbeschuß und dem begonnen Aufbau eines angemessenen Potentials zum Ausbalancieren der sowjetischen Mittelstreckenrüstung ist es gelungen, eine feste Kopplung zwischen dem amerikanischen Nuklearpotential in Europa und dem interkontinentalstrategischen in den USA herzustellen. Der hierdurch gewonnen hohe strategische Nutzen für Europa muß bei den Überlegungen für eine europäische Atomstreitmacht genutzt werden..."

Die europäische Atomstreitmacht bestünde daher nicht nur aus den Nuklearwaffen Frankreichs und Großbritanniens, sondern auch aus den in Europa stationierten amerikanischen Atomwaffen... In den kommenden Jahren wird dieses Potential modernisiert... Die Gesamtmenge eurostrategischer nuklearer Gefechtsköpfe Frankreichs, Großbritanniens und der USA beläuft sich dann auf etwa 1 800.

Europa wird folglich in wenigen Jahren nukleare Streitkräfte mit hoher Abschreckungswirkung besitzen...

Der Gedanke liegt nahe, alle in Eu-

ropa vorhandenen französischen, britischen und amerikanischen Nuklearwaffen zusammenzufassen und einem gemeinsamen Kommando zu unterstellen und damit die bisherigen nationalen Lösungen schrittweise in eine Gemeinschaftslösung zu überführen. Die Zahl und die Qualität der verfügbaren Nuklearwaffen wäre groß genug, um allen europäischen NATO-Mitgliedern den erforderlichen Mindestschutz vor Krieg und atomarer Erpressung zu gewähren. Das gemeinsame Kommando könnte durch einen 'europäischen nuklearen Verteidigungsrat' gebildet werden."

Das Kernwaffenverbot "besteht so nicht mehr"?

Im September 1984 behauptet dies der Kommentator des Handelsblatt:

"Bei der jetzt im NATO-Hauptquartier in Casteau bei Mons vorgenommenen Neuordnung der Aufgabengebiete ist dem deutschen Stellvertreter des NATO-Oberbefehlshabers Bernard W. Rogers, Hans-Joachim Mack, auch die Kompetenz für nukleare Angelegenheiten übertragen worden..."

Die Berührungsangst, die hierzulande zum Thema Bundesrepublik und Kernwaffen herrscht... wird von unseren Partnern durchaus nicht geteilt. Erst vor drei Wochen stellte die Westeuropäische Union, die einmal gegründet wurde, um ein nukleares europäisches Gegengewicht im Rahmen des Bündnisses gegenüber den USA zu schaffen, fest, daß das Kernwaffenverbot für Deutschland 'so nicht mehr besteht'. Natürlich hat Mack keine Hand am nuklearen Abzug. Aber er hat mitzureden, ist in den Entscheidungsprozeß eingebunden. Warum eigentlich nicht. Schließlich stehen die Raketen ja auch hier."

Auf Nachfrage teilte die WEU uns mit, daß sie nie habe verlauten lassen, daß das Kernwaffenverbot für Deutschland "so nicht mehr besteht". Diese Fälschung soll den Druck, der von der BRD in diese Richtung erzeugt wird, verstärken.

Quellenhinweis: "Pax sovietica" oder nukleare Macht, Roland Koller in Europäische Wehrkunde 1/84; siehe auch Arbeiterkampf 243 und 246; Die Bundesrepublik Deutschland will und darf nicht nationale Atommacht werden, Alois Mertes in Deutschland Union Dienst, 15. März 1984; Document 979, Assembly of Western European Union, Report submitted on behalf of the General Affairs Committee by Mr. Thoss, Rapporteur, 24th May 1984; Europäische Atommacht mit amerikanischem Kern, Jürgen Todenhöfer in Europäische Wehrkunde 9/84; Zeichen des Vertrauens, Rolf Fricke in Handelsblatt, 10.9.1984

Erstes Ziel der BRD-Imperialisten ist, die Stellung der Bundeswehr als stärkstes Landheer der NATO in Europa zu festigen. Für einen Eroberungskrieg ist das die Hauptvoraussetzung, denn ohne eine starke Infanterie und ohne starke gepanzerte Kräfte ist ein Besetzen von Land und die Fähigkeit, das besetzte Gebiet auch zu halten, nicht denkbar. Der Rüstungshaushalt 1985 und was über die Bundeswehrplanung bisher an die Öffentlichkeit gedrungen ist, tragen dem Rechnung:

Die Beschaffung der zweiten Waffengeneration wird bis 1987 zum größten Teil abgeschlossen. Der schon festgeschriebene Anteil der Investitionsmittel für diese Systeme (vor allem Kampfpanzer Leopard II, Mehrzweckkampfflugzeug Tornado und

meinsame Beschaffung der Flugabwehrraketensysteme Roland und Patriot (6,3 Mrd. DM) und die Entwicklung des Jagdflugzeuges JF-90.

Weitere schon beschlossene Großvorhaben sind die Entwicklung der Fregatte 124 (193 Mio. DM) und die Beschaffung von 10 schnellen Minenkampfböten (1,138 Mrd. DM).

Zweites Ziel der BRD-Imperialisten ist die Entwicklung einer eigenen Rüstung auf allen Gebieten. Sie streben dabei die Kooperation mit anderen NATO-Staaten an, sind aber darauf bedacht, auf Gebieten wie der Raketen- und der Flugtechnik Vorsprünge anderer aufzuholen. Die Aufhebung der konventionellen Rüstungsbeschränkungen ist dafür nützlich.

So brauchen westdeutsche Firmen

die Luftfahrtindustrie außerordentlich wichtige" europäische Projekt eines Überschall-Windkanals für rund 300 Millionen DM im Kölner Raum zu bauen. Das läßt darauf schließen, daß die BRD jetzt auch ernstlich bemüht ist, die Fähigkeiten zum Bau strategischer Bomber zu entwickeln.

Das Verteidigungsministerium berücksichtigt diese Pläne, indem es die Mittel für Forschung und Entwicklung im Haushalt '85 um 29,2% steigert.

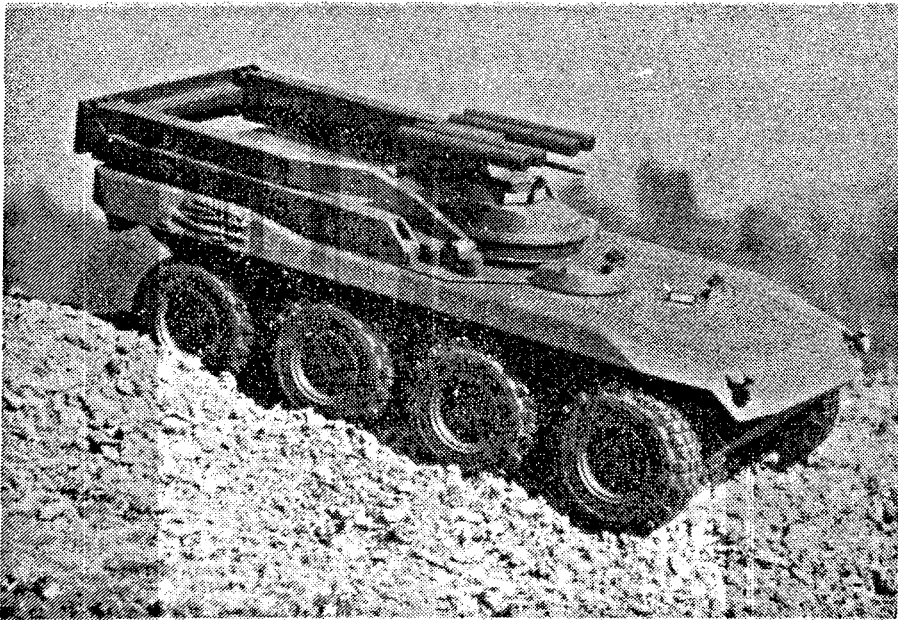
Drittens wollen die BRD-Imperialisten die Verfügungsgewalt über Atomwaffen, weil ohne gezielter Drohung mit dem Atomschlag auf lange Zeit ein konventioneller Krieg nicht gewonnen werden kann. Die Schaffung einer Europäischen Atomstreitmacht und die Übernahme von amerikanischen Mittelstreckenraketen wird nicht umsonst zu haben sein. Ein Bundeswehrplan bis zum Jahre 2000 muß dies berücksichtigen, indem er finanzielle Mittel dafür frei läßt.

Viertens muß die Bundesregierung als Voraussetzung für alle anderen Ziele den bisherigen Umfang im Kriege einsetzbarer Truppen von 1,2 Mio. sofort mobilisierbarer und zusätzlich drei Mio. an Waffen ausgebildeter Soldaten nicht nur sicherstellen, sondern noch ausdehnen. Dazu gehört die Erhöhung der Wehrübungsplätze von 157000 auf 190000 im Jahr genauso wie die Vermehrung der Zahl der Zeit- und Berufssoldaten und die Pläne, Frauen zu rekrutieren und den Wehrdienst zu verlängern.

Hauptproblem der westdeutschen Imperialisten ist, die politische und ideologische Einsetzbarkeit der zwangsrekrutierten Soldaten zu gewährleisten. Jeder Widerstand der Soldaten gegen das System von Befehl und Gehorsam erhöht die inneren Reibungswiderstände in der Armee und setzt ihren Wert herab. Deshalb versucht die Bundeswehrführung, die Aktivitäten des Arbeitskreises Wehrpflichtiger des DGB zu unterbinden, und deshalb sollten Gegner der Rüstungspläne die Kämpfe der Soldaten unterstützen.

Seit der Stationierung der Mittelstreckenraketen haben große Teile der Bevölkerung der Bundesregierung die Zustimmung zu ihrer Militärpolitik entzogen. Durch eine große vertheidigungspolitische Koalition will die Bourgeoisie diese Lage ändern und verhindern, daß viele Wehrpflichtige den Dienst fürs Vaterland verweigern. Die vom Koordinationsausschuß der Friedensbewegung beschlossene Kampagne zur Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes kann dazu beitragen, die Pläne der Bundesregierung zu behindern.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksachen 10/1800, 10/1801, Einzelplan 14; Plenarprotokolle 10/81, 10/82, 10/83; Wehrtechnik 7/84, 9/84; Mitteilungen an die Presse XXI/58, BMVg.; Arbeiterkampf 249 - (clm)



Ein Modell des geplanten Panzerjäger-/Hubschrauberabwehrkampfwagens

Fregatte 122) sinkt von 1983 noch 71% über 1985 noch 51% auf 1987 29%. Dadurch werden Mittel frei für:

- die Verstärkung der Luftlandetruppen mit 312 Kleinpanzern Wiesel (215 Mio. DM),

- die Beschaffung eines neuen, kleinen Transportfahrzeuges (Jeep),

- die Entwicklung und Beschaffung eines Panzerjäger/Hubschrauberabwehr-Kampfwagens als Pilot-Entwicklung für die Kampffahrzeuge der 90er Jahre (230 Mio. DM),

- die Entwicklung des Panzerabwehrhubschraubers II,

- die Beschaffung und Bevorratung großer Mengen Munition. Allein für 1,054 Mrd. DM soll Munition für den Mittleren Artillerie-Raketenwerfer (MLRS) beschafft werden, für 630 Mio. DM Antiradarflugkörper Harm.

- Kampfwersteigerungen schon bestehender Waffensysteme

Die Bundesregierung will die Luftüberlegenheit bei allen Angriffsoperationen gesichert wissen. Dem dienen die mit den USA vereinbarte ge-

jetzt die Entwicklung und Produktion von Fernraketen und ferngelenkten Raketen nicht mehr zu verbergen und können dafür offen die Zusammenarbeit insbesondere mit Großbritannien, Frankreich und den USA suchen. Schon bekannt geworden sind die Bemühungen der "Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt", einen Marschflugkörper zu entwickeln, die daraus resultierende Zusammenarbeit von MBB und dem französischen Rüstungskonzern Aerospatiale bei der Entwicklung des Seezielflugkörpers ANS, die von Großbritannien, den USA und der BRD gemeinsam geplante Entwicklung einer Abstandrakete für den Langstreckeneinsatz (LRSOM), die Versuche von MBB und Dornier, Kampfdrohnen mit einer Reichweite von 200 km herzustellen und Bemühungen der Firma Otrag, Mittelstreckenraketen zu entwickeln.

Am 25.9. veröffentlichte das Handelsblatt, daß sich Frankreich und die BRD darauf geeinigt hätten, "das für

Südafrika/Azania

DER STREIK DER BERGWERKSARBEITER TRIFFT DEN SIEDLERSTAAT EMPFINDLICH

Am 17. September führte die National Union of Mineworkers (NUM, Nationale Gewerkschaft der Bergarbeiter) den ersten legalen Streik azanischer Bergarbeiter in der Geschichte Südafrikas/Azania durch. An diesem Streik beteiligten sich nach Angaben der Bergwerkskapitalisten etwa 40000 der gut 300000 Arbeiter in den Goldminen. Vorausgegangen waren nach den Gesetzen der Siedlerregierung "illegale" Streiks in verschiedenen Bergwerken. Nach Auskunft des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) befinden sich noch immer einige tausend Bergarbeiter mit Unterstützung der NUM im Streik.

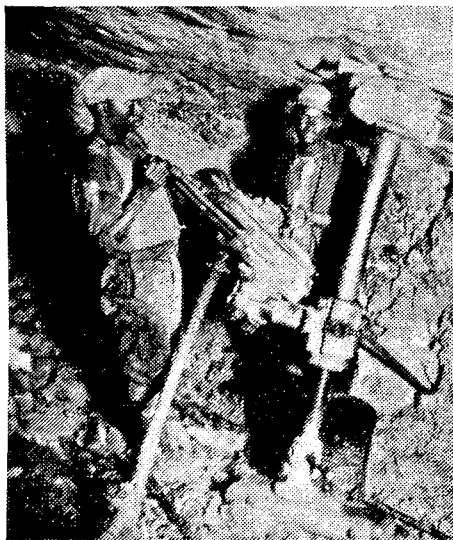
Die NUM hatte in seit Mai dauernden Verhandlungen mit dem Verband der Bergwerkskapitalisten, der Minen-Kammer, eine Erhöhung des Mindestlohns von 25% und zusätzliche freie Tage für Schwerarbeiter gefordert. Die Minenkapitalisten hatten versucht, durch einseitig von ihnen festgelegte Lohnerhöhungen zwischen 9,5% und 10,9% für die schwarzen Bergarbeiter die NUM aus den Lohnverhandlungen in diesem Jahr völlig auszuschalten. Dieses Vorhaben ist ihnen nicht gelungen. Nach dem Streik am Dienstag stimmten die Bergwerkskapitalisten einem Tarifvertrag mit der NUM zu, der zusätzlich zu den bereits von den Bergwerkskapitalisten ausgezahlten Lohnerhöhungen folgende Regelungen enthält: Der Mindestlohn von 118 Rand (ca. 242 DM) wird einschließlich der schon im Juni ausgezahlten Lohnerhöhungen auf 150 Rand (307,50 DM) erhöht. Die anderen Löhne der schwarzen Arbeiter steigen zwischen 13 und 17,3%, die Juni-Erhöhung der Kammer eingerechnet. Alle schwarzen Bergarbeiter erhalten erstmals fünf Tage bezahlten Urlaub.

Die immer noch andauernden Streiks wenden sich gegen einzelne Bergwerkskapitalisten, die die NUM und den abgeschlossenen Vertrag in ihrer Mine nicht anerkennen wollen. In zwei Goldminen führen insgesamt 3000 schwarze Bergarbeiter Kämpfe um die Beseitigung der menschenunwürdigen Ställe, die von den Kapitalisten als "Wohnheime" bezeichnet werden, und für die Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen unter Tage.

Kapitalisten und Regierung haben auf die Streiks der Bergarbeiter äußerst brutal reagiert. Obwohl der Streik am 17.9. legal war, d.h. erst nach zahlreichen Schlichtungsverhandlungen und Schiedssprüchen ausgerufen wurde, setzten die Goldminen-Kapitalisten ihre Werkspolizei ein und ließen überdies noch staatli-

che Polizei gegen die Streikenden aufmarschieren. Sieben Bergarbeiter, darunter zwei Funktionäre der NUM, wurden erschossen, über Hundert gefangenengenommen. Bei Einsätzen gegen die nicht legalen Streiks erschöß die Siedlerpolizei mindestens 20 weitere Bergarbeiter. Vor Beginn des Streiks am 17.9. hatten die Bergwerkskapitalisten überdies angekündigt, daß sie jeden Arbeiter, der sich am Streik beteiligt, entlassen wollten. Bislang haben sie einigen Hundert der am Streik Beteiligten gekündigt und ihnen jeden Zugang zu den Minen verboten.

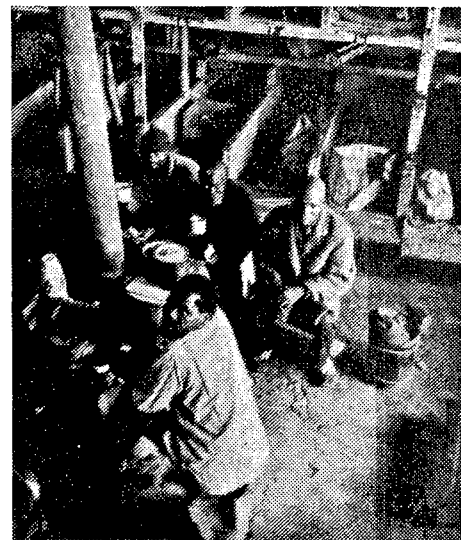
Die NUM muß mit allen Maßnahmen von seiten der Bergwerkskapitalisten und des Siedlerregimes rechnen, denn der Bergbau ist für die Erhaltung des Siedlerstaates von strategischer Bedeutung. Ca. 70% der südafrikanischen Exporte in die imperialistischen Staaten waren im vergangenen Jahr Mineralien, Kohle, Erze und Gold. Der Erfolg der NUM gegenüber den Kapitalisten der Goldbergwerke festigt



Arbeit und Helme im Goldbergwerk: Zum Teil stellen die Kapitalisten nicht einmal Helme (links). Im Lager wird jedem Arbeiter ein Zementfach zum Wohnen zugeteilt und die Miete als "Kost und Logis" vom Lohn abgezogen.

verhängte deshalb mit Beginn der Bergarbeiterstreiks zum ersten Mal seit dem Aufstand von Soweto im Jahr 1976 ein vollständiges Versammlungsverbot. Nun sind nicht nur Versammlungen unter freiem Himmel, sondern auch jede Versammlung von mehr als zwei Personen, die nicht zu einem Haushalt gehören, in geschlossenen Räumen verboten. In den Vorstädten setzte die Regierung reguläre Truppen gegen die Demonstranten ein.

Bislang haben die Bergwerkskapitalisten allerdings ihr Vorhaben, die NUM zu zerschlagen, nicht erreichen können. Die NUM hat im letzten Jahr ihre Anerkennung als Gewerkschaft von den Bergwerkskapitalisten erkämpft, die damit zum ersten Mal seit 40 Jahren wieder eine Gewerkschaft zulassen mußte, die für die Interessen der schwarzen Arbeiter in den Bergwerken eintritt. Seit den großen Streiks der Bergarbeiter in den 40er Jahren haben die Kapitalisten das System der Wanderarbeit gewaltig ausgedehnt: Stammten damals nahezu die Hälfte der schwarzen Bergarbeiter aus einem Umkreis von ca. 20 km um die Minen, so sind heute 95% der schwarzen Bergarbeiter Wanderarbeiter. Sie kommen zur Hälfte aus anderen Staaten des südlichen Afrikas, die anderen haben ihren Wohnsitz in den



den Einfluß der azanischen Bergarbeitergewerkschaft in ihrem gesamten Tätigkeitsbereich.

Die Streiks der Bergarbeiter finden zudem gleichzeitig mit den Kämpfen von Hunderttausenden schwarzen Schülern gegen die schlechte Ausstattung der Schulen und gegen die politische Unterdrückung durch die Siedlerregierung und mit den Kämpfen in den schwarzen Vorstädten gegen die Miet- und Gebührenerhöhungen der Stadtverwaltungen statt. Die Regierung befürchtete, daß aus diesen Kämpfen eine weitaus umfassendere Aufstandsbewegung werden könnte. Sie

sogenannten "Heimatländern". Ihre Verträge werden jeweils für elf Monate abgeschlossen. Die Wanderarbeiter müssen in Lagern auf dem Minengelände wohnen. Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter liegt mit 180 Rand (369 DM) noch unter dem der schwarzen Arbeiter in der Industrie. Die Arbeit unter Tage ist schwer und lebensgefährlich. In den mehr als 3500 m tiefen Schächten herrschen Temperaturen über 30 Grad Celsius, der Arbeitstag dauert neun Stunden. Die NUM führte bei einem Prozeß wegen eines Bergwerksunfalls im September 1983, bei dem 68 Arbeiter ums Leben

kamen, aus, daß wegen mangelnder Sicherheitsbestimmungen, langer Arbeit und miserabler Ernährung jährlich mindestens 100 Arbeiter in den Minen sterben, davon durchschnittlich vier bei Unglücken unter Tage, die anderen an Folgen von Unfällen, an Erschöpfung usw.

Die Besitzer der Goldbergwerke haben aus der kolonialen Ausbeutung der schwarzen Arbeiter Extraprofite in Milliardenhöhe geschneit. Der Goldexport ist für Südafrika von strategischer Bedeutung. Der Aufbau der NUM trifft den Siedlerstaat an einer empfindlichen Stelle. Deshalb gehen Bergwerkskapitalisten und Regierung mit äußerster Brutalität gegen jeden Versuch der Bergarbeiter vor, ihre Interessen zu artikulieren. Die NUM hat sich zum Ziel gesetzt, für die schwarzen Arbeiter in den Bergwerken dieselben Löhne und Arbeitsbedingungen zu erreichen, die die Bergwerkskapitalisten den weißen Arbeitern gewähren. Deren Durchschnittslohn liegt bei

1 000 Rand (2225 DM), ihr Arbeitstag unter Tage, wo sie meist als Aufseher oder Meister tätig sind, dauert je nach Schachttiefe zwischen 6 1/2 und 7 1/2 Stunden. Sie haben Anspruch auf einen fünfwöchigen Jahresurlaub und Urlaubsgeld.

Die NUM hat inzwischen über 90 000 Mitglieder, davon 50 000 in anderen als Goldbergwerken. Sie gehört dem Dachverband CUSA (Council of Unions of South Africa, Verband der südafrikanischen Gewerkschaften) an. Sie ist eine unabhängige Gewerkschaft und konnte ihre Anerkennung durch die Bergwerkskapitalisten durchsetzen, ohne sich den Registrierungs Vorschriften der südafrikanischen Regierung zu unterwerfen. Die Bergwerkskapitalisten beuten 700 000 azanische und schwarze Arbeiter aus anderen Staaten des südlichen Afrika aus. Die NUM will und muß weitere Arbeiter organisieren, wenn sie den Angriffen der Bergwerkskapitalisten und der südafrikanischen Regierung



Auch 14-jährige Jungen werden in die Goldbergwerke geschickt.

standhalten und Fortschritte erreichen will.

Spendensammlung: "Ein Auto für die CUSA", Spendenkonto: Eckhard Held (Stichwort: Azania), BfG Hamburg, BLZ 200 101 11, Kto. Nr. 2349624 701
Quellenhinweis: Facts and Reports, Nr. 5/84; Financial Times vom 18.9. und 24.9.84; Handelsblatt vom 19.9.84; tel. Information des IBFG; IZWI-LETHU, Zeitung der CUSA, vom Oktober 1983; ZK des KBW (Hrsg.) Der Kampf des Volkes von Azania gegen die Kolonialherrschaft, Frankfurt 1978 – (uld, rül)

GOLDPRODUKTION UND -EXPORTERLÖSE SINKEN

Das südafrikanische Kolonialregime ist der wichtigste Goldlieferant der Imperialisten. 1982 förderten die ca. 300 000 schwarzen Arbeiter in etwa 60 Goldminen mehrere hunderttausend Tonnen Erz aus Tiefen bis zu 3 500 Metern zutage, aus denen 663 Tonnen Feingold gewonnen wurden. Das entsprach 50% der Goldförderung in der Welt bzw. fast 70% der Goldförderung aus Gruben in imperialistischem Besitz, also ohne die Förderung in der Sowjetunion, in der VR China und in Nordkorea.

Für das Kolonialregime ist der Goldexport noch immer die wichtigste Einnahmequelle zur Finanzierung des Gewaltapparates, der militärischen Überfälle auf die umliegenden afrikanischen Staaten und des andauernden Kolonialkrieges in Namibia. Fast 50% aller Devisenerlöse stammen aus dem Goldexport. Die Steuern auf die Goldproduktion machten 1981 25,4%, 1982 13,7% aller Steuereinnahmen aus. Die unten abgedruckte Tabelle beruht auf Schätzungen, da das Kolonialregime keine Angaben über seine Goldlieferungen an die Imperialisten veröffentlicht. Sie geht von der Annahme aus, daß die gesamte Goldproduktion sofort zum Weltmarktpreis exportiert wird – was auch die Imperialisten annehmen.

Die Tabelle zeigt die Folgen der starken Goldpreisschwankungen in den letzten Jahren für das Regime. 1980 hatten die Imperialisten den Goldpreis auf 850 Dollar je Feinunze hochgetrieben. Für das Kolonialregime bedeutete das Deviseneinnahmen zur Finanzierung seiner Aufrüstung

wie nie zuvor. Seitdem sinkt der Goldpreis. Zur Zeit kostet eine Feinunze Gold 340 US-Dollar, d.h. weniger als halb so viel wie 1980.

Das Kolonialregime kommt dadurch in große Schwierigkeiten. Die Devisenerlöse und Steuereinnahmen aus der Goldförderung sinken, die Förderung selbst, ohnehin seit Jahren rückläufig und inzwischen auf 663 Tonnen (1970: 1 000 Tonnen) gesunken, bringt weniger Profit. Der Kolonialkrieg in Namibia wird schwerer zu finanzieren. 1982 nahm Südafrika erstmals seit Jahren einen 1,1 Mrd. US-Dollar-Kredit vom IWF auf. 1983 ermöglichten westdeutsche Banken dem Regime, auf dem Eurodollarmarkt Anleihen aufzunehmen. Um das Defizit im Staatshaushalt zu verringern, mußte das Regime in den letzten Monaten die Steuern der weißen Siedler erhöhen. Quellen: Handelsblatt, 22.5.84; Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Weltwirtschaft zur Jahresmitte 1984, Südafrika; Financial Times, Oktober 1982 und 8.8.84

Goldausfuhr Südafrikas

Jahr	Mio. DM	% d. Exp.
1974	9776,86	44,77
1975	8497,32	41,01
1976	6796,83	32,43
1977	7469,92	30,75
1978	8921,20	34,16
1979	13055,92	40,53
1980	23539,56	50,92
1981	21539,56	45,80
1982	19286,52	44,96
1983	22745,35	48,26

Quelle: Südafrikanische Reservebank, Deutsche Bundesbank

Grenada

POLITISCHE OPPOSITION SAMMELT SICH

Den "Abschluß der Demokratisierung" sollen die für den 3. Dezember angesetzten Wahlen in Grenada erbringen, erklärte die derzeitige Regierung. Sie wurde kurz nach der Invasion vom britischen Generalgouverneur in Absprache mit den US-Truppen eingesetzt, der Wahltermin ist ebenfalls von den USA und Großbritannien festgelegt worden. Wann die US- und karibischen Besatzungstruppen abziehen werden, ist noch unklar, auf keinen Fall aber eher als die Vorherrschaft der USA über die Insel gesichert ist. Der US-Botschafter erklärte, daß die USA keine "extremistische – egal ob links oder rechts" – Regierung dulden wollen.

Der Flughafen, von den USA zuvor als sog. sowjetische Startrampe zur Begründung der Invasion angeführt, wird von US-Firmen fertiggestellt. Die "Financial Times" berichtet, daß der Flughafen von den Jahrestag der Invasion in Anwesenheit von Präsident Reagan eingeweiht werden soll.

Seit der Invasion ist fast die gesamte Führung der früheren Regierungspartei NJW (New Jewel Movement) entweder hingerichtet oder zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Knapp 1 000 Anhänger der NJW sind noch

nach Beendigung der Invasion in Lagern und in Auseinandersetzungen ermordet worden. Über 1000 werden immer noch gefangen gehalten.

Dennoch wollen zu den Wahlen nicht nur drei als "Demokratische Front" auftretende konservative Parteien und die New Labor Party des 1979 gestürzten Diktators Gairy antreten, sondern auch die im Mai gegründete Patriotische Maurice Bishop Bewegung (Maurice Bishop Patriotic Movement, MBPM). Die MBPM versteht sich als Nachfolgeorganisation der NJW. Ihrer Führung gehören z.B. frühere Auslandsvertreter Grenadas an.

Sie tritt in ihrem Programm für den Abzug aller die Unabhängigkeit und die Sicherheit gefährdenden Streitkräfte ein. In ihrer Wahlplattform fordert sie die Beendigung des Ausverkaufs der Wirtschaft und des Bodens an das Ausland, die Wiederzulassung der landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Aufhebung des Verbots der Landarbeiter-Gewerkschaft. Mehr als 15000 Arbeiter, Bauern und Intellektuelle beteiligten sich an der Kundgebung anlässlich der Gründung der MBPM Ende Mai dieses Jahres. Sie forderten den sofortigen Abzug der Invasions-Truppen.

Die MBPM vertritt, daß die Wahlen nur eine "scheinbare Demokratisierung a la Reagan" bringen könnten. Dennoch will sie – sofern sie nicht verboten wird – alle Möglichkeiten nutzen, die politische Opposition zu sammeln, und sich an den Wahlen beteiligen. Ob die MBPM das Ergebnis dieser Scheinwahlen anerkennen will, ist uns nicht bekannt.

Quellenhinweis: Ila-Info Nr. 78; Unse-
re Zeit v. 30.8., 25.9.84 – (uld)

Tschad

FRANKREICHS RÜCKZUG EIN PROPAGANDACÖUP

Passend zur Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Mitte November und dem Treffen des französischen Präsidenten mit afrikanischen Staatsoberhäuptern am 11.12. in Burundi vermeldet die französische Regierung einen "diplomatischen Erfolg": den Vertrag zwischen Frankreich und Libyen über den Rückzug der jeweiligen Truppen aus dem Tschad. Seit der Unterzeichnung des Abkommens am 17.9. und vor allem seit dem 25.9., dem Termin des Beginns der Operation, lautet der Tenor der bürgerlichen Presse wie folgt: Der Abzug der libyischen Truppen erlaube es Frankreich, sich ebenfalls aus dem Tschad zurückzuziehen und entspreche seinem Wunsch, die Souveränität des Tschad wiederherzustellen.

Die Untersuchung der Fakten legt allerdings den Schluß nahe, daß die Qualifizierung der Operation als

"Theatercoup" (l'Humanité 24.9.) die Wirklichkeit besser trifft. Die französischen Imperialisten haben es seit 18 Jahren verstanden, über ökonomischen Druck und direkte Intervention die innertschadischen Widersprüche zu schüren, um – wie es der Berater des von ihnen heute gestützten Präsidenten Habre, Nouri, formuliert – "ihre sehr großen ökonomischen Interessen auch in Kamerun und Zentralafrika zu verteidigen". Die Operation Manta mit der Entsendung von 3000 Soldaten zur Unterstützung Habres gegen die (rechtmäßige) Regierung der Nationalen Einheit (GUNT), die Libyen um Hilfe ersucht hatte, im Juni '83 diente keinem anderen Zweck. Und dieser scheint vorläufig erreicht: Die GUNT ist auf ihre Basen im Norden des Landes zurückgeworfen und militärisch geschwächt, während die Regierung Habre nur mit französischer Hilfe überleben und folglich kaum eine Politik der nationalen Unabhängigkeit einschlagen kann.

In dieser Situation erscheint der französischen Regierung ein (partieller) Truppenabzug offensichtlich möglich und vor allem propagandistisch wirkungsvoll. Um so mehr, wenn es andere Maßnahmen verdeckt wie z. B. die sofortige Aufstockung der Anzahl der "technischen Berater" von 30 auf über 100; wie die Tatsache, daß der Schlußtermin für den Truppenabzug im Dunkeln bleibt und das Verteidigungsabkommen von 1976 jederzeit erneute direkte militärische Intervention ermöglicht; wie die massive Erhöhung der "Finanzhilfe" an Habre; wie das Angebot der Regierung Kohl, ebenfalls mit einer "Hilfe" von zunächst 50 Mio. DM einzusteigen. Folgendes sollte beachtet werden: Einen Tag vor der Bekanntmachung der französisch-libyischen Vereinbarung vermeldete die Presse, der Aufbau der französischen Schnellen Eingreiftruppe (FAR) sei mit der Aufstellung dreier Regimenter mit insgesamt 240 Kampfhubschraubern einen entscheidenden Schritt vorangekommen und werde bis zum Juli 1985 vollständig abgeschlossen sein. Die Truppe wird insgesamt eine Stärke von 47000 Mann haben und neben den genannten Einheiten aus einer leichten Panzerdivision und Fallschirmjägerverbänden bestehen. Sie soll ausschließlich aus Berufssoldaten zusammengesetzt sein. Die französischen Kritiker der FAR sehen diesen Verband als vornehmlich gegen die UdSSR gerichtet. Bewaffnung und Zusammensetzung beinhalten jedenfalls alle Möglichkeiten, ihn künftig gerade auch zur Sicherung der imperialistischen Interessen Frankreichs in Afrika zu verwenden. Der angekündigte Truppenrückzug muß wohl auch unter diesem Blickwinkel betrachtet werden.

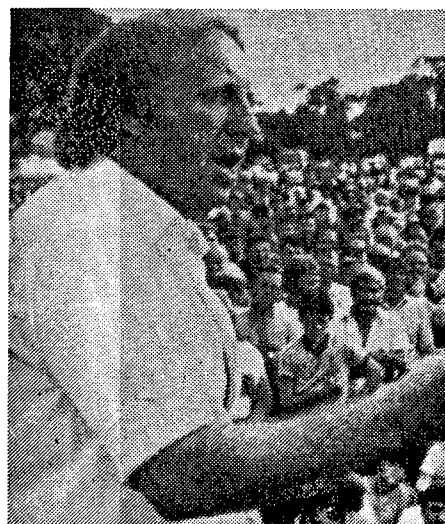
Quellenhinweis: le Monde, l'Humanité, Liberation, verschiedene Ausgaben. – (pel)

Großbritannien

GERICHTE GEGEN BERGLEUTE IN MARSCH

Ein Gerichtsvollzieher betrat am 1. Oktober die Konferenzhalle des Labour-Parteitag in Blackpool, um dem Vorsitzenden der Bergleute-Gewerkschaft Arthur Scargill eine Gerichtsverfügung zuzustellen. Scargill habe ein Gerichtsurteil mißachtet, hieß es darin. Er soll sich am 4. Oktober vor dem High Court, dem Obersten Gericht in London einfinden und kann wegen seiner "Mißachtung" mit Gefängnis bestraft werden.

Das Verbrechen des Gewerkschaftsvorsitzenden – und seiner Vorstandskollegen – bestand darin, daß er am 28. und 29.9., den Beschlüssen seiner



Arthur Scargill

Gewerkschaft entsprechend, die Mitglieder aufgefordert hatte, weiter zu streiken. Denn am 28.9. hatte das Gericht beschlossen, daß der Bergarbeiterstreik illegal ist.

Beantragt wurde diese Entscheidung von Mitgliedern eines "Komitees arbeitender Bergleute", die, von reaktionärer Bürgerpresse und Kapitalisten unterstützt, gegen den Streik und die Gewerkschaft hetzen. Der Richter begründete sie mit der Satzung der Gewerkschaft, die Urabstimmungen vorschreibe.

Der Gerichtseinsatz gegen Scargill ist nur ein Teil der Polizei- und Justiz-repressalien gegen die Bergleute. Mehr als 7000 Arbeiter sind bisher schon festgenommen worden, die meisten wurden verwahrt und vorläufig entlassen, dürfen sich aber nicht mehr an Streikposten beteiligen. Dem Bezirk Südwaales beschlagnahmte ein Gericht bereits die Konten. In Chesterfield mußten sich vor zwei Wochen 35 Bergleute wegen Barrikadenbaus verantworten, von dieser Barrikade aus hätten sie Steine auf Polizei und Wagen der Kohlebehörde geworfen. Fünf der Angeklagten sind in Untersu-

chungshaft.

Die Bergleute erhielten in den letzten Wochen aus einer unerwarteten Ecke Unterstützung. NACODS, die Gewerkschaft der Steiger, beschloß mit 82%, in den Streik zu treten. Denn die Kohlebehörde zahlte 3000 ihrer Mitglieder den Lohn nicht mehr, weil sie sich weigern, Streikposten der NUM zu mißachten. Außerdem wenden sich die Steiger gegen die Zechenstilllegung. Ein Streik der Steiger bedeutet, daß alle Bergwerke stillgelegt werden, auch die 40000 arbeitenden Bergleute könnten nicht mehr einfahren. Gesetzliche Vorschriften verbieten die Arbeiten ohne Steiger.

Vier Tage nach der NACODS-Urabstimmung gab die Kohlebehörde nach und zahlte den Lohn. Über Stilllegungen werde noch verhandelt, teilte der NACODS-Vorstand mit, empfahl aber seinen Mitgliedern, erst einmal nicht zu streiken, das sei wohl nicht nötig. Trotzdem ist die Aktion wertvoll für die Miners.

Nach sieben Monaten wird es für sie immer schwieriger, den Streik durchzustehen. Zwar wächst die innere und internationale Solidarität – z.B. hat die IG Metall jetzt 50000 DM gespendet – aber die Aktion zehrt jetzt restlos alle Reserven auf. Die Gewerkschaft NUM erklärte sich inzwischen bereit, mit der staatlichen Schlichtungsstelle ACAS zu verhandeln, mit dem Ziel eines Kompromisses.

Aber die Regierung will keinen Kompromiß, und damit die NCB auch nicht, auch wenn sie formal den ACAS-Gesprächen zustimmte. Sie will die Bergleutegewerkschaft zerstören. Für die NUM scheint inzwischen jedes Angebot, das sie nur ihr Gesicht wahren läßt, annehmbar. Herauskommen kann eine Verzögerung bei den Entlassungen, aber eine drastische Senkung des Lohns, den die NUM in ihren Streikzielen überhaupt nicht mehr aufführt.

Quellenhinweis: Financial Times, Socialist Worker, BBC, verschiedene Ausgaben – (hef)

Österreich

"DER KÄRNTNER SPRICHT DEUTSCH"

Am 30.9. fanden in Kärnten Landtagswahlen statt. Die SPÖ behielt ihre absolute Mehrheit, die nationalliberale FPÖ, die mit der SPÖ die Bundesregierung stellt, gewann deutlich hinzu. Seit 1945 hat die SPÖ die absolute Mehrheit; seit 1974 ist Landeshauptmann Wagner im Amt. Sein Vorgänger Sima wurde gestürzt, weil er gegen die Kampagne des reaktionären Kärntner Heimatdienstes (KHD) zum Sturm auf slowenisch-deutschsprachige Ortstafeln war. Wagner brüste-

te sich in seiner Antrittsrede vor dem Landtag: "Ich war ein hochgradiger Hitlerjunge" und ist stolz, "ein echter Kärntner zu sein, der kein Wort slowenisch spricht".

Noch am Ende des 1. Weltkrieges war Südkärnten fast ausschließlich slowenischsprachig. In den vom monarchistischen Jugoslawien besetzten Gebieten fand 1920 eine Volksabstimmung über die Staatsangehörigkeit statt. Die Mehrheit entschied sich für Österreich, weil sie ein sozialdemokratisches System der Monarchie vorzog. Die "freiwillige Entscheidung der Slowenen für Österreich" wird heute herangezogen, wenn gegen die "Verknechtung der Südtiroler" durch Italien gehetzt wird.

Die deutschen Faschisten führten nach der Annexion Österreichs einen Vernichtungsfeldzug gegen die Slowenen. Tausende wurden in Konzentrationslager gepercht und ermordet, große Teile der Bevölkerung wurden zwangsumgesiedelt, die in Kärnten verbleibenden Slowenen wurden unter Strafandrohung zur Verheimlichung ihrer Nationalität gezwungen. Trotzdem bildeten sie Partisanengruppen, die bedeutend zur Niederlage des deutschen Faschismus beitrugen.

1945 wurde die Zweisprachigkeit und der slowenische Unterricht obli-

gatorisch. Im Staatsvertrag von 1955 wurde den Slowenen ausdrücklich das Recht auf Unterricht und Lehrmittel in ihrer Sprache zugesichert. Aber bereits 1959 wurde auf Betreiben des KHD ein Gesetz erlassen, wonach Eltern ihre Kinder zum Slowenisch-Unterricht anmelden müssen. Die Slowenen – ihres Landes beraubt – müssen sich überwiegend bei deutschen bzw. deutschsprachigen Kapitalisten und Gutsbesitzern verdingen. Diese üben Druck auf sie aus (die Arbeitslosenrate in Südkärnten beträgt bis zu 25 % im Winter), auf die Wahrnehmung ihrer nationalen Rechte zu verzichten. Zur Zeit werden in Kärnten nur knapp über 1000 Elementarschüler zweisprachig unterrichtet.

Ende 1983 brachte die deutschnationale FPÖ einen Gesetzesantrag zur Einführung des getrennten Schulwesens im Landtag ein. Im August 1984 führte der KHD mit Unterstützung der FPÖ und der ÖVP ein Volksbegehren zur Abschaffung des zweisprachigen Unterrichts durch. 8,9 % aller Wahlberechtigten (34000, davon 19732 aus rein deutschsprachigen Gebieten) stimmten dafür. 15000 Stimmen waren notwendig für die Behandlung im Parlament.

Quellen: Profil 39/84, Winterthurer AZ, div. Ausgaben – (rua)

BRD-Italien

DIE ITALIENISCHE BOURGEOISIE IST BESORGT ÜBER GROSSDEUTSCHE BESTREBUNGEN DER BRD

Die italienische und die westdeutsche Bourgeoisie sind enge Verbündete. Die italienische Bourgeoisie braucht die Unterstützung der westdeutschen Bourgeoisie gegen die italienische Arbeiterklasse und die Bauern. Die BRD kann auf das Bündnis mit der italienischen Bourgeoisie für ihre Mittelmeerpolitik und ihre Expansion nach

Afrika und Nahost nicht verzichten. Die italienische Regierung ist neben der BRD die einzige "Nicht-Atom-Macht" in der NATO, die die Stationierung der Mittelstreckenraketen begonnen hat. Die italienische Regierung hat für Oktober zur feierlichen "Wiederbelebung" der Westeuropäischen Union (WEU) nach Italien eingeladen. Die Initiative der Bundesregierung zum Ausbau der EG als Kriegspakt ist unter dem Namen des westdeutschen und des früheren italienischen Außenministers als "Genscher-Colombo-Plan" bekannt. Warum dann der schroffe Angriff des italienischen Außenministers Andreotti auf den "Pan-Germanismus" und seine ebenso schroffe Ablehnung einer deutschen "Wiedervereinigung"?

Die italienische Bourgeoisie ist besorgt über das rasch wachsende Übergewicht, das die BRD-Imperialisten in der EG und unter den westeuropäischen NATO-Mitgliedern gewonnen hat. Sie fürchtet, daß ihre Interessen dadurch unterdrückt werden, zumal die Bundesregierung eine enge Zusammenarbeit mit der österreichischen Regierung entwickelt und vor Verstößen gegen den österreichischen



Parole auf der Innsbrucker Demonstration Anfang September. Unter den Gästen der Aktion war auch der österreichische Bundespräsident Kirchschläger.



Am 22. September hat die Regierung Mitterrand nach sechswöchigen Gerichtsverhandlungen beschlossen, drei Mitglieder der ETA an Spanien auszuliefern, 24 wurden in lateinamerikanische Länder abgeschoben. Seit der Franco-Diktatur hatten ETA-Mitglieder in Frankreich Asyl erhalten oder lebten mit Duldung der Behörden in Frankreich. Die Änderung der französischen Asylpolitik ist Teil einer koordinierten EG-Aktion, deren Ziel u.a. die politische und ökonomische Kontrolle der Industriegebiete in den baskischen Provinzen Spaniens ist. Gegen die Auslieferungen fanden in den letzten Wochen Demonstrationen in Frankreich und Spanien statt. Ende August hat eine Aktionseinheit zahlreicher Organisationen und Parteien in den baskischen Provinzen Spaniens mit einer Unterschriftensammlung gegen die Ausweisungen begonnen. — (chc)

MALTA: KIRCHE WEHRT SICH

Nachdem die katholische Kirche auf Malta vor fünf Jahren den Kampf um die Universitäten verlor, greift die Regierung Mintoff jetzt ihre Privatschulen an. Der Kirche wurde verboten, für den Schulunterricht Gebühren zu nehmen. Die Kirche wehrt sich mit Demonstrationen und versucht, Streiks (z.B. der Lehrer) zu organisieren. Mintoff bot Regierungsbeihilfe für die Schulen an, wenn die Kirche ebenfalls zahlt. Der geht es ums Prinzip. Ob, wie die Kirche behauptet, der Streik von 3000 Lehrern in Regierungsschulen für mehr Lohn sich in Wirklichkeit gegen das Gesetz über Privatschulen richtet, ist schwer

nachzuvollziehen. Die von der CDU unterstützte Nationalistische Partei ist voll auf der Seite des Heiligen Stuhls. — (hef)

PHILIPPINEN: DEMONSTRATIONEN GEGEN MARCOS

Das philippinische Marcos-Regime sieht sich einer Welle von Massendemonstrationen gegenüber. Nachdem am 21. August mehr als eine Million Menschen am Jahrestag der Erschießung von Oppositionsführer Aquino demonstrierten, führte die Bewegung gegen Marcos im September eine erfolgreiche Protestwoche mit täglichen Demonstrationen durch. — Der Minimumlohn philippinischer Arbeiter betrug im Juli mit 52 Pesos die Hälfte der offiziellen Armutsgrenze. — (hef)

LANDWIRTSCHAFTSFONDS IN POLEN

Wer würde schon einfach so für die katholische Kirche in der VR Polen spenden? Aber mit einem Transfer besonderer Art geht das. Mitte September einigten sich die polnische Regierung und die katholische Kirche über die Satzung eines Kirchenfonds zur Unterstützung der privaten Landwirtschaft. Die westlichen Zweigstellen der Kirche und einige Regierungen speisen Gelder in Milliardenhöhe ein. Finanziert werden sollen Getreide-



Kardinal Glemp

verarbeitungsbetriebe, Kooperativen für die Reparatur von Landmaschinen, Importe von Pflanzenschutzmitteln und neuerdings Straßen und Schulen in ländlichen Gegenden. Die Kapitalisten machen Geschäfte, die polnischen Kleinbauern bekommen Schulen mit Kreuzen, die Kirche sackt ein. Das "Handelsblatt" erläuterte am 4.9. 1984 diesen Versuch, eine neuartige kapitalistische Klosterwirtschaft in Polen aufzuziehen: "Das von den Bauern für die Ware erhaltene Geld soll unter der Kontrolle der Kirche für soziale Zwecke ausgegeben werden." — (anl)

Staatsvertrag nicht zurückschreckt.

Jedes Bündnis der BRD mit Österreich ist für die italienische Bourgeoisie bedrohlich. Noch stets waren solche Bündnisse verbunden mit territorialen Ansprüchen gegen Italien, mit der Forderung nach "freiem Zugang zur Adria" und mit Versuchen, eine Mittelmeerpolitik unter Mißachtung der Expansionswünsche der italienischen Bourgeoisie aufzubauen.

Am 31.5.83 veröffentlichte das österreichische Nachrichtenmagazin "Wochenpresse" eine Umfrage unter "Persönlichkeiten" in Österreich und Italien: "Tirol, noch ein Anliegen für Österreich?" Antwort von Luis Trenker: "Was ist das für eine Frage? Wir hängen zusammen, noch von der Monarchie her!" Der österreichische Außenminister Erwin Lanc: "... es ist selbstverständlich, daß wir die ... Schutzfunktion zugunsten Südtirols auch weiterhin wahrnehmen werden." 16 Monate nach dieser regierungs-offi-

ziellen Aufmunterung veröffentlichte die "Wochenpresse" ihre zweite "Umfrage". Der FPÖ-Abgeordnete H. Haigermoser (die FPÖ stellt mit der SPÖ die österreichische Regierung) hetzte gegen die "Unrechtsgrenze" am Brenner. Der Landeskommandant des Bundes der Tiroler Schützenkompanien, Zebisch, propagierte die Annexion Südtirols: "Auch wenn wir uns bewußt sein müssen, daß geschichtliche Prozesse oft mehrere Generationen in Anspruch nehmen, die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung wollen wir uns nicht nehmen lassen." Kurz zuvor hatte Helmut Kohl den Tiroler Schützen die Unterstützung der BRD versichert und eine Kapelle im Kanzleramt auf treten lassen.

Kein Wunder, daß die italienische Bourgeoisie über solche Vorstöße beunruhigt ist! Zudem: Mit Unterstützung durch die BRD rüttelt die österreichische Bourgeoisie am österreichischen Staatsvertrag, der ein Bünd-

nis zwischen Österreich und der BRD ausdrücklich verbietet. Die Forderung des FPÖ-Vizekanzlers Steger, Österreich solle die Mitgliedschaft in der EG anstreben, ist der bislang weitgehendste Vorstoß in dieser Richtung. Der Verteidigungsminister will Lenk raketen für die österreichischen Truppen — ebenfalls eine Forderung, die unvereinbar mit dem Staatsvertrag ist. Bundespräsident Kirchschläger unterstützte diese Forderung in einem Interview mit der "Wochenpresse". Auch die Annektionsforderungen gegenüber Südtirol verstoßen gegen den Staatsvertrag. Der vierte Verstoß gegen die Bestimmungen des Staatsvertrages ist die Vereinbarung mit der BRD über den "freien Grenzverkehr" zwischen beiden Staaten. Wie das "Archiv der Gegenwart" berichtet, ist darin die Festlegung enthalten, daß "Polizei- und Zollbehörden beider Länder verstärkt zusammenarbeiten, um den Sicherheitsbedürfnissen voll Rech-

USA: POLIZEIJAGD AUF LANDARBEITER

1,016 Millionen mexikanische Landarbeiter sind seit Januar in den USA als "illegale Einwanderer" verhaftet worden. Dagegen haben mexikanische Gewerkschaften am 17.9. protestiert. Die Landarbeiter waren von US-Farmkapitalisten angeheuert worden. Nach Einbringung der Ernte in den Südstaaten habe eine regelrechte Menschenjagd begonnen, erklären die Gewerkschaften. Viele verhaftete Landarbeiter bekommen nicht einmal mehr ihren Lohn ausgezahlt. — (rül)

GM-STREIK: VORLÄUFIGE TARIFVEREINBARUNG

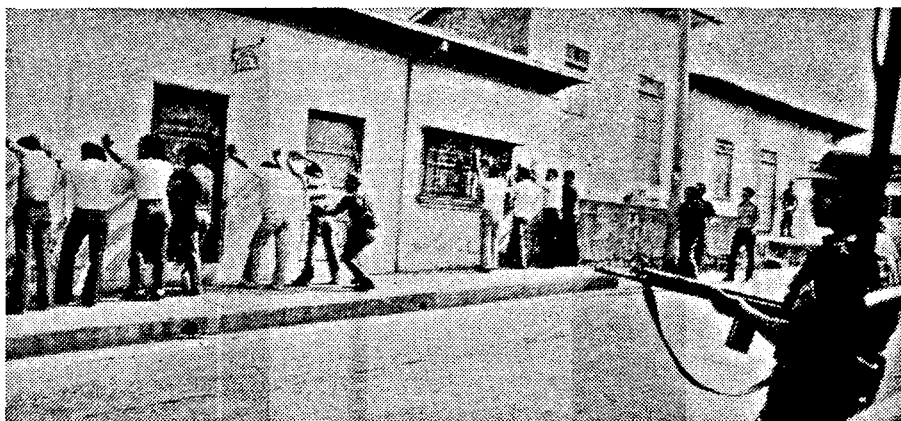
Bis 14.10. führen die 35000 Mitglieder der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW bei General Motors die Abstimmung über einen neuen Tarifvertrag durch. Die UAW hatte am 24.9. die Streiks von 100000 Automobilarbeitern in 17 Werken für beendet erklärt. Vor dem Streik hatten die Kapitalisten jede Tariflohnerhöhung abgelehnt. Der Tarifvertrag sieht eine sofortige Erhöhung des Grundlohns um durchschnittlich 2,25% vor (zusätzlich zur tariflich gesicherten Inflationsanpassung, die etwa 2/3 der Teuerungsrate entspricht). Diese Lohnerhöhung ist von 1% für ungelernte Arbeiter bis 3,5% für hochqualifizierte Facharbeiter gestaffelt. Die meisten Beschäftigten sind Montagearbeiter. Ihr Tariflohn soll nur um 1,66% erhöht werden. 1985 und 1986 zahlen die Kapitalisten jeweils einen Abschlag von 2,25% des jährlichen Lohns. Der Tariflohn, nach dem Überstundenzuschläge, Urlaubsgeld, Arbeitslosengeld und Versicherungsleistungen berechnet werden, wird nicht angehoben. Damit die GM-Arbeiter dieser Lohnsenkung zustimmen, haben die GM-Kapitali-

sten als Köder ausgeworfen, in den nächsten sechs Jahren 1 Mrd. Dollar in einen Fonds zu zahlen, aus dem Umschulungen, Umsetzungen oder Unterstützungen für entlassene Arbeiter gezahlt werden sollen. — (gba)

TÜRKEI: NEUE TODESURTEILE

Ein Militärgericht in Istanbul hat am 27.9. Todesurteile gegen 22 türkische Revolutionäre verhängt. Bis Redaktionsschluß war nicht zu erfahren, welcher Organisation die Verurteilten angehören. Die Anklagepunkte, der-

entwegen das Gericht die Todesstrafe verhängte, lauteten auf: "Versuch, die Regierung zu stürzen und eine kommunistische Diktatur zu errichten", "Hochverrat" und "Mord", u.a. an sieben türkischen Sicherheitsbeamten und fünf amerikanischen Beamten. Einen Tag später verurteilte ein anderes Militärgericht in Ankara vier weitere Revolutionäre, Mitglieder der Revolutionären Volkspartei, zum Tode. Sie sollen u.a. drei Soldaten getötet haben. Seit ihrem Putsch 1980 hat die türkische Militärjunta 25 politische Gefangene hingerichtet. — (rül)



Am 28. September unterzeichnete der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke in El Salvador ein Kreditabkommen über 50 Mio. DM und bereitete in Begleitung von Vertretern großer Kapitalisten aus der BRD, u.a. von Bayer und Bosch, Möglichkeiten für Kapitalexport aus der BRD vor. Die BRD-Imperialisten wollen einen Beitrag zur Stabilisierung der Regierung Duarte in El Salvador leisten. 30 Mio. DM aus dem Kredit sind für Ersatzteilbeschaffung für im Bürgerkrieg zerstörte Maschinen- und Waffenfabriken aus der BRD vorgesehen, acht Millionen für Kredite an Kleingewerbetreibende, für Arbeitsbeschaffungsprogramme und Pflanzenschutzprogramme der Kaffeeplanzer. Mit fünf Mio. DM greift die BRD direkt in den konterrevolutionären Krieg gegen die Befreiungsfront FMLN/FDR ein. Sie werden zinslos an die staatliche Organisation "Conades" vergeben, die unter dem Titel "Flüchtlingshilfeorganisation" den Aufbau von Wehrdörfern betreibt. Die Armee treibt die Bauern aus ihren Dörfern (Bild), sobald sie den Verdacht hegt, daß die Befreiungsfront FMLN/FDR in den Dörfern Unterstützung findet, und versammelt sie in eingezäunten und von der Armee bewachten Wehrdörfern. — (uld)

nung zu tragen."

Daß die BRD und Österreich mit solchen Vorstößen Schritt für Schritt den österreichischen Staatsvertrag aufheben wollen, ist äußerst beunruhigend und erhöht die Kriegsgefahr bedeutend. Dieser Staatsvertrag zwischen Österreich und den vier Siegermächten UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich ist neben dem finnischen Friedensvertrag der letzte der nach dem 2. Weltkrieg abgeschlossenen Friedensverträge in Europa, die für Staaten außerhalb des Warschauer Paktes gelten. Er sollte der BRD ausdrücklich den Weg der neuerlichen Balkan- und Ostexpansion über Österreich verbieten und der österreichischen Bourgeoisie jeden Anschluß an einen solchen Ostfeldzug ebenfalls. Die italienische Regierung hat mit ihrem Vorwurf des "Pangermanismus" gezeigt, für wie gefährlich selbst enge Verbündete der BRD diese Politik halten.

Noch andere Interessen dürften die italienische Regierung dazu veranlaßt haben, schroff gegen diese großdeutschen Bestrebungen, die von der BRD ausgehen, aufzutreten. Seit 1973 unterhält Italien diplomatische Beziehungen zur DDR. Im Juli war der italienische Ministerpräsident Craxi erstmals zu einem Staatsbesuch in der DDR. Er unterzeichnete ein Kulturabkommen und ein Rechtshilfeabkommen mit der DDR, Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit wurden vorbereitet, Honecker nach Italien eingeladen. Auch bei anderen Gelegenheiten hat die italienische Bourgeoisie in letzter Zeit ihre selbständigen Interessen innerhalb von NATO und EG betont. So nahm Ende 1983 der italienische Botschafter in Moskau als einziger Botschafter der NATO-Mitgliedsstaaten an den Revolutionsfeiern teil. In der UNO stimmte Italien gegen die Besetzung Grenadas durch die USA.

CDU- und CSU-Politiker, darunter Kohl, Strauß und Dregger, fordern jetzt, daß Andreotti als Vorsitzender der Europäischen Christdemokraten zurücktritt. Der Vorsitzende der italienischen Christdemokraten, de Mita, hat sich aber hinter Andreotti gestellt. Auch die anderen EG-Staaten haben mit ihren Reaktionen erkennen lassen, daß sie eine deutsche "Wiedervereinigung" nicht wünschen. In der italienischen christdemokratischen Partei hat Andreotti starken Einfluß. Er gilt als ein Mann, der die Unterstützung der katholischen Kirche hat. Man darf also gespannt sein, ob die westdeutschen Christdemokraten an ihrem Vorhaben zur Absetzung Andreottis festhalten und ob sie dieses durchsetzen können.

Quellenhinweis: Wochenpresse, 31.5.83, 18.9. und 24.9.84; FAZ vom 17. bis 20.9.; Archiv der Gegenwart, 30.6. und 20.8.84; Europa-Archiv 3/1984 — (rül)

FRANKFURTER APPELL

AUFTAKT ZUM MARSCH GEGEN RASSISMUS

Westberlin. Ca. 700 waren zu einer Podiumsdiskussionsveranstaltung im Rahmen des "Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" gekommen. In Arbeitsgruppen davor, die mangels Teilnehmern zusammengelegt wurden, waren teilweise Thesen ausgearbeitet worden, die der Plattform des Frankfurter Appells eher widersprachen: Ausländerfeindlichkeit sei u.a. in der Arbeiterklasse selber angesiedelt, und zwar vorwiegend bei den sogenannten unteren Schichten. Türkische Betriebsräte z. B. widersprachen dieser These und hielten ihre Erfahrungen entgegen: Es sei die Politik der Kapitalisten, daß ausländische Arbeiter meist die niedrigste und dreckigste Arbeit machen müssen, Ausländerfeindlichkeit sei Arbeiterfeindlichkeit. In der Podiumsdiskussion führte der Ausländerbeauftragte der IGM Gürbaca aus, die Ausländerpolitik sei Politik des Staates im Interesse des Kapitals, das statt Klassenkampf gerne Rassenkampf sehe. Tenor von SPD bis AL war, es müsse endlich etwas passieren, was, wurde hingegen nicht recht deutlich. — (doz)

"MARSCH GEGEN RASSISMUS ..." IN HAMBURG

Hamburg. Am 1. Oktober traf der "Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" in Hamburg ein und bot Anlaß für eine Reihe von Aktionen, die vom Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis (DAAB) durchgeführt wurden und sich gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung und des Hamburger Senats richteten. Bis zum Nachmittag stand die Ausländerbehörde als Angriffsziel der Aktionen im Mittelpunkt. Zeitlich passend hatte der Senat zuvor in einer Pressemitteilung vom 3.9. zur Ausländerpolitik u.a. erklärt, daß er seine Abschiebep Praxis gegenüber Asylbewerbern in Hamburg nicht zu ändern gedenkt, also weiterhin Asylbewerber wegen angeblichen Mißbrauchs des Asylrechts kurzum wieder rauswirft und ihrem Schicksal überläßt. Ein Informationsstand ab 8 Uhr sowie eine Kundgebung mittags richteten sich gegen diese Senatspolitik. Gemeinsam mit der Marschgruppe aus Westberlin wurde nachmittags eine Demonstration durch Altona veranstaltet, an der sich mehr als 1000 beteiligten. Am Abend schließlich fand eine Kulturveranstaltung gegen das geplante neue Ausländergesetz in der "Fabrik" statt. Die Volksfront hatte eine Broschüre gegen die Ausländerpolitik erstellt, die bei den Aktionen gut verkauft wurde. — (wal)



München. Am 29.9. startete der Südzug des "Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik". Ein Bündnis, in dem Volksfront, DKP, GIM, FAU, türkische, kurdische und iranische Organisationen mitarbeiten, hatte zu einer Kundgebung und Demonstration aufgerufen. Rund 200 Personen nahmen teil. Jusos, GRÜNE und die griechische Gemeinde sprachen Grußworte. — (ror)

FRAGEN AN DIE SPD KÖLN

Das Kölner Aktionsbündnis gegen Ausländerfeindlichkeit hat bei der Abschlußveranstaltung der Kölner SPD vor den Kommunalwahlen ein Flugblatt verteilt, in dem Fragen an die SPD gestellt werden. "Was hält die Kölner SPD davon ab, Initiative gegen die Pläne der Bundesregierung, die Ausländergesetze zu verschärfen, zu ergreifen? Wird hier die 'Große Koalition' in Sachen Ausländerpolitik geprobt?" "Warum hält die SPD-regierte Stadt Köln immer noch daran fest, die Stadt je nach Höhe von Ausländerbevölkerungsanteilen in 'gefährdete und belastete Gebiete' einzuteilen? Unserer Meinung nach schürt das den Rassismus!" Nachdem die SPD-Ordner zunächst versuchten, die Flugblattverteilung zu verhindern und auch die Masken von Zimmermann, Kohl und Genscher nicht in den Saal zu lassen, konnten dann doch einige hundert Flugblätter in der Veranstaltung verteilt werden. — (eve)

TROTZ POLIZEIKOMPLOTT: FREISPRUCH!

Hannover. Nach 50 Verhandlungstagen vor dem Landgericht Hannover wurden am 24.9.84 H. und O. Öner in allen Anklagepunkten freigesprochen. Vor 15 Monaten waren sie bei einer Aktion gegen die faschistischen "Grauen Wölfe" festgenommen worden. Sieben Monate Untersuchungshaft mußten sie wegen der konstruierten, ursprünglich auf versuchten Totschlag lautenden Anklage absitzen. In der Urteilsbegründung kommt das Gericht nicht umhin, einige Tatsachen zu benennen: Mindestens zwei Polizisten sagten als Zeugen "objektiv

falsch" aus; das "schwer verletzte" Opfer war unverletzt; der Nebenklägervertreter hat Beweismittel unterschlagen; an der Gerichtsakte wurde "manipuliert". Dadurch sei der "Grundsatz eines fairen Verfahrens" verletzt. Nur teilweise konnte jedoch im Prozeß das politische Komplott des 7. (politischen) Kommissariats der Kripo Hannover und weiterer Staatsorgane gegen die türkischen Angeklagten aufgedeckt werden. Die Staatsanwaltschaft hat Revision eingelegt. Der Freispruch ist ein Erfolg der antifaschistischen Aktionseinheit gegen die Prozesse. 55000 DM wurden für Prozeßkosten gesammelt. 20 Flugblätter in einer Auflage von 70000 gab es heraus. — (mak)

AUSLÄNDERWOCHE DER EVANGELISCHEN KIRCHE

Hannover. Ende September hat die evangelische Kirche in Hannover eine "Woche der ausländischen Mitbürger" veranstaltet. Eine Initiativgruppe richtete zwei Veranstaltungen aus, auf denen die Forderung nach Niederlassungsrecht (Gesetzentwurf der Grünen) ausführlich diskutiert wurde. In der Auftaktveranstaltung mit 300 Teilnehmern, an der u.a. die Ausländerbeauftragte Funcke und der niedersächsische CDU-Fraktionsvorsitzende Remmers teilnahmen, kamen beide nicht damit durch, ihre Politik als besonnenen Kampf um Verbesserungen für Ausländer darzustellen. Sie mußten sich zum Niederlassungsrecht und politischen Rechten stellen. Remmers, der einiges zur "liberalen" niedersächsischen Position einstecken mußte, "konterte": Diejenigen, die überzogene Forderungen stellten, müßten die Schwierigkeiten mit Ausländern meist nicht ertragen. — (hag)

Arbeitszeit/Rombach-Verlag Freiburg

FLEXI-KONZEPT UND NEUE TECHNOLOGIE
IN ANWENDUNG – BERICHT EINER PACKERIN

Freiburg. Der Verlag Rombach, u. Co. (u.a. Herstellerbetrieb für die "Badische Zeitung") hat im September eine neue Offset-Rotationsmaschine in Betrieb genommen (siehe auch Bild unten). Ministerpräsident Späth, Struktur-, Mittelstands- und Technologieförderer war dabei, um Verlagschef Hodeige als Personifizierung des Unternehmerbilds der Landesregierung zu lobhudeln: Wer unternehmerischen Mut habe, der habe oft kein Geld, und wer Geld habe, dem mangle es an Mut. Da sei es schon am besten, Mut und Geld zu haben.

Die Späthsche Laudatio trifft: Hodeige will in seinem Betrieb realisieren, was branchenüblich zu werden droht: Ablösung fester, tarifvertraglich gebundener Arbeitsverträge durch zeitlich befristete, flexibilisierte Verträge bei Festschreibung der 40-Stunden-Woche; starkes Engagement in Sachen "Neue Medien".

In der Zeitungsproduktion wurde mit der neuen Maschine die Kapazität sprunghaft erweitert. Es werden bis zu 40000 Exemplare pro Stunde hergestellt (vorher 10000), die Produktionszeit wurde um zwei Stunden verkürzt, der Andruck konnte entsprechend nach hinten verlegt werden. Werbebeilagen können jetzt alleine in der Nachtschicht vier produziert werden (bisher zwei). Die Auswirkungen schildert eine Packerin, seit 15 Jahren im Versand beschäftigt, so:

"Wir Frauen, 20 sind wir in der Packerei, empfinden die Arbeit erst einmal leichter. Wir geben über Computer nur noch die Stückzahlen für die Bündelung der Zeitungen ein. Früher mußten wir mit Hand die Zeitungen zählen und bündeln. Natürlich ist es mit mehr Streß verbunden, weil halt die Rotation jetzt schneller läuft und wir das Tempo nicht mehr selber be-

stimmen können. Jetzt arbeiten wir nur noch zwischen 5 und 6 Stunden pro Nacht, früher waren es 6 oder 8. Das sind Lohneinbußen von 300 bis 400 DM. Wir sind seit einem Jahr in Lohngruppe II. Das macht 10,98 plus 20 Pfennig Schmutzzulage. Wir sind zwar fest angestellt, allerdings ohne feste Arbeitszeiten. Die Einlegerinnen werden je nach Lage abgerufen. Freischichten (im MTV Druck bei Nachtarbeit festgeschrieben) gibt es bei uns nicht. Wir können es uns kaum leisten, mal krank zu sein, weil wir in

dieser Zeit nur den Grundlohn ohne Nachtzulage bekommen. Das Gleiche im Urlaub. Der Hauptpunkt für uns ist die soziale Absicherung. Einige arbeiten auch noch mit über 60. Eine Kollegin hat jetzt nach 25 Jahren Nachtschicht sich ihre Rente ausrechnen lassen: das wären genau 483 DM. Wenn man sich beim Chef beklagt, kommt er damit, daß nach Arbeitszeitordnung wir sowieso nur 4 Stunden nachts arbeiten dürften, was ja schön wäre, wenn der Lohn zum Leben reichen würde."

Man sieht, es braucht keine "neuen gewerkschaftspolitischen Konzepte". Nach diesem Bericht liegen die Aufgaben der Gewerkschaft, wenigstens was die unteren Lohngruppen angeht, klar und deutlich fest. — (ikh)



Verlagsschef Dr. Hodeige mit Postminister Schwarz-Schilling bei dessen Firmenbesuch im März 1984. Hodeige (FDP-Stadtratskandidat) will durch Anwendung modernster Technologie in den nächsten Jahren eine Umsatzsteigerung von gegenwärtig 50 Mio. DM auf 80 bis 90 Mio. erzielen. Bei 450 Beschäftigten (1980 noch 498) ist der Betrieb bereits jetzt mit den neuesten Techniken der Satz- und Druckproduktion ausgestattet: 96 Bildschirmarbeitsplätze und drei computergesteuerte Lichtsatzanlagen in der Texteingabe; seit einem Monat eine 96-Seiten WIFAG Offsetdruckmaschine. Der Verlag ist einer der größten Telefon- und Adreßbuch-Hersteller (u.a. die Telefonbücher von München und Barcelona); geplant ist ein Welt-Telexverzeichnis u.ä. Zukünftig sollen die Programm- und Speicherkapazitäten der Anlage verstärkt kleineren Betrieben als Dienstleistung verkauft werden. Das breite Grinsen bei solch kompetenten Gesprächspartnern wie Schwarz-Schilling kommt also von Herzen.

OHNE GEGNERSCHAFT ZUR
CSU WIRD ES NICHT GEHEN

München. Am 26. September fand in München eine Kundgebung und ein Fackelzug zum "Gedenken an die Opfer" des faschistischen Oktoberfestattentats vor vier Jahren statt. Die Beteiligung war gering. Nur knapp über 500 Personen folgten dem Aufruf der Münchner DGB-Jugend. Unter ihnen war auch Oberbürgermeister Kronawitter (SPD). Dieser hatte am Tag zuvor, bei einer Diskussion im Stadtrat über die Gestaltung des fünften Jahrestages, einen Antrag der CSU, an diesem Tag "aller Opfer terroristischer Anschläge in München" zu gedenken, unterstützt. Dieser weitere

Versuch der CSU, sich vor die faschistischen Mörder zu stellen, konnte jedoch mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der GRÜNEN verhindert werden. Auf der Kundgebung kritisierten der 3. Bürgermeister Hahnzog (SPD) und der stellv. DGB-Landesvorsitzende Schlösser die "geringen Anstrengungen" der Stadt, die Erinnerungen an das Attentat wachzuhalten, und warfen der Landesregierung vor, "die Gefahr des Rechtsradikalismus zu verharmlosen". Diese, vor allem von Seiten der Sozialdemokratie vertretene Position, der Staatsapparat und die CSU würden eine "Verharmlosung des Faschismus" betreiben, wurde auf einem gemeinsamen Flugblatt von BWK und FAU München als "schon

mehr als zu kurz gegriffen" kritisiert. Tatsächlich deckt der Staatsapparat nicht nur im Fall des Oktoberfestattentats die faschistischen Umtriebe, und das schon über Jahre. Und die CSU macht auf Grundlage ihres "christlich-abendländisch-völkischen" Sendungsbewußtseins wohlwollenden Gebrauch vom Faschismus, zumindest was dessen Idee, seine Maßnahmen und Ziele für den westdeutschen Imperialismus betrifft. Strauß: "Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind." Ein einheitlicher Kampf aller antifaschistischen Kräfte ist notwendig — aber ohne die CSU-Politik im Visier zu haben, wird gar nichts gehen. — (ror)

Kommunalpolitik/Stromversorgung

SONDERTARIFKUNDEN MIT HÖCHSTEM ZUWACHS BEIM STROMVERBRAUCH

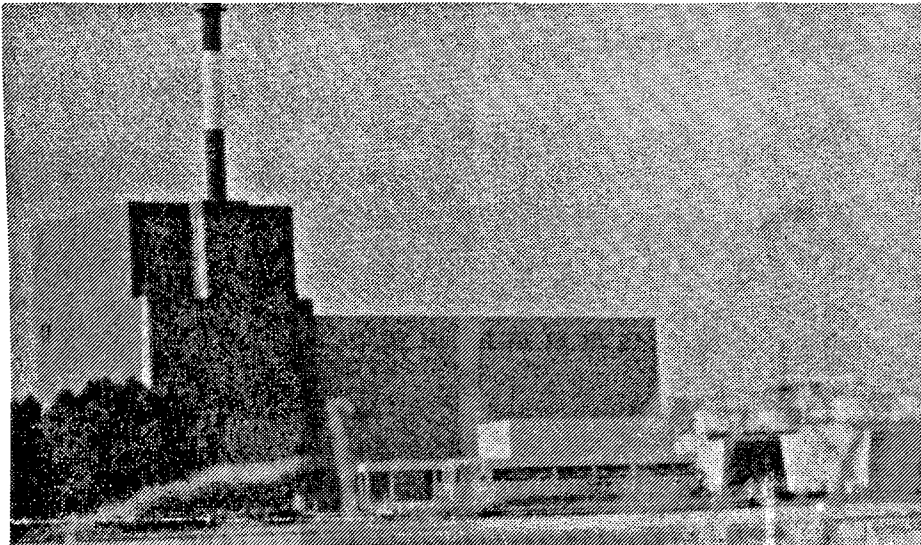
München. Das Konsortium Bayernwerke AG, Isar-Amperwerke AG, Energieversorgung Ostbayern AG und die Stadtwerke München haben im Sommer 1982 mit dem Bau des Kernkraftwerks Ohu II begonnen. Kurz danach haben Betreiber und Genehmiger (Freistaat Bayern) "unter Verletzung der Vorschriften über eine Öffentlichkeitsbeteiligung" (Richterspruch) eine Änderungsgenehmigung nachgeschoben, die u.a. die Einsparung zweier kostspieliger sicherheitstechnischer Vorrichtungen erlaubte. Begründung dafür: "Öffentliches Interesse" an billiger Stromversorgung. Den richterlich verfügten Baustopp bezichtigte Strauß als "Sabotage am Aufschwung". Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hob das Regensburger Urteil auf, wiederum aus "öffent-

licher hören, nur die Fraktion der GRÜNEN/ALM ist ohne Wenn und Aber für den sofortigen Ausstieg.

Zwei Bürgerversammlungen forderten im Mai den Münchner Stadtrat auf, "keine weiteren Erhöhungen bei Gas-, Strom-, Wasser- und Fernwärmetarifen zuzulassen und evt. dadurch entstehende Defizite durch kostendeckende Tarife und Gebühren für Großabnehmer auszugleichen". Mit Mehrheit lehnte jetzt der Werkausschuß ab, da "ein Preisstopp bei steigenden Aufwendungen zu erfolggefährdenden Mindererträgen führt".

Die Entwicklung der Stromversorgung in den letzten zehn Jahren in der Stadt zeigt aber:

1983 wurden in München 4 504 Mio. kWh verbraucht. Davon von der Verbrauchergruppe "Haushalt" 1 127 Mio.



Für das KKW Ohu II werden die Münchner Stadtwerke rund 1,318 Mrd. DM bis 1988 aufbringen und der Stadthaushalt zur Kapitalaufstockung der Stadtwerke bis 1988 weitere 275,3 Mio. DM.

lichem Interesse", diesmal an "der Sicherstellung der Energieversorgung".

In einer Beschlußvorlage vom 29. Mai 1984 an den städtischen Finanzausschuß, also nach der Stadtratswahl, schreibt die Stadtkämmerei zum Mehrjahresinvestitionsprogramm der Stadtwerke: "Die Stadtkämmerei geht dabei davon aus, daß der Bau des Kernkraftwerkes Ohu II trotz Verzögerung noch planmäßig zu Ende gebracht wird." "Planmäßig" bedeutet soviel wie die unter OB Kronawitter 1977 beschlossene 25%ige Beteiligung an diesem 5,2 Mrd. DM Projekt. In den nächsten Wochen will der Stadtrat entscheiden, ob die Stadt sich weiter beteiligt oder aussteigt. Die CSU war und ist für die Beteiligung, die FDP ist für Ausstieg "unter sinnvollen Konditionen", die SPD will erst noch Gut-

kWh, das sind 25,0%. Die Verbrauchergruppen "Industrie, Dienstleistungsgewerbe, Gewerbe und Handel" beziehen dagegen zusammen mit 2 593 Mio. kWh über 57,6% des von den Stadtwerken abgegebenen Stroms. Für wen vor allem die Stadtwerke investierten, zeigt der Zehnjahresvergleich 1974 - 1983:

Insgesamt hat die Stromabgabe der Stadtwerke für diesen Zeitraum kontinuierlich bis 1983 um 42,7% (1 347 Mio. kWh) zugenommen. Die Zunahme des Verbrauchs der Tarifkunden lag für denselben Zeitraum nur bei 15,7%, während die Sondervertragskunden (43 Gruppen vor allem aus Industrie, Handel, gewerblicher Dienstleistung) ihre Stromabnahme um 64,2% (das sind 1 020 Mio. kWh) steigerten. Spitzenreiter im Verbrauchszuwachs sind in diesen zehn Jahren die Sondertarif-

gruppen "Firmenniederlassungen, Büros, EDV" mit 196% (109 Mio. kWh), die "Kfz-Industrie" mit 95% (132 Mio. kWh) und die Gruppe "Elektrotechn., Feinmech., optische Industrie" mit 47% oder 109 Mio. kWh. Zusammenfassend kann man errechnen: Am Gesamtzuwachs der Stromabgabe der Stadtwerke in den letzten zehn Jahren haben die Sondertarifkunden einen Anteil von 75,8%. In Unterlagen der Stadtwerke heißt es dazu: "Die hohen Verbrauchszuwachsraten resultieren im wesentlichen aus einer Anlagenmehrung. Hinzu kommen Umstellungen der Produktion auf automatischen Betrieb (z.B. bei der Fertigung von Autos), wozu mehr Strom benötigt wird."

Die Gruppe der Tarifkunden (Haushalt, Landwirtschaft, Gewerbe) ist in den letzten Jahren weiter zugunsten der Sondertarifkunden verkleinert worden. Durch die Senkung der Mindestbezugsleistung sind viele Gewerbebetriebe in den für sie günstigeren Sondervertragssektor übergewechselt, so daß die lohnabhängige Bevölkerung weitaus das Gros der Tarifkunden ausmacht, nämlich die Kunden mit den höchsten Preisen. "Verursachungsgerechte Kostenverteilung"? Unseres Wissens sind die Sondertarife seit 1975 nicht oder kaum erhöht worden. Die Haushaltstarife aber rund ein dutzend Mal.

Quellenhinweis: Protokolle des Werkausschusses des Stadtrats. — (ulh)

Berlinförderung

GEWÄHRLEISTUNG VON EXTRAPROFIT

Westberlin. Die von Hans Apel geführte SPD stellt für ihren Wahlkampf zum Westberliner Abgeordnetenhaus die Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktlage ins Zentrum. Wie erwartet, bezichtigt sie den Senat der leeren Versprechungen und bekräftigt den Standpunkt der sogenannten "Arbeitszeit-Vernunft", d. h. der notwendigen "Verteilung abnehmender Beschäftigung auf zunehmende Schultern", ansonsten seien Auflagen für Förderungsmittel notwendig. Hauptsache ist für die SPD, daß das Wohlergehen der Kapitalverwertung mit der Gewährleistung von Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft verbunden sein soll.

Die vom Senat praktizierte Wirtschaftspolitik lehnt diesen Zusammenhang nicht ab, sondern stellt schlicht und einfach fest, daß sich das Wohlergehen der Wirtschaft in der Fähigkeit zur Akkumulation ausdrückt. Getreu diesem Grundsatz sind durch mittelbare oder unmittelbare Beteiligungen des Senats etliche Projekte ins Werk gesetzt worden, deren bisherige Ergebnisse der DGB kürzlich unter-

sucht hat. Dazu zählen die Gründung einer Gesellschaft zur Herstellung von Glasfaserkabeln, an der sich neben Siemens vier große Unternehmen der Elektroindustrie beteiligen. Mit einem Investitionsvolumen von 150 Mio. DM sollen 150 Arbeitsplätze entstehen. Daimler-Benz, BMW und VW gründen mit Siemens eine Innovationsgesellschaft für Maschinenintelligenz zur Entwicklung fortgeschrittener Produktionssysteme. Beteiligt ist das Land Berlin und der Bund. In der Anfangsphase sollen 25 Mitarbeiter beschäftigt werden. VW kündigt an, bei erfolgreicher Entwicklung dieser Gesellschaft die Robotertifertigung nach Berlin zu verlagern.

Darüber hinaus gibt der Senat bekannt, daß er in Westberlin ein Pilotprojekt "zur stärkeren Flexibilisierung der Arbeitszeit" in verschiedenen Modellen in privaten Unternehmen zu fördern gedenkt.

Auf einen einfachen Begriff gebracht, geht es darum, in Westberlin Treibhausbedingungen für neue Weltmarktvorstöße herzustellen. Die Adressaten sind unmittelbar die Monopole und Banken. Dies geschieht unter dem Vorwand der "Berlin-Hilfe". Der bisherige Verlauf des Wahlkampfes zeigt, daß es den oppositionellen Kräften an einer fundierten Kritik dieses Senatsprogramms mangelt und von der parlamentarischen Opposition nicht mal der Ansatz zu einer solchen Kritik erwartet werden darf. — (brr)

Kommunalwahlen

MONOPOLMACHT VOR DEN STADTTOREN ZU ENDE?

Stuttgart. Diese Frage stellt die MLPD in einem Artikel der "Roten Fahne" 36/84. Kein Mensch bezweifelt, daß kapitalistische Monopole politischen Einfluß ausüben. Also wäre die Antwort: "Nein, warum sollten sie!" Aber was wäre damit bezüglich der Rolle der Kommune im Staatsgefüge geklärt? Nichts!

Versetzen wir uns einmal in die Perspektive eines Kapitalisten. Will er Änderungen in der Wirtschafts- und Strukturpolitik, im gesamten Unterdrückungsbereich, Ausbildungs/Forschungs- oder im Sozialbereich erwirken, so wendet er sich an seinen Verband oder wenn er kapitalkräftig genug ist, tritt er direkt an die Bundes- oder Landesregierung heran, die die Machtmittel in der Hand haben, seine Forderungen oder Wünsche durchzusetzen. In diesem Fall spielt die Kommune überhaupt keine Rolle, denn sie hat diese Machtmittel nicht. Sie empfängt verbunden mit Geldzuweisungen die Anordnungen.

Man könnte daher auf die Frage antworten: Die Kommunalverwaltungen werden für die Ausübung unmittelba-

rer politischer Macht nicht benötigt.

Wofür werden sie dann benötigt? Zurück zum Beispiel: Will der Kapitalist z.B. ein kostenloses Grundstück zur Ansiedlung, so wendet er sich zunächst an die Stadtverwaltung, denn diese ist scharf auf seine Gewerbesteuer als einzige Steuer, die sie selbst ziehen kann. Erst wenn die Gemeinde nicht parrt, wird die Aufsicht = Landesregierung bemüht.

Die Kommunen werden benötigt zur "Leistungsverwaltung" oder "Daseinsvorsorge". Die bürgerlichen Kräfte meinen damit die Versorgung der Kapitalisten, denn von ihnen hänge auch das örtliche Wohl ab. Tatsächlich läuft die gesamte Ver- und Entsorgung der Bevölkerung über die Kommunen. Es sind durchweg Aufgaben, die aus der zunehmenden Industrialisierung bzw. Vergesellschaftung der Produktionsmittel entstehen. Daß die lebensnotwendigen Leistungen nur nach zahlreichen entwürdigenden Behördenkontakten und dann überteuert zu erhalten sind, ist kennzeichnend für den Kapitalismus.

Soweit es nicht gelingt, zu formulieren, welche Leistungen die Werktätigen von der Kommune erhalten müssen und die rechtliche Absicherung durchzusetzen, wird die Ausrichtung der kommunalen Leistungen an den Bedürfnissen der Kapitalisten schrankenlos.

Die Einigung im Widerstand dagegen ist nur möglich, wenn die Werktätigen ihre Interessen formulieren. Und dieses Formulieren muß aus der Kritik der Tatsachen erfolgen. Das dient der Ausbildung eines Standpunktes. Wenn tatsächliche Erleichterungen für die Werktätigen erreicht werden können, so ist das Entwicklung des Klassenkampfes. Dies gelingt nur, wenn alle Kräfte daran arbeiten, die gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse sind. Da die DKP in Stuttgart die Initiative für eine solche Zusammenarbeit ergriffen hat, unterstützen wir sie dabei. Es wäre für den Klassenkampf nützlich, wenn die MLPD sich auch dazu aufschwingen könnte. — (baf)

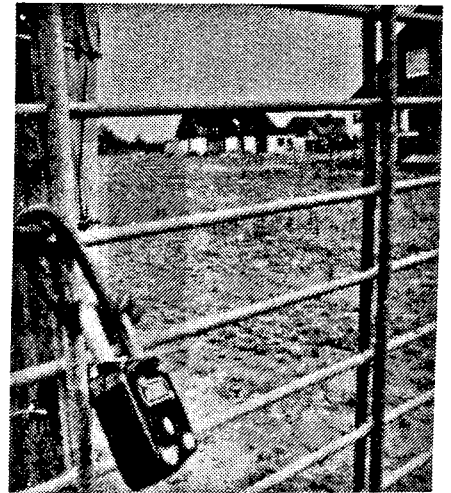
Bodenverseuchung

NUTZNIESSER BLEIBEN UNGESCHOREN

Bielefeld. Im Stadtteil Brake muß jetzt eine ganze Siedlung geräumt und abgerissen werden. Die etwa 30 Häuser stehen auf Cadmium, Blei, Trichloräthylen und dem krebserzeugenden Polychlorid Biphenyl, das bei Verbrennung das berüchtigte Dioxin freisetzt. In ihren Kellern riecht es ständig nach Methangas. Die Bewohner der Siedlung haben nicht gewußt, daß ihnen die Firma Weserland Massivhaus GmbH. für bis zu 170 DM pro Quadrat-

meter Grundstücke auf einer ehemaligen Giftmülldeponie verkauft hat. Dies ist vielmehr gegen die Verdunkelungs- und Verschleppungstaktiken der Bielefelder Stadtverwaltung von der Bunten Liste aufgeklärt worden.

1977 wurde auf Antrag des ehemaligen Grundstücksbesitzers das Gelände zum Bauland erklärt. Wer dieser Besitzer war, wird bisher nicht bekannt gegeben. Er hat das Grundstück jedenfalls für 700000 DM durch die Braunschweigisch-Hannoversche Hypothekenbank erwerben lassen und für 1,5 Millionen DM als Bauland verkauft. Ebenfalls unbekannt ist, wie er



Der giftigste Teil der Siedlung ist inzwischen gesperrt.

die Stadtverwaltung dazu bewegen konnte, das Gelände der ehemaligen Mülldeponie zur Bebauung freizugeben. Der Stadtverwaltung war bekannt, welche Gifte dort lagern.

Das Gelände war nicht regeneriert, soweit das überhaupt möglich gewesen wäre, sondern nur notdürftig frisiert worden, indem es mit einer dünnen Schicht Mutterboden überzogen worden ist. Inzwischen sind auch SPD, CDU und FDP für "rücksichtslose Aufklärung des Skandals". Baudezernent Hotzan (SPD) muß seinen Hut nehmen. Stadtdirektor Möllenbrock (FDP), der sich vor allem durch Unterdrückung von Tatsachen über die Giftmülldeponie hervorgetan hat, scheint sich allerdings retten zu können. Ihn stützt die CDU, die sich ohne die FDP keine Chance auf eine Mehrheit im Stadtrat gegen SPD und Bunte Liste ausrechnen könnte. Inzwischen haben sich alle Rathausparteien für die Entschädigung der betroffenen Anwohner ausgesprochen. In welchem Umfang die Entschädigungen gezahlt werden, ist jedoch völlig unklar. Klar ist nur, wer die Entschädigungen nicht zahlen soll: Weder die damaligen Nutznießer der Mülldeponie, die Kapitalisten, die dort billig ihre Abfälle losgeworden sind, noch jener ominöse Besitzer, der das verseuchte Gebiet zu Bauland machen ließ. — (roh)

Herbstmanöver in Niedersachsen

STÖRMANÖVER IM RAUM
HILDESHEIM DURCHGEFÜHRT

Hildesheim. Knapp 5000 beteiligten sich am 22.9. an der Abschlußkundgebung. Vorausgegangen waren Störaktionen im Manövergebiet, die verstärkt seit dem 19.9. von insgesamt 14 Camps aus unternommen wurden. Etwa 400 Manövergegner waren dort untergebracht und organisierten zumeist kürzere Blockaden und ähnliche Störaktionen, auch Informationsstände. Von einem zentralen Info-Zelt in Hildesheim wurden die Tätigkeiten unterstützt. Mehrere hundert PKWs v.a. aus dem Norden bildeten Samstag Autokonvois im Manövergebiet. Insgesamt werden an den Aktionen am Abschlußtag ca. 6000 Manövergegner teilgenommen haben.

Die Manöverleitung hatte auf die angekündigten Störaktionen mit einer Manöverpause am Samstag reagiert, nachdem zuvor am Freitag größere Verlegungsaktionen stattgefunden hatten. Deshalb gelang es den Autokonvois nur zum Teil und auch nur bei vereinzelt, meist britischen Militärfahrzeugen, kurzfristige Blockaden durchzuführen. Auffällig ist, daß die "orangenen" Truppenteile entgegen der ursprünglichen Manöverplanung vorzeitig verlegt wurden und so die westdeutschen Wehrpflichtigen und Reservisten weitgehend von der Berührung mit dem "inneren Feind" abgeschottet wurden. Die "orangenen" Verbände – bestehend aus der 1. Panzerbrigade der Bundeswehr, niederländischen und amerikanischen Truppen – wurden beim Manöver "Speerspitze 84" (Teil von "Löwenherz 84") übrigens vom Kommandeur der 1. Panzerdivision der Bundeswehr, Generalmajor Henning von Ondarza, befehligt. Laut bürgerlicher Presse stand "damit zum erstenmal ein amerikanischer Verband unter dem Kommando eines deutschen Generals".

Anscheinend hatten sich Manöverleitung, Polizei und Bundesgrenzschutz provokativ eingesetzte Militärfahrzeuge zunutze gemacht, um auf Nebenstraßen die Störkonvois durch Hubschraubereinsätze überfallen zu können. Das geschah mehrfach, wobei Ventile der PKW-Reifen entfernt, Reifen zerschlitzt und zwei einzelne Autos in den Straßengraben geworfen wurden. Die Polizei- und BGS-Einsätze konzentrierten sich auf abgelegene Plätze, wobei die teilweise mehr als 50 Autos umfassenden Konvois doch recht unbeweglich und von den Mobilien Einsatzkommandos aus der Luft leicht einkreisbar waren. Die Bezirksregierung Hannover, von Albrecht mit der Leitung dieses sog. "flexiblen Einsatzes der Polizeikräfte" beauftragt, hebt hervor, daß "zum

erstenmal in der Bundesrepublik so ein Einsatz erprobt worden sei": mit fünf Mannschaftstransportern vom Typ Puma und einer Bell (jeweils BGS) und drei Aufklärungshubschraubern der Polizei. Festzuhalten bleibt, daß nicht nur die Staatsmacht gelernt hat. Ebenso, daß unseres Erachtens die Aktionen im Manövergebiet v.a. dann effektiv waren, wenn sie mit entsprechender Propaganda- und Öffentlichkeitsarbeit verbunden wurden, was jedoch nicht ausreichend geschah.

Die Redner der Abschlußkundgebung wurden in ihrer Gesamtheit den politischen Aussagen des Aufrufs gerecht. Ein Abgeordneter der Sinn Fein griff die britische imperialistische und neokolonialistische Politik an sowie EG und NATO und strich die führende Rolle der BRD heraus, die diese Organe aggressiver mache. Ein Sprecher der Hamburger Friedenskoordination begrüßte die Aussagen Andreottis und warf den "deutschen Nationalismus" als ein Hauptproblem der

inhaltlichen Debatte innerhalb der "Friedensbewegung" auf. Die "Wiedervereinigung" dürfe nicht stattfinden, die BRD-Politik ziele auf Einverleibung der DDR ab. Ein Bundeswehresoldat schilderte den enormen Streß von Wehrpflichtigen und Reservisten während der Manöver und erwähnte, daß jede Störung als Ruhepause willkommen sei. Dorothee Sölle, Theologin, sprach von der "Arroganz der Macht". Die Mehrheit des Volkes sei "gegen den Wahnsinn der Politiker" (hauptschuldig: Reagan); sie verurteilte aber auch die BRD-Politik und betonte, daß die "Friedensbewegung" sich nicht auseinanderdividieren lasse in Gute (Friedliche) und Schlechte.

Nach Abschluß der Störmanöveraktionen gab die Manöverleitung die bis dahin geübte "Zurückhaltung" in der Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen auf. Bis zum vorzeitigen Manöverende eskalierten Zerstörungen und Schadensmeldungen. Der Hildesheimer Oberkreisdirektor hatte vorher gewarnt, daß schlimmstenfalls die Landwirte zusammen mit den "Chaoten" Widerstand leisten würden. Dies wäre bei der Wut vieler Landwirte bei Manöverende eher eingetreten.

Quellenhinweis: Hildesheimer Allgemeine Zeitung – (mio, mal)



Einer der Demonstrationzüge auf dem Weg zur Kundgebung in Hildesheim, angeführt vom Transparent der Hamburger "Gewerkschafter gegen den Krieg".



Blockade in Coppenbrügge (linkes Bild). – Ministerpräsident Albrecht im Hauptquartier der 1. Panzergrenadierbrigade der Bundeswehr.

Schichtarbeit/Deckel AG

10-STUNDEN-SCHICHT ODER 3-SCHICHT

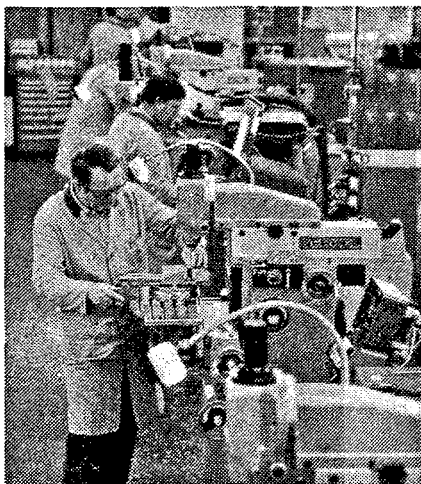
München. Der Verlust von 15,5 Millionen DM aus dem Vorjahr soll 1984 getilgt werden. Der Auftragseingang der ersten sechs Monate stieg um 100% auf 200 Millionen DM. Der Umsatz von 290,3 Millionen DM 1983 soll in den nächsten zwei Jahren auf 500 Millionen DM steigen. Dieses sind die Absichten der Kapitalisten in der nächsten Zeit. Die Friedrich Deckel AG baut Werkzeugmaschinen, hauptsächlich Universal-Fräs- und Bohrmaschinen, wovon 70% computergesteuerte Maschinen (NC, CNC) sind. Durch Senkung der Herstellungskosten wurde auf dem internationalen Markt gegenüber der Konkurrenz eine gute Ausgangsposition gesichert.

Der Senkung der Herstellungskosten war eine Umwälzung der Produktion in den drei Werken in München, Holzkirchen und Geretsried vorausgegangen. Der Maschinenpark wurde mit NC- und CNC-gesteuerten Maschinen modernisiert und rationalisiert. Der gesamte Produktionsablauf bis zur Lagerhaltung wurde auf Computerbearbeitung umgestellt. Ein neues Hochregallager, das mit weitaus weniger Personal bedient wird, wurde neu gebaut. Um diese Investitionen machen zu können, gingen die Kapitalisten zur Kapitalaufstockung an die Börse. Der Rest wurde aus den laufenden Geschäftsjahren investiert. So kommt auch der Verlust von 15,5 Millionen DM zustande.

Für die etwa 1800 Beschäftigten hat dies einschneidende Änderungen zur Folge. Das Durchschnittsalter in der Produktion wurde über die 58-Regelung und Sozialpläne sowie Umsetzungen drastisch gesenkt. Die Schichtarbeit wurde ausgeweitet und Überstunden zum Normalfall.

Im Werk München, wo in der Fertigung überwiegend Akkord gearbeitet wird, haben die Überstunden in den letzten Monaten gewaltig zugenommen. In vielen Abteilungen wird 10-Stunden-Schicht gearbeitet. Die Frühschicht arbeitet von 6.00 Uhr früh bis 16.45 Uhr, die Nachtschicht von 19.45 Uhr bis 6.00 Uhr früh. Oft arbeitet die Frühschicht samstags nochmals sechs Stunden, und die Nachtschicht, die am Sonntagabend beginnt, noch eine Schicht zusätzlich in der Nacht von Freitag auf Samstag.

Dem Betriebsrat, der anfänglich Überstunden zugestimmt hatte, ist die Entwicklung der Mehrarbeit außer Kontrolle geraten. In den Abteilungen konnten die 10-Stunden-Schichten relativ leicht durchgesetzt werden, weil einerseits die Arbeiter das Geld brauchen und andererseits mit der Einführung von 3er-Schicht gedroht wird,



An CNC-Maschinen wollen die Kapitalisten Schichtarbeit.

wenn die Überstunden verweigert würden. Der Betriebsrat will jetzt mit den Kapitalisten über den Abbau der Überstunden verhandeln und verweist auf den neuen Manteltarifvertrag, der im April 1985 in Kraft tritt. Es zeichnet sich ab, daß der Betriebsrat der generellen Einführung einer dritten Schicht zustimmen wird. Durch die Einführung von Gleitzeit im Angestellten- und Nachtschichtbereich wollen die Kapitalisten versuchen, eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit durchzusetzen. — (pmh)

Bildschirmarbeit/ÖTV

TARIFVERHANDLUNGEN NORDRHEIN-WESTFALEN

Am 14.9. fanden die ersten Verhandlungen über einen Tarifvertrag zur Arbeit an Bildschirmgeräten zwischen der ÖTV und dem nordrhein-westfälischen Finanzministerium statt. In einem zuvor anberaumten Tarifgespräch hatte das Finanzministerium seinen Willen bekundet, möglichst schnell einen Tarifvertrag abzuschließen, um die anstehende Einführung von Bildschirmarbeit in weiten Bereichen des Landes reibungslos und mit allen — wenn auch erst längerfristig wirksamen — Rationalisierungsvorteilen für den Dienstherrn abwickeln zu können. Zu diesem Zweck erklärte das Ministerium folgende drei Forderungen der ÖTV von vornherein als nicht verhandlungsfähig: 1. Auch für Beschäftigte, die weniger als 20 Stunden pro Woche arbeiten, soll der Tarifvertrag gelten. 2. Beschäftigten, die z.B. aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr am Bildschirmgerät arbeiten dürfen, muß ein tariflich zumindest gleichwertiger Arbeitsplatz angeboten werden. 3. Es sind verpflichtend Mischarbeitsplätze einzurichten, was eine Begrenzung der Arbeitszeit an den Geräten auf 50% der täglichen Arbeitszeit einschließt. Die ÖTV wollte

dennoch auch über diese Forderungen verhandeln.

Der vom Finanzministerium vorgelegte Tarifvertragsentwurf spottet jeder Beschreibung. Da soll die Arbeitsaufgabe mit und die Arbeitszeit am Gerät bestimmend für die gesamte Tätigkeit des Beschäftigten sein, was der Mischarbeit entgegensteht und Abgruppierungen ermöglichen kann. Schließlich müsse eine gewisse Dauerbelastung da sein, sonst brauche man keine Regelung, so der Vertreter des Finanzministeriums; außerdem sei die Arbeit an Schreibautomaten arbeits erleichternd gegenüber der an mechanischen Schreibmaschinen. Eine Begrenzung der Arbeitszeit an den Geräten könne ebenso wenig vereinbart werden wie ein tariflicher Wegfall dieser Arbeit. Auch eine Regelung, daß Beschäftigte über 45 Jahre und Schwangere nicht gegen ihren Willen an Bildschirmgeräten eingesetzt werden, sei nicht möglich; denn der Bundesarbeitsminister habe schriftlich bestätigt, daß Belastungen durch Strahlen bei der Arbeit an Bildschirmgeräten nicht auftraten. Eine individuelle Leistungskontrolle solle zwar nicht ständig, aber doch durchgeführt werden können; wie anders könne man über die Schreibzulage entscheiden, die Schreibkräfte bei hohen Leistungen erhalten können? Und nun das "große Zugeständnis": Mischarbeitsplätze sollen nicht nur, sondern sind möglichst einzurichten, wenn es organisatorisch zweckmäßig ist! Eine Regelung, die auch nichts bringt außer ständiger Streiterei zwischen Personalräten und Dienstherrn.

Ein zweiter Verhandlungstag ist angesetzt. Niedersachsen hat bei der Tarifgemeinschaft deutscher Länder die Aufnahme von gleichen Verhandlungen beantragt.



Die Arbeit an Schreibautomaten ist intensiver und belastender als an Schreibmaschinen.

Heimerziehung in Niedersachsen

RENAISSANCE KIRCHLICHER ANSTALTEN — ERZIEHER WERDEN VERHEIZT

Göttingen. Bis in die 70iger Jahre hinein waren Heime in der Regel Erziehungsanstalten; mit Arbeitsdienst und ausgefeiltem Disziplinarsystem. Mit Prügel und Isolierzellen, mit Essens- und Deckenentzug, mit Gruppenkeile und Wiederaufessen von Erbrochenem wurde auf das Wohl des Kindes eingewirkt. In einer Umfrage unter Heimerziehern befürworteten im Jahre 1968 noch 72 % die Beibehaltung von Isolierzellen, 1978 waren es noch 9 %. Der Aussage "Es ist wichtiger für ein Kind, daß es Selbstvertrauen hat, als daß es gehorsam ist", stimmten 1968 ganze 5 % der Erzieher zu; 1978 waren es 93 %.

Ein Ergebnis der großen Heimkampagnen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre war die Auflösung oder zumindest Zergliederung der großen Zuchtanstalten — das Konzept der "familienähnlichen Erziehung" in Kleinstheimen oder Wohngruppen wurde bestimmend in der Heimerziehung.

In den letzten Jahren nun — und nicht nur in Niedersachsen — wird vehement versucht, eine Wende in der Heimerziehung zu erzwingen. Den Erziehern werden Arbeitsbedingungen aufgedrückt, die sie oftmals nach wenigen Dienstjahren kündigen oder aber immer mehr Ähnlichkeit zu den alten Zuchtmeistern annehmen lassen. 1982 gab es in Niedersachsen ca. 3000 Heimplätze; 2600 waren davon in kirchlicher Trägerschaft. In den nächsten Jahren sollen mehr als ein Drittel aller Plätze weggespart werden, perspektivisch gar mehr als die Hälfte. Vorprogrammiert ist, daß die alten kirchlichen Traditionsanstalten nicht nur überleben, sondern im alten Glanz neu auferstehen sollen.



Fast alle Heime finanzieren sich gemäß der Pflegesatzvereinbarung, die das Land Niedersachsen mit ihnen abgeschlossen hat (siehe Kasten). Das Prinzip: Geld gibt es nur für belegte und nicht belegbare Plätze; Kinder soll es aber nur noch geben, wenn auch billig gearbeitet wird. Bei schrumpfendem "Kindermarkt" und bei einem Personalkostenanteil von ca. 70 % am Pflegesatz wütet ein widerlicher Konkurrenzkampf der einzelnen Einrichtungen auf dem Rücken von Mitarbeitern und Kindern. Bekannt geworden sind regelrechte "Kinderauktionen" — Jugendamt bietet fünf Kinder zum vollen, eins zum halben Preis. Gruppen werden überbelegt als "Polster" für schwere Zeiten. Mit seinen Forderungen nach Reduzierung des gruppenübergreifenden Dienstes, der Zahl der Gruppenleiter oder der Zeiten

der Doppelbesetzung rennt das Kultusministerium in vielen Einrichtungen schon offene Türen ein. Besonders die kirchlichen Dachverbände wie diakonisches Werk (DW) oder Caritas übernehmen den Part der pädagogischen Dolmetschertätigkeit: Da wird die "Ganzheit der Pädagogik" favorisiert — Spätdienst, Nachtbereitschaft, Frühdienst wegen der "Kontinuität der Bezugsperson" (die zwar kontinuierlich da, aber kaum noch ansprechbar ist) — oder es wird gegen die "Stechuhrpädagogik" polemisiert und als Ausgleich für Fünf-Jahre-Dienst ohne-auf-die-Uhr-zu-sehen ein halbes oder ein ganzes "Sabbathjahr" angeboten. Allerdings ergab eine Erhebung in einem Kleinheim mit halbwegs geregelten Arbeitszeiten, daß die Erzieher im Durchschnitt nach zwei Jahren kündigten. Häufig genannter Grund:

Verschleiß ("Ich kann nicht mehr").

Ab 1983 erfuhr der ohnehin wirkende Pflegesatzangriff eine Zugabe. Einvernehmlich einigten sich Kultusministerium (MK) und die freien Wohlfahrtsverbände, daß alle Heime ihre Personal- und Sachkosten im Vergleich zum Betriebsergebnis 1982 um 3 % zu senken haben. In den darauffolgenden anderthalb Jahren wurden etwa 250 Stellen in der Heimerziehung wegrationalisiert. Der Anteil von Teilzeitarbeitskräften ist auf knapp ein Drittel angewachsen; zudem setzte ein verstärkter Rückgriff auf ABM-Kräfte, ZDLer und Praktikanten ein, ohne die die Arbeit vollends zusammenbrechen würde. Fazit: Verwässerung der Qualität der Arbeit und enorme Steigerung des ohnehin schon hohen Verantwortungsdrucks auf die ausgebildeten und festen Mitarbeiter. Auf die gehen die nimmermüden Anforderungen der Kinder und Jugendlichen dann ohne Pardon auf Zeit und Kraft nieder: Wie der Umklammerung beim Zu-Bett-Bringen und dem unentwegten Betteln nach Vorlesen — und sei es aus dem Telefonbuch — entkommen? Feierabend, da bekommt der Neue Gruppenprügel; ER wieder auf Trebe, muß unbedingt vor dem nächsten Bruch gefunden werden; SIE wieder mit diesen Typen los, die sie auf den Strich bringen wollen, nur wohin ... ER liegt seit zwei Tagen auf dem Bett, ißt nichts, trinkt nicht, bemerkt mich nicht einmal, völlig weggetreten — ich muß rauskriegen, was passiert ist ...

All diese Dinge werden zur alltäglichen Erpressung. Wofür erkläre ich mich noch verantwortlich — wofür nicht mehr? Viele Erzieher berichten, daß sie erschrocken sind über das Ausmaß bei ihnen selbst festgestellter Verrohnungen schon nach kurzen Dienstperioden. Besonders feinsinnig die Pflege dieser Erpressungen durch klerikale Traditionsanstalten: bekannt geworden sind Versuche, "zum Wohle der Kinder" Mitarbeiter um ihr Weihnachtsgeld zu bringen, weil in einem Tendenzschutzbetrieb nur "in Anlehnung ans BAT" gezahlt wird; oder ein Projekt "Erzieherumlagen für Neueinstellungen" unter Mitarbeit des DW. Wobei BAT Vc als Höchststufe für Erzieher (ca. 1700 DM netto mit 30 Jahren bei Schicht und Nachtdienst) ohnehin ein Skandal ist.

Bestandteil des Kostendämpfungspakets ab 83 war weiter die sogenannte Begrenzung des Defizitenausgleichs: 1984 durften die Verluste eines Heimes durch Unterbelegung unter 90 % nicht mehr mit dem kommenden Pflegesatz verrechnet werden, sondern

HEIMERZIEHUNG IN NIEDERSACHSEN

Pflegesatzvereinbarung

Am 25.11.75 hat das niedersächsische Kultusministerium die Pflegesatzrahmenverordnung für Heime freier Träger der Jugendhilfe erlassen. Seitdem müssen die einzelnen Einrichtungen Jahr für Jahr eine Kalkulation "ihrer sparsamen Wirtschaftsführung" zur Genehmigung beim Landesrechnungshof vorlegen. Die 47 niedersächsischen Heime, die der Pflegesatzvereinbarung beigetreten sind, liegen in ihrem Pflegesatz zwischen 88,90 DM und 208,10 DM pro Kind pro Tag im Jahre 1983. Ein weites Feld, um die einzelnen Einrichtungen mit Hinweis auf billigere und mit Drohung auf Belegungsstop unter Rationalisierungsdruck zu setzen. Von gewerkschaftlichen Arbeitskreisen wird demgegenüber gefordert, daß insbesondere die Personalkosten belegungsunabhängig als fixer Sockel des Pflegesatzes finanziert werden.

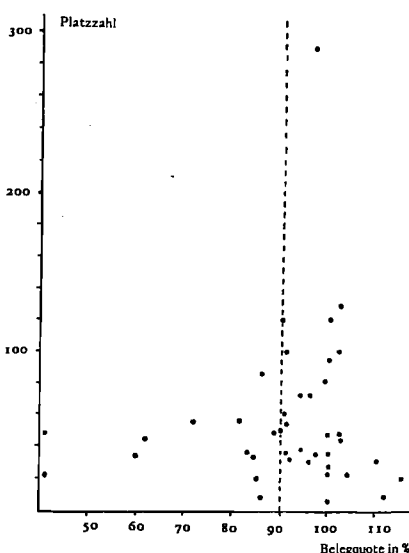
Freie Wohlfahrtsverbände

In Niedersachsen ist das Subsidiaritätsprinzip vollständig durchgesetzt. Alle Heime sind in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, die Fach- und Finanzaufsicht unterliegt dem Land. Die Verteilung der Heimplatzanteile (1982):

Diakon. Werk	2016	67,4 %
Caritas	573	19,2 %
Deutsch. Parität.		
Wohlfahrtsverb.	163	5,4 %
Arbeiterwohlfahrt	155	5,2 %
Rotes Kreuz	85	2,8 %

Defizitausgleich

Verluste durch Unterbelegung unter 90 % müssen künftig aus Eigenkapital oder Verschuldung gedeckt werden. Auf dem Schaubild ist die Verteilung der Heime des Diakonischen Werkes nach Platzzahl und Belegquote zu sehen (Mai 84). Zwölf der 37 Heime – alle kleiner als 58 Plätze – liegen unterhalb 90%-iger Belegung und sind von daher stark gefährdet. Die sechs Großanstalten (Stefanstift 290, Pestalozzistift 129, Käsdorfer Anstalten 100, Freistadt 120, Wichernstift 120, Leinerstift 100) liegen allesamt außerhalb der Gefahrenzone. Die relativ starke Häufung von Kleinheimen mit hoher Belegquote täuscht; der Jahresvergleich zeigt, daß die hohen Belegquoten oftmals durch Platzzahlreduzierungen erreicht wurden, aber nicht zu halten sind.



Druck auf Jugendämter

Ein entscheidendes Hindernis, die Kostendämpfungspläne inkl. der reaktionären Heimreform durchzusetzen, sind momentan noch die für die Heimunterbringung verantwortlichen Sachbearbeiter der Jugendämter. Landesregierung und Landesrechnungshof klagen: "Den grundsätzlichen Problemen ist der LRH zudem auch anlässlich der Prüfung eines LJA nachgegangen, bei dem die für die Belegung zuständigen Sachbearbeiter über die Pflegesätze der jeweils zu belegenden Einrichtung nicht einmal unterrichtet waren, sodaß sie auf Kostengesichtspunkte keinerlei Rücksicht nehmen konnten." Seitdem liegen den Jugendämtern Finanzlisten und "schwarze Listen" vor, mit einer Aufstellung vorrangig, nachrangig oder überhaupt nicht zu belegender Heime.

JWG-Reform

Am 5.4.84 fand ein Hearing zur Novellierung des JWG statt. Geißler hatte dazu die Vertreter der Freien Wohlfahrtsverbände, der Kirchen und der kommunalen Spitzenverbände eingeladen. Geplant sind:

- Miteinbeziehung ausländischer Minderjähriger in das JWG
- Aufhebung der bisherigen Trennung der für Heimeinweisung und Finanzierung zuständigen Ämter (Landesjugendämter und kommunale Jugendämter).

Für alle Heimeinweisungsfälle sollen künftig sachlich und finanziell die Kommunen zuständig sein (Bei Finanzausgleich).

müssen aus dem Eigenkapital der Einrichtung bzw. aufzunehmenden Krediten gedeckt werden. Mit Sicherheit der wirkungsvollste Hebel, die Heimkapazitäten zusammenschrumpfen zu lassen. Nur – welche Einrichtungen geraten in diesen Strudel Verschuldung/Bankrott – und welche sind dagegen immun? Jeweils ca. ein Drittel aller Heime (hier des DW) lagen 1984 unter der Krisenmarke 90%iger Belegung. Und allesamt sind es Klein- und Kleinstheime. Die sechs Großanstalten des DW mit 100 bis 300 Plätzen liegen ausnahmslos jenseits der roten Zahlen. Sie allein stellen zusammen 1000 Heimplätze – die Hälfte bis Zwei Drittel des zu erreichenden mittelfristigen Kontingents (siehe Kästen). Zudem verfügen sie als kirchliche Großeinrichtungen über große Eigenkapitale bzw. über Aussicht auf Subventionierung.

Gleichzeitig wird ihnen zu einer "pädagogischen" Renaissance verholten. Jugendhilfe soll wieder deutlicher zur Abschreckungs- und Strafinstanz werden. Seit Jahren fordert die Tagung niedersächsischer Jugendrich-

ter und Staatsanwälte die Wiederinstallierung der Geschlossenen Unterbringung als Ergänzung zum Jugendstrafvollzug. Jetzt führt das diakonische Werk nach Verhandlungen auf Ministerebene gleich unter Beisein des Stefanstifts Hannover (290) Erhebungen durch, welche Einrichtungen zu dieser Wende zu bewegen sind. Christlich verkauft wird die "Geschlossene" als menschliche Alternative zur U-Haft für Jugendliche. Gleichzeitig fordert das Kultusministerium, "Minderjährige wieder verstärkt zu ständig wiederkehrenden Arbeitsleistungen heranzuziehen"; was eindeutig darauf hinweist, daß auch Arbeitserziehung und Arbeitsdienst wieder zu tragenden Säulen künftiger Heimerziehung werden sollen.

Es ist leider schon absehbar, wie diese "Heimreform" ihre Vollzugsbeamten zu erhalten gedenkt. Immer mehr sozialer Sprengstoff sammelt sich in der Heimerziehung. Erfahrungen aus familiärem, schulischem, beruflichem Elend und rabiater Unterdrückung kumulieren in massiven Stö-

rungen bei den Kindern. Mögliche Hilfen werden zunehmend wegrationalisiert. Die Arbeit verkommt zu erzwungenem, verrohtem sozialen Krisenmanagement, dessen durchgängige Momente Kontrolle, Reglementierung, Vereinzelung, Entsolidarisierung sind. Wie hilfreich mag da das Angebot der alten neuen Erziehungseckpfeiler erscheinen. Schon heute bröckelt die einstmals unnachgiebige Gegnerschaft gegen die "Geschlossene" in fortschrittlichen Erzieherkreisen. "Wie willst du anders damit fertig werden...", "Der muß vor sich selbst geschützt werden". Zudem zernagt das ewig schlechte Gewissen, nicht genug für die Kinder getan zu haben, das Selbstbewußtsein der Mitarbeiter als Lohnabhängige.

Es wäre sehr hilfreich, wenn ÖTV und GEW, die sich dieses Arbeitsfeld teilen, nicht nur nicht gegen- oder neben-, sondern miteinander arbeiten würden. Sie könnten dazu beitragen, die ewige Weisheit, das "Kindeswohl" und "Erzieherarbeitskraft" zwei Dinge sind, die sich von Grund auf beißen, zerstreuen zu helfen. – (jüw)

TARIFABSCHLUSS SANITÄR + HEIZUNG

Flensburg. Nach 1 1/2 Jahren wurde für Schleswig-Holstein ein neuer Lohntarif für das Sanitär- und Heizungsbauhandwerk abgeschlossen. Laufzeit bis 31.1.85, Azubis bis 30.6.85. Für Heizung wurde der Akkord neu vereinbart. Es wurde eine 5 %ige Lohnerhöhung für alle Beschäftigten durchgesetzt. Die IGM hatte 6 % gefordert. Bei der Brancherversammlung wurde die Streikbereitschaft bekräftigt. In Kiel und Elmshorn wurden Warnstreiks durchgeführt. Die DAG hatte vorher einen Tarifvertrag abgeschlossen ohne Verbesserungen. — (lom)

SCHÜLER STATT PFLEGEPERSONAL

Hannover. Die ÖTV-Bezirksverwaltung Hannover hat in einem Schreiben an die Allgemeine Ortskrankenkassen Niedersachsen den Ausbildungsstandard in der Krankenpflege kritisiert. Unveränderte Planstellenberechnung seit 1974, Mehrbelastung durch verkürzte Liegezeiten, neue diagnostische und therapeutische Verfahren und die Praxis, für jeweils sechs Schüler eine Planstelle nicht zu besetzen, lasse der praktischen Ausbildung am

In Nürnberg sollten 300 Stellen abgebaut werden und 22 Beschäftigte des Reinigungspersonals am städtischen Klinikum nur noch befristete Arbeitsverträge erhalten. Damit hatte die Stadtverwaltung einen Schritt unternommen, um auch diesen Frauen ohne Schwierigkeiten kündigen zu können. Als Protest schrubbten die Arbeiterinnen vor der entscheidenden Stadtratssitzung den Nürnberger Hauptmarkt. Die Verträge sind inzwischen in Dauerarbeitsverträge umgewandelt worden. — (gba)

Krankenbett kaum noch Zeit. Seit der Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, so die Gewerkschaft ÖTV, müssen die Krankenkassen die Ausbildungskosten als Personalkosten über die Pflegesätze abrechnen. Das bringt deren Selbstverwaltungsorgane in einen gewollten Widerspruch zu den Forderungen der Gewerkschaft ÖTV nach Ausbildungsverbesserung durch Senkung des Anrechnungsschlüssels. Niedersachsens Sozialminister Schnipkoweit hat dies bereits genutzt. Statt zusätzlicher Planstellen werden im kommenden Jahr rund 400 weitere Ausbildungsplätze in der Krankenpflege neu eingerichtet. — (frw)



NULLTARIF GEFORDERT!

Die Zahl der Benutzer der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) ging 1983 von 177,5 Mio. auf 170,7 Mio. zurück. 1984 wurde der 3-Zonen-Fahrtariff eingeführt, der die Kurzstrecken billiger machte, die beiden anderen Zonen um ca. 14 – 50 % verteuerte. Die Erhöhung trifft diejenigen, die mit der KVB zur Arbeit fahren, am meisten. Vor einigen Wochen hat sich die Initiative "Kompromißlose Vereinigte Busfahrer/innen" gegründet, die den Nulltarif für alle mit weniger als 1500 DM Monatseinkommen fordert und Aktionen an Haltestellen und in den Bahnen plant. — (dam)

SCHÄDLICH FÜR AZUBIS

München. Der bayerische Staatsminister für Arbeit und Soziales Neubauer äußerte sich anlässlich eines Abschlußberichtes über die "Sonderaktion Jugendarbeitsschutz" zur bevorstehenden Änderung des Jugendarbeitsschutzes. Positiv für den Minister ist die Beseitigung der "starren Regelung der täglichen Arbeitszeit von acht Stunden und den Frühbeginn um 7.00 Uhr" sowie das "gelockerte Nachtarbeitsverbot". Er erhofft sich mit dieser Ausweitung gesundheitsschädlicher Ausbildungspraktiken eine "Steigerung der Bereitschaft zur Schaffung von Ausbildungsplätzen für die Schulabgänger". In der "Sonderaktion" wurden von den insgesamt 70123 Betrieben in Bayern, die Azubis ausbilden, jeder zehnte überprüft.

Am häufigsten wurde gegen die Bestimmungen über die ärztliche Nachuntersuchung verstoßen, gefolgt von den Verstößen gegen die tägliche Arbeitszeit. Die neue Gesetzgebung bringt demnach eine Legalisierung. — (dil)

GEW UNTERSTÜTZT BRIT. BERGLEUTE

Düsseldorf. Der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat eine Erklärung zur Solidarität mit den streikenden britischen Bergarbeitern beschlossen. Die Mitglieder der GEW werden dazu aufgefordert, sich ebenfalls solidarisch zu erklären und die britischen Bergarbeiter, die keine Streikunterstützung erhalten, auch materiell zu unterstützen. Der GEW-Kreisverband Wuppertal hat eine Informationsstelle eingerichtet. Spendenkonto: Raphaela Kruppa, BfG Wuppertal, BLZ 33010111, Kto.-Nr. 2015123300, Vermerk: Bergarbeiter GEW. — (wof)

DKP-ANTRAG: ENER- GIEPREISSENKUNG!

Mannheim. Weil die stadteigene MVV Gewinn gemacht, ca. 50 Mio. DM Konzessionsabgabe und Gewerbesteuer abgeführt hatte, beantragte DKP-Stadtrat Ebert, unterstützt von 11 000 Unterscheidern, Tarifsenkung. OB Widder (SPD) forderte Ablehnung, CDU und SPD stimmten für Sondersitzung des Gemeinderats — nach den Kommunalwahlen, und beschlossen tags darauf im MVV-Aufsichtsrat Wirtschaftsplan und Tarife. — (bef)



Nach vierwöchigem Kampf haben die Rotterdamer Hafenarbeiter verhindert, daß die Kapitalisten 151 Hafenarbeiter entlassen und zu niedrigerem Lohn wiedereinstellen. Ein Stückgutbetrieb hatte die Arbeiter entlassen wollen, wegen drohendem Bankrott, andere Kapitalisten wollten die entlassenen Hafenarbeiter zu niedrigeren Löhnen und "auf Abruf" anstellen. Dagegen streikten 4000 Arbeiter im Stückgutbereich mehrfach. Jetzt stimmten die Kapitalisten einer Vereinbarung zu, nach der die entlassenen Hafenarbeiter von ihnen zum gleichen Lohn übernommen werden. Bild: Demonstration der Hafenarbeiter Anfang September. — (rül)

Dokumentation

DGB-MATERIALIEN ZU DEN KOMMUNALWAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Abteilung Bildung des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg hat für die am 28.10.1984 stattfindenden Kommunalwahlen eine 47 Seiten umfassende Materialbrochure vorgelegt. Erstellt wurde sie von einer Redaktionsgruppe aus Mitgliedern der Fachabteilung und verschiedener DGB-Ortskartelle. Die Broschüre enthält drei Kapitel: 1. Ortskartell und Kommunalpolitik – zur Notwendigkeit einer eigenständigen gewerkschaftlichen Kommunalpolitik; 2. Sparpolitik – gegenwärtige Tendenzen und ihre Auswirkungen auf die Gemeinden; 3. Interessen und Forderungen in den wichtigsten Bereichen der Kommunalpolitik. Hierunter sind Situationsbeschreibungen, Perspektiven und Forderungen zu folgenden Gebieten aufgeführt: Wohnen, Arbeiten, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit, Sozialwesen, Verkehr, Umwelt, Benachteiligte, Mitbestimmung, Frieden.

Insgesamt enthält das Material vor allem in den Forderungsteilen viele gute Anknüpfungspunkte zur Formulierung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung gegenüber der Politik des Kapitals auf Ortsebene sowie gegen die von Bundes- und Landesregierung ausgeübte finanzielle Einschnürung der Gemeinden. Schlagworte der Reaktion wie "neue Familienpolitik, Mobilität, Anspruchsdenken der Jugend, Flexibilität" etc. werden auf ihren tatsächlichen Gehalt hin überprüft und angegriffen. Die vielerorts feststellbare Unterordnung gewerkschaftlicher Interessen unter die Politik sozialdemokratischer Oberbürgermeister und Gemeinderatsfraktionen findet in dem Material keinen Rückhalt. Dennoch bietet das Material gegenüber der Indienststellung der Kommunen durch die örtlichen Kapitalisten vor allem in Fragen der "Wirtschaftsförderung" manche offene Flanke. Bezüglich der Rechte ausländischer Arbeiter konnte man sich leider nicht zur Forderung nach Kommunalwahlrecht durchringen.

Zur Notwendigkeit einer eigenständigen gewerkschaftlichen Kommunalpolitik:

"Die Parteien haben sich von ihrem Selbstverständnis her als Volksparteien entwickelt, d.h. sie sind offen für alle gesellschaftlichen Schichten und müssen von dort her auch die Kompromisse in ihrer Programmatik schließen. Eine Arbeitnehmerorganisation, die dafür sorgen muß, daß die Interessen von abhängig Beschäftigten durchgesetzt werden, kann sich nicht einfach solchen Positionen anschließen, sondern muß eigene entwickeln und diese in die Kommunalpolitik einbringen..."

Sparpolitik:

"Darunter zu leiden haben Arbeitnehmer und ihre Familien; vor allem sozial Schwache sind darauf angewiesen, daß Maßnahmen der Infrastruktur, wie Kultur- und Bildungseinrichtungen, Tagesstätten für Kinder und Jugendliche, Angebote im Freizeit-, Wohn- und Verkehrsbereich usw. zu akzeptablen Preisen, wenn nicht gar umsonst angeboten werden. Ein Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ohne finanzielle Grundlage läuft weitgehend leer und gefährdet die Versorgung der Bevölkerung..."

"Die Abhängigkeit (der Kommunen durch Eingriffe in das Gewerbesteuerrecht; Verf.) von der Ertragslage weniger Großbetriebe ist damit gestiegen... Die Koppelung der Kreditaufnahme an die Haushaltslage verhindert eine Finanzpolitik, die der Krisenentwicklung entgegensteht..."

"Bedingungsloses Subventionieren von Unternehmen und Mittel für Prestigeobjekte müssen zugunsten sinnvoller und beschäftigungssichernder Investitionen zurückgeschraubt werden. Den Gemeinden müssen verlorengegangene Einnahmequellen wieder erschlossen werden. Es darf keine Gewerbesteuer-oasen für Selbständige mehr geben."

Wohnen:

"Jeder Mensch hat ein Recht auf menschenwürdiges Woh-

nen. Städte und Gemeinden haben die Pflicht, dieses Recht zu sichern... Die in gesetzlichen Vorschriften formulierten Mindestanforderungen an eine menschenwürdige Wohnung müssen deshalb an diese Veränderungen angepaßt werden... Eine große Zahl von Familien lebt in unseren Städten und Gemeinden in sogenannten Schlichtwohnungen. Diese Notunterkünfte sind abzureißen bzw. so umzugestalten, daß sie zumindest den Anforderungen des sozialen Wohnungsbaus genügen. Weitere Schlichtwohnungen dürfen nicht gebaut werden..."

Für Städte bzw. Stadtteile und Gemeinden sind Entwicklungspläne mit Beteiligung der Betroffenen zu erstellen, die berücksichtigen, daß die Lebensräume Arbeiten – Wohnen – Freizeit nicht voneinander getrennt werden dürfen... sondern in einer sinnvollen Mischung wieder zusammengeführt werden."

Arbeiten:

"Die Regionalplanung muß zum Ziel haben, die Ungleichgewichte zwischen Ballungszentren und ländlichem Raum abzubauen..."

Städte und Gemeinden sind verpflichtet, eine Wirtschaftsförderungspolitik zur Schaffung von humanen und zukunftsweisenden Arbeitsplätzen zu betreiben. Allein mit dem Ausweisen von Gewerbeflächen, die oft in dem Maß gar nicht benötigt werden und damit nur Landschaft zerstören, ist es nicht getan.

Städte und Gemeinden als Träger von öffentlichen Einrichtungen sind selbst Arbeitgeber. Die Tendenz ist zu beobachten, daß sowohl öffentliche Leistungen als auch Arbeitsplätze abgebaut werden. Soziale Einrichtungen, Personennahverkehr, Gesundheitswesen, Bildungswesen, Umweltschutz müssen gerade heute aus- statt abgebaut werden. Besondere Berücksichtigung muß dabei die miserable Ausbildungssituation für Jugendliche finden. Das Beschäftigungspolitische Programm des DGB muß auf örtlicher Ebene umgesetzt werden."

"Vor allem Frauen (dürfen) bezüglich Lohn und Stellen nicht benachteiligt werden. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit im Bereich der kommunalen Dienste ist anzugehen, ohne daß die öffentlichen Leistungen geschmälert werden (z.B. durch Kürzung der Öffnungszeiten). Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfen nicht dazu führen, daß der Ausbau von Planstellen und Dauerarbeitsplätzen unterlassen wird..."

Sozialwesen:

"Die Sozialplanung und Sozialpolitik der Städte und Gemeinden muß eindeutig Prioritäten setzen für die benachteiligten Gruppen und laufend fortgeschrieben werden."

Kommunale und öffentliche Einrichtungen sollen generell eine soziale Preispolitik betreiben. Arbeitslose, Kinder und Jugendliche sollen kostenlosen Zutritt erhalten."

Mitbestimmung:

"Die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Bürgerversammlungen (in der Regel einmal im Jahr) sollen aktiviert werden... – Das DGB-Ortskartell ist als Träger öffentlicher Belange anzuerkennen und muß entsprechend beteiligt werden (Einbeziehung in die beschließenden und beratenden Ausschüsse, §40/41 Gemeindeordnung...) – Bürgeranträge dürfen vom Gemeinderat nicht behindert werden. – ... vermehrt Bürgerentscheide..."

Frieden:

"Die militärpolitische Bedeutung von Tiefgaragen, U-Bahnschächten (...) muß in den Städten und Gemeinden durch die Verwaltung bekannt gemacht werden. Der Einbau von 'Schutzmaßnahmen' in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen gegen den Atomkrieg ist zu unterlassen... Bestehende Lager oder die Stationierung von ABC-Waffen müssen in den Gemeinden öffentlich bekannt gemacht werden und sind zu beseitigen. Der Transport von ABC-Waffen ist zu verbieten. Katastrophen-, Evakuierungs- und medizinische Versorgungspläne für den Kriegsfall müssen offengelegt werden... – Kriegsverherrlichende Organisationen, militärische, faschistische und neonazistische Organisationen dürfen keinerlei Unterstützung durch die Kommunen erhalten..." – (tht)

Tab. 1: Arbeitslose nach Bezug von Leistung und Dauer der Arbeitslosigkeit (Ende Sept. 1983)

Leistungsart nach dem Arbeits- förderungs- gesetz	Ar- beits- lose ges.	Anteil in %			Änderung 82/83		davon (Spalte 1) waren ... % arbeitslos				
		Sept. 1983	Sept. 1982	Sept. 1981	abso- lut	in %	Aus- länder	bis 6 Monate	1/2-1 Jahr	1-2 Jahre	2 u.m. Jahre
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Arb.losengeld	841260	39,4	44,1	39,7	+ 39258	+ 4,9	11,0	60,2	36,1	3,2	0,4
Arb.losenhilfe	474278	22,2	16,4	11,7	+175750	+58,9	12,3	14,8	21,1	41,4	22,8
Antrag gestellt	239096	11,2	15,3	27,3	- 39002	-14,0	13,6	83,6	8,6	6,3	1,4
Keine Zahlung	579266	27,1	24,2	21,4	+139256	+31,6	17,3	34,8	21,0	29,7	14,4
davon Anspruch ruht	9240	0,4	0,5	0,4	- 538	- 5,5	15,6	44,3	20,4	25,3	9,9
beendet	219476	10,3	9,0	7,6	+ 56656	+34,8	14,5	9,9	19,0	47,8	23,4
bestand nie	308300	14,4	13,0	11,3	+ 71016	+29,9	19,5	51,3	22,3	17,8	8,7
sonstige Fälle	42250	2,0	1,7	2,2	+ 12122	+40,2	16,0	43,4	22,4	23,2	10,9
Insgesamt	2133900	100	100	100	+315262	+17,3	13,3	45,8	25,6	19,2	9,3

Quelle: Amtl. Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nr. 3/1984

Arbeitslosenversicherung

ÜBERSCHÜSSE BEI DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT – VERSICHERUNGSANSPRÜCHE BESEITIGT

Die von der Bundesregierung 1983 beschlossenen Verschlechterungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung (s. Chronik S. 31) haben dazu geführt, daß die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) im ersten Halbjahr 1984 2,32 Mrd. DM (rd. 11%) weniger Ausgaben hatte als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die BfA hatte dabei höhere Beitragseinnahmen, so daß sich derzeit ein Überschuß von über 700 Mio. DM in der Arbeitslosenversicherung befindet.

Somit setzt die Bundesregierung die systematische Zerstörung der Arbeitslosenversicherung fort. Bereits mit dem Haushalt 1983 konnte sie eine Senkung der Ausgaben der BfA durchsetzen, obwohl die Zahl der Arbeitslosen von 1982 auf 1983 stark gestiegen war.

Welche Folgen das für die arbeitslosen Lohnabhängigen hatte, ist in Tabelle 1 zusammengestellt (auf die an eine Ruinierung grenzenden Folgen für die Rentenversicherung durch eine Senkung der Abführung der BfA an die Rentenkassen sei hier nur hingewiesen). Danach erhielten im Sept. 1983 rd. 29% der gemeldeten Arbeitslosen überhaupt keine Versicherungsleistungen gegenüber 26% bzw. 24% im Jahr 1982 bzw. 1981 (zu dem in Spalten 2–4 unter "Keine Zahlung" aufgeführten Anteil ist der Teil der Antragsteller hinzuzuzählen, die keine Leistung erhalten werden; schätzungsweise der Prozentsatz von Arbeitslosen, die nie einen Anspruch auf Leistungen hatten). Die Zahl der von

jedlicher Versicherungsleistung ausgenommen Arbeitslosen stieg zum einen durch die gewachsene Zahl von Jugendlichen, die nach der Ausbildung keine Beschäftigung finden und deren Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe bereits 1976 beseitigt wurden. Zum anderen lief für immer mehr Arbeitslose das Arbeitslosengeld aus und sie bekamen wegen "mangelnder Bedürftigkeit" keine Arbeitslosenhilfe – eine Folge der von der Regierung beschlossenen Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld bei gleichzeitigem Anstieg der Zahl von länger als ein Jahr arbeitslosen Lohnabhängigen.

Daß insbesondere die am schwersten arbeitenden und schlechtest bezahlten Lohnabhängigen von den Versicherungsleistungen ausgeschlossen sind, deutet der überdurchschnittliche Anteil von ausländischen Beschäftigten an den von jeder Zahlung ausge-

schlossenen Arbeitslosen an.

Die Beseitigung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld und stattdessen die Gewährung von Arbeitslosenhilfe ist ein entscheidender Schritt bei der Zerstörung der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenhilfe ist ausdrücklich keine Versicherungsleistung – sie erscheint auch nicht im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit –, sondern eine an Bedürftigkeit gebundene, der Sozialhilfe ähnliche Leistung, die aus dem Bundeshaushalt finanziert wird.

Der Anstieg der Ausgaben aus dem Bundeshaushalt für Sozialhilfe im ersten Halbjahr 1984 um rund eine Mrd. DM auf 4,99 Mrd. DM bei gleichzeitigem Sinken der Ausgaben für Arbeitslosengeld durch die Bundesanstalt um rd. zwei Mrd. DM auf 8,86 Mrd. DM ist ein deutliches Zeichen, daß der Versicherungsschutz noch weiter ausgehöhlt wird.

Tabelle 2 ist zu entnehmen, daß die mit dem Haushalt 1984 beschlossene Senkung des Satzes für Arbeitslosengeld bzw. -hilfe bei Arbeitslosen ohne Kinder erhebliche Teile trifft.

Quellenhinweis: Amtl. Nachrichten der BfA, versch. Hefte – (alk, mas)

Tab. 2: Leistungsempfänger darunter
mit auf 63% reduziertem Satz (ohne Kind) Juli 1984

Leistungs- empfänger	Arbeitslosengeld			Arbeitslosenhilfe		
	insge- samt	redu- ziert	in % (2) an (1)	insge- samt	redu- ziert	in % (5) an (4)
	1	2	3	4	5	6
insgesamt	761920	499564	65,6	592862	441698	74,5
davon Frauen	360926	206969	57,3	156943	112252	71,5

Quelle: Amtl. Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 9/84

DIE ZERSTÖRUNG DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG – EINE CHRONIK

Das geltende Recht der Arbeitslosenversicherung basiert auf dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG), das 1969 vom Bundestag beschlossen wurde und damit das vorher geltende Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ablöste. Schon der Titel des Gesetzes zeigt die Nachrangigkeit der Aufgabe des Versicherungsschutzes gegen die Unbilden, denen der kapitalistische Arbeitsmarkt die Lohnabhängigen aussetzt. Wer einen Anspruch auf Leistungen aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) hat und in welcher Höhe ihm ein solcher Anspruch zuerkannt wird, wurde mit den Zielen der staatlichen Beschäftigungspolitik eng verkoppelt, die Anbindung an den durch Beitragszahlung gekoppelten Anspruch gelockert.

Die Opfer der ersten großen "Sanierung der Arbeitslosenversicherung" waren infolgedessen diejenigen, deren Ansprüche leicht in Zweifel zu ziehen waren wie die Bezieher von Unterhaltsgeld und arbeitslose Schul- und Hochschulabgänger. Bei den Unterhaltsgeld- und Übergangsgeldzahlungen fand das Subsidiaritätsprinzip in der Gestalt von Abschlägen für Kinderlose sehr rasch seinen Eingang. Zug um Zug wurden die Anspruchsvoraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld und -hilfe höher geschraubt und Abstriche bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld vorgenommen. Mit dem Regierungsantritt der CDU sind wichtige Barrieren gefallen. Mittlerweile wurde selbst beim Arbeitslosengeld ein Bedürftigkeitsprinzip durchgesetzt. Die wichtigsten Maßnahmen auf dem Weg zur Zerstörung der Arbeitslosenversicherung sind im folgenden chronologisch aufgeführt. Die verschiedenen Beschäftigungsprogramme und Maßnahmen zur Bezuschussung von Kapitalisten aus Mitteln der BfA blieben außer Betracht.

1.1. 1976: Das von der SPD/FDP-Regierung vorgelegte Gesetz zur Verbesserung der Haushaltsstruktur tritt in Kraft. Das Unterhaltsgeld bei "notwendigen" Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen wird auf 80% (vorher 90%) des vorigen Nettoarbeitsentgelts verringert. (Auf das Nettoarbeitsentgelt beziehen sich im folgenden alle derartigen Prozentangaben, der Begriff des Nettoarbeitsentgelts blieb aber nicht unverändert). Für die "zweckmäßige, aber nicht notwendige" Fortbildung wird nur noch 58% des Unterhaltsgeldes gezahlt. Der Anspruch auf

Arbeitslosenhilfe für arbeitslose Schul- und Hochschulabgänger ohne vorherige beitragspflichtige Beschäftigung entfällt. Es gibt Verschlechterungen beim Kurzarbeiter- und beim Schlechtwettergeld sowie bei der Berechnung des Arbeitslosengeldes. Der Beitragssatz wird auf 3% (vorher 2%) vom Bruttolohn angehoben.

4.9. 1981: Die Bundesregierung legt den Entwurf eines Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetzes (AFKG) vor, das eine Senkung der Bundeszuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) um 6 Mrd. DM auf 3,9 Mrd. DM in 1982 bringen soll. Der Beitragssatz wird auf 4% (vorher 3%) angehoben und ein Kürzungsvolumen von ca. 4. Mrd. DM beschlossen. Die Anwartschaftszeit für den Anspruch auf Arbeitslosengeld wird von sechs auf zwölf Monate beitragspflichtige Beschäftigung innerhalb der letzten drei Jahre verdoppelt. Eine entsprechende Verdoppelung auf 150 Tage findet bei der originären Arbeitslosenhilfe statt. Das Arbeitslosengeld wird durch veränderte Berechnung, insbesondere durch den Ausschluß von Mehrarbeitszuschlägen gesenkt. Die Zumutbarkeitsbedingungen werden verschärft und mit verdoppelter Sperrzeit von acht Wochen untermauert. Das Unterhaltsgeld bei "notwendiger" Fortbildung wird auf 75% (vorher 80%) mit Kindern bzw. 68% ohne Kinder verringert. Entsprechend wird beim Übergangsgeld in der beruflichen Rehabilitation verfahren. Die neuen Sätze betragen 90% (vorher 100%) bzw. 75% (ohne Kinder). Das Unterhaltsgeld bei der "zweckmäßigen, aber nicht notwendigen" Fortbildung von 58% wird nur noch als Darlehen gewährt. Das AFKG tritt Anfang 1982 in Kraft.

9.2. 1982: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschließt eine "Sieben-Punkte-Strategie" für eine neue Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Stichwort: Senkung der Abführung der Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherung, familiengerechte Umgestaltung des Arbeitslosengeldes, verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen, Rückkehrhilfen für arbeitslose Ausländer, befristete Herabsetzung des Rentenalters. ABM-Maßnahmen sollen ganz der Förderung von Teilzeitarbeit vorbehalten sein.

16.3. 1982: Der Verwaltungsrat der BfA beschließt eine neue Zumutbarkeitsverordnung.

18.4. 1982: Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitsgeber (BDA) legt "Leitlinien für die soziale Sicherung bei veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen" vor, in denen sie eine progressive Staffelung der Lei-

stungssätze im Verlaufe der Arbeitslosigkeit anregt.

27.10. 1982: Die (neue) CDU/CSU/FDP-Bundesregierung beschließt Sofortmaßnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, die als Teil des Gesetzes zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung der Bundesanstalt (Haushaltsbegleitgesetz 1983) am Jahresanfang 1983 in Kraft treten. Dadurch wird die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld auf ein Drittel (vorher die Hälfte) der beitragspflichtigen Beschäftigungszeit innerhalb der letzten vier Jahre, höchstens aber zwölf Monate gesenkt. Das Übergangsgeld in der beruflichen Rehabilitation wird auf 80% (vorher 90%), bzw. 70% (vorher 75%) (ohne Kinder) gesenkt. Bei der Berechnung des maßgeblichen Nettoarbeitsentgelts treten Verschlechterungen ein. Die Abführungen der BfA an die Rentenversicherungen werden an den Leistungen der BfA (vorher am bisherigen Arbeitsentgelt) orientiert. Der Beitragssatz wird auf 4,6% (vorher 4%) erhöht.

22.7. 1983: Die Bundesregierung legt das Haushaltsbegleitgesetz 1984 vor. Mit diesem Gesetz wird erstmals die Hauptlast der "Konsolidierungspolitik" auf die anspruchsberechtigten Bezieher von Arbeitslosengeld gelegt. Allein am Arbeitslosengeld wird 1984 eine Mrd. DM "gespart". Dies geschieht hauptsächlich durch die Senkung des Prozentsatzes für das Arbeitslosen-, das Kurzarbeiter- und das Schlechtwettergeld auf 63% (vorher 68%), wenn der Anspruchsberechtigte keine Kinder hat. Im gleichen Sinne wird der Satz der Arbeitslosenhilfe für Kinderlose auf 56% (vorher 58%) verringert. Für Arbeitslose nach abgeschlossener Berufsausbildung berechnet sich das Arbeitslosengeld auf der Basis von 50% (vorher 75%) des erzielbaren Facharbeiterlohnes. Das Unterhaltsgeld bei "notwendigen" Bildungsmaßnahmen wird auf 70% (vorher 75%) bzw. 63% (vorher 68%) für Kinderlose verringert. Das Übergangsgeld in der beruflichen Rehabilitation sinkt auf 75% (vorher 80%) bzw. 65% (vorher 70%). Bei "zweckmäßigen, aber nicht notwendigen" Maßnahmen der beruflichen Fortbildung besteht kein Anspruch mehr auf (Darlehens-)Förderung. Das Haushaltsbegleitgesetz tritt Anfang 1984 in Kraft.

1.12. 1983: Das Rückkehrhilfegesetz für arbeitslose ausländische Arbeiter tritt in Kraft.

1.5. 1984: Das Vorruhestandsgesetz tritt in Kraft.

Quellenhinweis: Mitteilungen des Inst. f. Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 1978–1984; W. Balsen u.a., Die neue Armut, Bund-Verlag

Taschenbücher

GRUNDLAGEN UND BRUCHSTÜCKE
EINER PHILOSOPHIE DER GRÜNENZURÜCK ZUR NATUR
DURCH DENKEN

Rudolf Steiner ist vielen vage bekannt als Grundleger von Waldorfschulen für die Kinder natur- und kulturbeflissener Leute der gehobenen Stände, als Schöpfer einer Bauweise von Häusern ohne rechte Winkel und einer besonderen Gymnastikart, der Eurhythmie, sowie als Wegweiser für die biologisch-dynamische Landwirtschaft. Um seine Wirkung zu verstehen, muß man sich auch mit seinen philosophischen Werken befassen. Seine Auffassungen, wie die menschliche Erkenntnis vor sich geht und welchen Stellenwert sie im Zusammenhang der ganzen Welt hat, legte er in einem seiner frühesten Werke, der "Philosophie der Freiheit", 1894 nieder.

Was Steiner darin verspricht, ist, einen Weg zu zeigen, wie die Menschen den Weg zur Natur zurückfinden können. Er behauptet: "Wir sind es selbst, die wir uns von dem Mutterboden der Natur lösen und uns als 'Ich' der 'Welt' gegenüberstellen ... Wir haben uns zwar losgerissen von der Natur; aber wir müssen uns doch etwas mit herübergenommen haben in unser eigenes Wesen. Dieses Naturwesen in uns müssen wir auffinden, dann werden wir auch den Zusammenhang wieder finden." Zu diesem Zweck übernimmt er aus bestehenden Philosophien das Passende und anerkennt die Ergebnisse der medizinischen und physiologischen Forschung seiner Zeit, insofern es um unverbundene Wahrnehmung der Außenwelt geht. Hier macht er Halt und behauptet, daß zu allen Dingen, die durchaus stofflicher Natur seien, der Mensch etwas hinzutäte, was nur in ihm zu finden sei, zwar an seine Leiblichkeit gebunden, im Prinzip aber unpersönlich und in allen Menschen gleich. Dieses sei das Denken. Die Begriffe entstehen nach Steiner unmateriell. Sie haben, abge-

sehen davon, daß physische Reize auf die Sinnesorgane, dann aufs Gehirn, schließlich auf die Seele wirken, keine stoffliche Grundlage, sondern entstehen erst in der Seele. Nur diese ist imstande, alle stofflichen Elemente mit den Begriffen zu verbinden und so die Erkenntnis hervorzubringen. Einen Gott braucht Steiner dazu nicht. Aber er sieht den Geist überall im Kosmos walten. Durch das Denken der Menschen werden die



Rudolf Steiner (1861–1925)

Zusammenhänge überhaupt erst geschaffen. Diese Weltanschauung beruht auf der Verlegung von Welterschöpferqualitäten in die Menschen, und insofern ist sie religiös.

Was Steiner weniger interessiert, ist, wozu die Menschen das Denken nötig haben. Ihm genügt die Feststellung, daß es sie zum Erkennen treibt. Das Individuum denkt und verbindet sich so mit dem Weltganzen. Damit ist es auch gerechtfertigt und erfüllt seinen Lebenszweck. Freiheit ist die Folge des Bestrebens, ein Scherflein zur Wiederherstellung der Einheit der Welt beizutragen.

Die gesellschaftliche Produktion der materiellen Güter und die Praxis als Kriterium der Wahrheit sind für Steiner keine Themen. (Rudolf Steiner, Die Philosophie der Freiheit, Verlag der Rudolf Steiner-Nachlaßverwaltung, Dornach/Schweiz 1962 – anl)

FREIHEIT ALS
NICHT MITMACHEN?

"Dieses Volk muß aufhören, Sklaven zu halten und in Mexiko Krieg zu führen." Henry David Thoreau, von dem diese Forderung stammt, gilt als einer der ersten Verfechter des "zivilen Ungehorsams". 1817 im US-Bundesstaat Massachusetts geboren, verbrachte er mehrere Jahre als Lehrer an einer (eigenen) Privatschule, lebte zwei Jahre zurückgezogen in einer Blockhütte und schloß sich in den fünfziger Jahren der Bewegung gegen die Sklaverei an. Der zivile Ungehorsam sei nötig, weil der Staat die Freiheit des "Einzelmenschen" bedroht, schreibt er in einem Aufsatz, der noch heute als eine der grundlegenden Schriften der US-Bürgerrechtsbewegung gilt. Darin distanziert er sich von den Sklavenhaltern und Kapitalisten wie auch von den arbeitenden Klassen, über die er verächtlich feststellt: "Es gibt keinen schlimmeren Stümper als den, der den größten Teil seines Lebens für den Lebensunterhalt verbraucht." Thoreaus Ideal ist der Staat, bei dem man nicht mitzumachen braucht: "Ich mache mir das Vergnügen, mir einen Staat vorzustellen ..., der es nicht für unvereinbar mit seiner Stellung hielte, wenn einige ihm fernblieben ..." Er rät, wenig zu arbeiten, am besten halbtags wie er, und vor allem "selbständig". Seine Begründung ist eine dreiste Privatschulbesitzerlüge: "Alle großen Unternehmungen erhalten sich selbst." (H.D. Thoreau, Über die Pflicht zum Ungehorsam gegen den Staat, dtv 20063, 5,80 DM – rül)

ANTIKAPITALISTISCH
SCHON, ABER ...

In dem 1979 erschienenen Büchlein legt der 1934 aus Deutschland in die USA emigrierte Professor für Psychologie E. Fromm eine Weltanschauung dar, aus der er Konsequenzen begründet, die mit den programmatischen Auffassungen der GRÜNEN übereinstimmen (Basisdemokratie, Umweltschutz, atomare Abrüstung). Durch die Kritik der "Existenzweise des Habens", die der "gewinnorien-

tierten Gesellschaft" zugrunde liege, ermöglicht sich Fromm eine Kritik des Kapitalismus, die aber zugleich die Arbeiterklasse als unfähig zur Führung der Gesellschaft erklärt, weil sie ebenso vom Streben nach materiellen Dingen beherrscht sei. Die stattdessen anzustrebende "Existenzweise des Seins" setzt den wissenden und erkennenden Menschen voraus. Somit ist, nun, vielleicht nicht gerade eine Diktatur, aber doch die Vormundschaft der akademisch gebildeten Lohnabhängigen über den Rest der Gesellschaft begründet. Anzustreben seien z.B. "humanistische Expertengremien", die vorschreiben, welche Produkte die Gesellschaft zu produzieren hat. Die Darstellung zielt aufs gebildete Publikum: zur christlichen Basis kommen eklektizistisch Marx, verschiedene abendländische Philosophen bis hin zu Buddha. (E. Fromm, Haben oder Sein, dtv 1490, 6,80 DM – alk)

ILLICHS "NEMESIS
DER MEDIZIN"

Illichs Buch, 1981 auf Deutsch erschienen und wie seine anderen Bücher kulturkritisch, spielt eine wichtige Rolle unter der großen Zahl von Ärzten, die mit der gegenwärtigen Organisation des Medizinbetriebes unzufrieden sind. Er greift das Monopol der Ärzte in der Gesundheitsversorgung an und spricht von einer "Medikalisierung" der Gesellschaft, in der die Ärzte als Teil der herrschenden Klasse alle natürlichen Lebensphasen von Geburt bis Tod unter ihre Kontrolle gepreßt hätten. Die Faszination liegt in der Darstellung des historischen Wandels von Vorstellungen über Gesundheit, Krankheit und Tod in der abendländischen Kultur. Weiter greift Illich mit vielen Beispielen die Zerstörung der Volksmedizin in den Entwicklungsländern durch die Imperialisten und die Profite der Pharmaindustrie an. Ebenfalls greift er jedoch die Kämpfe der Gewerkschaften um soziale Sicherung im Alter als Nachahmung der Konsumentenhaltung der Kapitalisten in einer "Wachstumsgesellschaft" an.

Illichs Gegenvorstellung ist die einer "autonomen Gesellschaft". Das Individuum, der Laie, solle die Entscheidung über die Gestaltung seines Lebens und seines Todes zurückerhalten. Wie dies im Kollektiv geschehen soll, welche Aufgaben Experten haben, bleibt unklar. Viele Andeutungen legen den Schluß nahe, daß Illich – seiner Herkunft nach Jesuit – ausgeht von der Grundidee des Sichfügens in die Weisheit der Natur oder Gottes. (Ivan Illich, Die Nemesis der Medizin, rororo aktuell 4834, 10,80 DM – elf.)

"PARTEI DER HOFFUNG AUF LEBEN"

Das Taschenbuch "Philosophie der Grünen" von Manon Maren-Grisebach, einer der früheren Bundesvorsitzenden der GRÜNEN, erschien Ende 1982. Sechs Kapitelüberschriften hat das Buch: Lebensgefühle der Grünen; Ökologie; Sozialökologie; Grüne Frauenphilosophie; Sind die Grünen technikfeindlich?; Ansätze einer Kunstphilosophie im Rahmen grüner Politik. Die Au-

urteilte im Mai 1983 zu recht: "Immerhin hat sie es geschafft, auf 130 Taschenbuchseiten alles an Quark zusammenzufassen, was im rechten Flügel dieser Partei gehandelt wird." (Manon Maren Grisebach, Philosophie der Grünen, München 1982, 6,80 DM – jöd)

ÖKOLOGISCHE GESELLSCHAFTSKRITIK

Vester ist Biochemiker und arbeitete 20 Jahre in der experimentellen Biochemie. Auf dem Umweg über den Nachweis der Wirkung von Regelungsmechanismen vor allem in der organischen Natur kritisiert er die dazu im Widerspruch stehenden Auswirkungen der Planlosigkeit der herrschenden kapitalistischen Ökonomie. Dazu trägt er eine Fülle von Detailinformationen zusammen. Sie reichen vom Nachweis von Verkarstungen in der BRD durch "überintensive" und zugleich "unproduktive" Landwirtschaft über den Zusammenhang zwischen Umweltvergiftung und Krebs bis zur Kritik der Energiepolitik. Die politische Lösung der dargestell-

Grüne zur Entwicklungspolitik

FORDERUNGEN GEGEN DIE POLITIK DER LANDESREGIERUNG BA-WÜ

Im Februar 1984 legten die Grünen im baden-württembergischen Landtag ein Gutachten vor mit dem Titel "Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg. Darstellung und Kritik".

Tatsächlicher Schwerpunkt der Entwicklungspolitik der Landesregierung sei zum einen die Erhöhung des Kapitalexports, zum anderen die "Förderung der beruflichen Bildung": "Baden-württembergische Direktinvestitionen brauchen gut ausgebildete Arbeitskräfte, und wer an deutschen Maschinen ausgebildet ist, kauft auch eher deutsch" (Ministerium f. Wirtschaft). Die Auswahl der entwicklungspolitischen Maßnahmen müsse sich vor allem anderen "an den Interessen der Wirtschaft des Landes (Baden-Württemberg) orientieren".

In Argentinien betreibt die Landesregierung die Errichtung eines REFA-Instituts, das die Ausbildung argentinischer Spezialisten in der BRD ermöglichen soll. Dazu das Gutachten: "Die mit REFA intendierte Einführung von automatisierten und nach REFA durchorganisierten Produktionsmethoden führt zur Erhöhung der schon bestehenden Arbeitslosigkeit in Argentinien ... und schafft nur einige wenige hochqualifizierte und hochentlohnte Arbeitsplätze und verschärft damit die bestehenden sozialen Gegensätze in Argentinien...". Die Grünen forderten im Landtag Mitte 1983 die Einstellung des Projekts, v.a. auch wegen der Politik der damaligen Militärjunta. Stattdessen solle die Regierung mit den dadurch freiwerdenden Geldern das Projekt "Siedlung 2. April" von Medico International unterstützen, die 1981 in Argentinien durch Landbesetzungen von Slumbewohnern entstand. Die Landesregierung lehnte dies ab mit der lapidaren Erklärung, man müsse sich an vertragliche Regelungen halten.

Ein weiteres Projekt der Landesregierung in Brasilien sieht die Ausbildung von Facharbeitern und betrieblichen Meistern vor – und zwar an Maschinen, die in Baden-Württemberg produziert wurden; die Landesregierung verspricht sich langfristig davon bessere Absatzchancen für diese Maschinen: "Das Entwicklungsprojekt führt zur Herausbildung einer kleinen Schicht von relativ gut bezahlten Arbeitskräften und verstärkt damit die sozialen Gegensätze in Brasilien."

Dem gegenüber fordert das Gutachten eine Entwicklungspolitik, die den Ländern der Dritten Welt eine "autozentrierte Entwicklung" ermöglicht: einerseits Abkopplung der Entwicklungsländer aus dem Weltmarkt durch Aufbau "vollständiger Produktionskreisläufe mithilfe lokaler angepaßter Technologien ... und Landverteilung", andererseits "selektive Kooperation" der Entwicklungsländer mit den imperialistischen Staaten, da sie in gewissem Maße auch bei Abkopplung noch angewiesen sind auf Deviseneinnahmen, d.h. auf den Export von Produkten. Das Gutachten kritisiert an der bisherigen Forderung der Grünen nach Verbot des Imports agrarischer Rohstoffe aus den Entwicklungsländer, daß dies den Hunger in den Entwicklungsländern keineswegs beseitigen würde: "Denn selbst wenn alle Agrarexporte gestoppt würden, wären die Menschen noch hungrig, die keine Kontrolle über die Ressourcen zur Nahrungsmittelproduktion haben". "Dies zeigt der Vergleich von Kuba und der Dominikanischen Republik. Beide Entwicklungsländer bauen auf einem großen Teil ihrer Agrarflächen Zucker für den Export an und importieren große Mengen Getreide. In der Dominikanischen Republik sind 75% der Menschen unterernährt, in Kuba gibt es praktisch keine Unterernährung mehr. Der Grund hierfür ist die Kontrolle und Verwendung der mit dem Zuckerexport erwirtschafteten Deviseneinnahmen: so sind in Kuba alle Deviseneinnahmen staatliche Gelder, die zur Durchführung eines als grundbedürfnisorientiert zu bezeichnenden Ent-



Pflastermalerei "Zurück zur Natur", aus: grüner basisdienst, 11/83

torin muß öfter aus bürgerlichen und reaktionären Kreisen auf ein fehlendes "rationales Gesamtkonzept" der Grünen angesprochen worden sein, das ist dem Vorwort zu entnehmen. Diesen Auftrag hat sie wahrgenommen und ein "mystische(s) Einheitsgefühl alles Lebendigen" gezeichnet und reaktionäre Philosophie übernommen. Nicht der Mensch steht im Mittelpunkt ihrer Philosophie, sondern "Hoffnung auf Leben". Der "Arbeiterkampf"

ten Widersprüche sieht Vester in der Durchsetzung eines neuen, "auf die Funktionsfähigkeit des Ganzen gerichteten" Denkens". Die gegenwärtige Konzentration der Industrieproduktion kritisiert er – gemessen an ihrem Energieverbrauch – als "unproduktiv" gegenüber einer dezentralisierten Ökonomie. (F. Vester, Neuland des Denkens, vom technischen zum kybernetischen Zeitalter; DVA, Stuttgart 1980 – chc)

wicklungsweges verwendet werden ..."

Entwicklungspolitik müsse sich daran orientieren, den Aufbau staatlicher Vermarktungsorganisationen, die Landreform, den Zusammenschluß der Bauern in Genossenschaften zu unterstützen. Ein grundsätzliches Verbot des Kapitalexports in die Entwicklungsländer fordert das Gutachten nicht, was wohl damit zusammenhängt, daß die Grünen nichts gegen die Beteiligung westdeutscher Firmen an "umweltfreundlichen" Industrieprojekten einzuwenden haben. Allerdings wird gefordert, daß Direktinvestitionen verboten werden sollen, wenn damit die Ausbeutung in sog. Billiglohnländern verbunden ist. Zudem wird das Recht der Entwicklungsländer gefordert auf Verstaatlichung, Verfügung über ihre eigenen nationalen Ressourcen und Begrenzung des Gewinntransfers. Entwicklungshilfe soll nicht mehr als Kredit, sondern als "reiner Zuschuß" vergeben werden; die Schuldenrückzahlungsfrist der Entwicklungsländer soll gestrichen oder aufgeschoben werden.

Quellenhinweis: neben dem Gutachten: D. Senghaas, Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik, Frankfurt 1978 (ed. Suhrkamp 856) – (ulb)

Neofaschismus

CSU-PROGRAMMATIK UND POLITIK: NÄHRBODEN FÜR FASCHISMUS

Vor einem Jahr haben sich in München die Republikaner (REP) gegründet. Inzwischen haben sie nach eigenen Angaben in der BRD über 2000 Mitglieder, der Aufbau von Landesverbänden schreitet zügig voran. In Sonthofen erreichten sie bei den bayerischen Kommunalwahlen 8% und damit drei Sitze im Stadtrat. An den Landtagswahlen 1986 in Bayern und den Bundestagswahlen 1987 wollen sie sich beteiligen. Bevor untersucht wird, aus welchen sozialen Schichtungen sie ihr Reservoir schöpfen und mit welcher Programmatik und strategischen Konzeption sie ihre nationalistisch/faschistischen Ziele durchsetzen wollen, wird es nützlich sein, einmal die Frage aufzuwerfen, wieso solche neofaschistischen Gründungen großenteils von Bayern aus ihren Anfang nehmen. Denn es handelt sich bei den Republikanern beileibe nicht um eine Einzel- oder gar "Randerscheinung": In den letzten zwölf Monaten gründeten sich in Bayern über 20 faschistische Vereinigungen, alle völlig "legal" unter CSU-Staatsaufsicht mit eigenem Publikationswesen. Es muß so sein, daß der anscheinend günstige Nährboden, den Faschisten in Bayern vorfinden, vor allem durch die "staatstragende" Politik der CSU gegeben ist. Insofern ist vorderhand nicht nur der Nachweis interessant, wie die CSU die Faschisten in Bayern direkt fördert (vgl. Politische Berichte 24/1982), sondern die Kenntnis darüber notwendig, in welcher Weise in Programmatik und strategischer Konzeption die CSU-Politik eine nationalistisch/faschistische Komponente von Grund auf und als wesentlichen Punkt in ihrer Zielsetzung beinhaltet.

Ausgangspunkt aller CSU-Politik ist nach F.J. Strauß: "Wir haben gesehen, daß unsere lebenswichtigen Interessen maßgeblich außenpolitischer Natur sind – wie wir überhaupt aus historischer Sicht unser Land als ein Land der Außenpolitik erkennen müssen, was nicht zuletzt auf seine allseits offenen Grenzen zurückzuführen ist, von denen sich keine selbst verteidigt. Unser Denken muß daher in erster Linie außenpolitisch bestimmt sein ... Unzweifelhaft gibt es bei dieser Frage auch innenpolitische Aspekte, die auf sie einwirken; doch sind sie im letzten sekundären Charakters ..." Alle Maßnahmen der CSU sind der Lösung der "nationalen Frage" demnach untergeordnet. Dabei ist die CSU-Variante in der Europa-Idee der westdeutschen Bourgeoisie gekennzeichnet durch eine besonders kulturkämpferische christlich-abendländisch-völkische Position und eine dauerhafte Beharrlichkeit in den Grundpositionen nationalistischer Politik: Nichtanerkennung der DDR, die

"Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit" propagiert als "Freilassung oder Befreiung der Zone aus der kommunistisch-sowjetischen Fremdherrschaft", die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Alleinvertretungsanspruch der BRD.

Die Konzeption eines "christlich-abendländischen" Westeuropa unter westdeutscher Führung, als antikommunistischer Block, soll den Ausgangspunkt für einen Ostfeldzug schaffen, "der der alten Kolonisation des Mittelalters durchaus ebenbürtig wäre". Strauß dazu: "Man soll aber aufhören, die Vertretung legitimer nationaler Ziele und Interessen als Ausdruck nationalistischer Gesinnung zu diffamieren". Mag es vielleicht etliche "nationale" Politiker geben, die glauben, die "Wiedervereinigung" mit fremden Staatsterritorium lasse sich "friedlich" herbeiführen – Straußens Konzeption ist das jedenfalls nicht. Darin erklärt sich auch der "Wert" der CSU für die Bourgeoisie: Sie läßt keinen Zweifel daran, daß sie im Moment noch subversives Hineinwirken in die osteuropäischen Länder vorrangig hält (Strauß: "Was die Deutschen an Ostpolitik machen können, heißt Hineinwirken in diesen Raum, damit ein Gegensatz zwischen den regierenden Kreisen und menschlichen Verhaltensweisen entsteht ..."), trifft aber gleichzeitig die Vorbereitungen, daß über ihre CSU-Sammlungsbewegung der Waffengang gen Osten in greifbarere Nähe rückt, notfalls unter brutaler Ausschaltung der politischen Opposition. Und den Waffengang will die CSU nicht unbedingt in Blutsbrüderschaft mit den USA bewerkstelligen – sondern sie ist für die Bourgeoisie diejenige der Parteien, die stringent ohne Wenn und Aber auf "eigene" Stärke ausgerichtet ist und Strauß derjenige Politiker, der für sie mehr "Selbstständigkeit" auf militärischen Gebiet von den Alliierten garantiert. Frühzeitig hat Strauß gefordert: "Die Bundesregierung soll dafür eintreten, daß die NATO in ein Partnerschaftsverhältnis zwischen Nordamerika und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit eigenem Atompotential umgewandelt wird." – und er sieht auch den Zweck des Bündnisses mit den USA dann erreicht, wenn die BRD die Verfügungsgewalt über atomare Waffensysteme hat. Für Strauß hat "es keinen Sinn, von dem erwachten Selbstbewußtsein zu reden ... wenn nicht mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, die niemand bestreitet, auch die Fähigkeit und Bereitschaft zu politischer und militärischer Verantwortung Hand in Hand geht".

Die Erreichung des Ziels in Form der Möglichkeit für die westdeutsche Bourgeoisie möglichst mit "eigenem personellen und militärischen Potential" den Angriffskrieg gegen Osten wieder zu wagen, bestimmt auch die CSU-Innenpolitik, Landespolitik und vor allen ihre strategische Konzeption. Welche Kräfte sie mit ihrer Politik ansprechen und gewinnen, mit welchen Kräften sie gemeinsam operieren und gegen wen sie antreten will, wird unter dem Motto von F.J. Strauß entschieden: "Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind." Welche Kräfte der Nationalist und Reaktionär Strauß da gemeint hat, darüber braucht nicht zu spekuliert werden. Nach den eigenen Vorstellungen der CSU ist sie jedenfalls nicht gleichzusetzen mit anderen "Volksparteien", denn sie ist nach ihrem Selbstverständnis weitaus mehr: Sie ist eine "Volksbewegung für nationale Ziele" oder von Strauß auch einmal anders formuliert eine "Sammlungsbewegung zur Rettung unseres Vaterlandes", in der denjenigen eine Heimat geboten wird, "die ein natürliches Verhältnis zur nationalen Tradition in ihren guten Elementen haben". Man muß sich dabei vor Augen halten, daß diese Art nationaler Sammlungsbewegung und die Strategie einer "Volksbewegung" nicht erst Ergebnis der "Bonner-Wendepolitik" oder aber etwas früher gesetzt, Ergebnis der Oppositionspolitik zur sozialliberalen Koalition und ihrer "Entspannungspolitik" sind. Die Elemente dieser Politik liegen in der strategischen Konzeption dieser Partei seit ungefähr 1955 begründet, die in Einklang mit der innerparteilichen Struktur gebracht sind. Dazu ein paar Anhaltspunkte.

Die CSU war in den Jahren 1946–1948 entstanden mit dem Ziel, alle konservativ-christlichen Kräfte in Bayern zu vereinen und in einem "christlichen Bollwerk" Bayern eine Politik zu machen, das Ausbreiten des "preußischen Nihilismus" verhindern sollte. In der Politik blieb die CSU mehr oder weniger auf "bayerische Themen" beschränkt, Kräfte in der CSU traten Anfang der 50er Jahre gegen Wiederbewaffnung und für Neutralität der BRD ein. Bei den Landtagswahlen 1950 erhielt die CSU ganze 27%, die Bayernpartei 18%, die SPD 28%. Für Strauß und seine Gefolgsleute war Anfang der 50er Jahre klar, daß die CSU ihre stark christlich-provinzielle Orientierung verändern mußte, um zu einer wichtigen Kraft für die westdeutsche Bourgeoisie werden zu können. Er definierte auf der Landesversammlung der CSU 1955 den weiteren Weg so: "... läßt mich vom bayerischen Welttheater den Blick wieder hinauslenken ... noch ist Bayern nicht der Nabel der Welt. Immerhin im Gesamtgefüge der deutschen Politik ein wesentlicher Bestandteil ... der Blick muß auf einen größeren Zusammenhang gelenkt werden ... Hier geht es um die Wiederherstellung der Nation in Frieden und Freiheit ... Hier hört die Partei auf, eine reine Partei zu sein, hier muß sie eine Volksbewegung sein, damit sie in Deutschland eine tragende Kraft ausstrahlt auf die europäischen Völker ..."

Die CSU entwickelte ungefähr ab diesem Zeitraum Strategien, wie sie zur Sammlungsbewegung werden konnte. Bis ins Detail geplantes Ziel war, alle Kräfte in Bayern von der Mitte bis zum äußersten rechten Rand in die CSU zu kriegen, um der Partei "eine große soziale Integrationskraft" zu sichern und darüber eine "Massenloyalität" gegenüber der "Staats- und Ordnungspartei" herzustellen. Das schlug sich in der Entwicklung ihrer Programmatik nieder: Sie propagierte das dauerhafte Bündnis zwischen "Großindustrie und dem Mittelstand, dem Handwerk und den Bauern" und zusätzlich mit der neuformulierten Interessenvertretung "nationale Ziele" konnte sie die Anhänger- und Mitgliedschaft der Bayernpartei voll in sich aufsaugen. Hartnäckigen Gegnern in der Bayernpartei wurde mit "rechtsstaatlichen Methoden", was bis hin zu Gefängnis ging, das Rückgrat gebrochen. Die "Absorptionsstrategie" wurde planmäßig weiterbetrieben, Anfang der 60er Jahre richtete sie sich auf den "Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen". Mit ihrer verstärkt nationalistischen Propaganda und der Übernahme von "Vertriebenenfunktionen" in höchste Staatsämter, zog die CSU den großen Teil des inzwischen wirtschaftlich eingegliederten "Flüchtlingsblocks" an sich. Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen verschwanden aus der politischen Landschaft, sie hatten bis zu den Landtagswahlen 1958 immer zwischen 8 und 12% der Wählerstimmen erhalten.

Mitte bis zum Ende der 60er Jahre konzentrierte die CSU ihre Bemühungen auf die neofaschistischen Gruppierungen wie die Deutsche Partei und Deutsche Reichspartei und vor allen auf die NPD, die in ihrer Propaganda nach anfänglichen Wahlerfolgen gegenüber den national/faschistischen Tönen im "Bayernkurier" in dieser Zeit wie ein Waisenknabe dastand. Die "Aktion Widerstand", von der NPD nach ihrem "Wahlniedergang" gegen die Ostpolitik der neu gewählten sozialliberalen Koalition initiiert, fand ihre politische Heimat recht schnell in der CSU, was sich personell ohne weiteres feststellen läßt. Strauß und die CSU hielten lediglich die SPD als "gesellschaftlich-politische" Kraft für nicht vernichtbar, aber "die ganze übrige Landschaft" im christlich-sozialen Schmelztiegel für einschmelzbar, und wie es sich gezeigt hat, ist ihnen dieser riesige Schluckprozeß zur Schaffung einer "nationalistischen Volksbewegung" im großen und ganzen geglückt.



In Bayern hat es in den letzten 12 Monaten über 20 Neugründungen von faschistischen Vereinigungen gegeben. Sie bringen Zeitungen und Flugblätter heraus, alles völlig "legal". Besonders München droht erneut zur Hauptstadt der "Bewegung" zu werden.

Der Sozialdemokratie ist Existenzberechtigung zugebilligt, wenn auch nur beschränkte: "Unsere Aufgabe von der Union ist es, nicht bloß an unsere parteipolitischen Interessen zu denken, sondern an die Interessen unseres gesamten Volkes. Wir müssen immer dafür sorgen, daß keine Radikalisierung der Sozialdemokratie erfolgt, sondern der vernünftige große Teil der Sozialdemokratie dort zum Einsatz gebracht wird, wo er für die Lebensinteressen unseres Volkes unentbehrlich ist ..."

Ob Strauß und die CSU nun derzeit über die vielen faschistischen Neugründungen außerhalb der CSU glücklich sind, mag dahingestellt bleiben, auf jeden Fall dürften die Republikaner in dem CSU-Konzept der weiteren Anbindung von nationalistischen und faschistischen Organisationen eine dominante Rolle spielen. In welcher Art und Weise muß in einem weiteren Artikel zu den Republikanern untersucht werden, da nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Republikaner von Strauß mit ins Leben gerufen worden sind.

Quellenhinweis: Thränhardt Dietrich, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848–1953, Düsseldorf 1973; Unger Ilse, Die bayerische Bewegung, politische Strömungen in Bayern nach 1945, Erlangen 1969; Zorn Wolfgang, Bayerns Gewerbe, Handel und Verkehr 1806–1870, München 1975; Halfmann Dieter, Das Konzept der deutschen Rechten, Köln 1971; Klein Hans, CSU – Phänomen? Provokation? Mainz 1976; Mintzel Alf, Geschichte der CSU, Opladen 1977; Eisner Erich, Das Europakonzept der CSU, nicht veröffentlichte Dissertationsarbeit, München 1975; Die Neonazis in Bayern, eine Dokumentation der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), München 1984; Diverse Protokolle der Landesversammlungen der CSU; Diverse Artikel aus dem Bayernkurier – (kag)

Straßenverkehr

KAPITALISTEN UND REGIERUNG HALSEN LOHN- ABHÄNGIGEN DIE KOSTEN FÜR ARBEITSWEGE AUF

Seit Auto- und Kraftradbesitz kein Luxusartikel für besitzende Kreise mehr ist, sondern in den Umkreis der Gegenstände gehört, die für die Reproduktion der Lohnabhängigen notwendig sind, führen Kapitalisten, konservative und liberale Politiker das Auto als Symbol für die Qualitäten der kapitalistischen Gesellschaft vor. Sie erheben den privaten Autobesitz der inzwischen überwiegenden Zahl der Lohnabhängigen zum Symbol der "Freiheit". Z.B. erklärte Bundesverkehrsminister Dollinger in einem Aufsatz über die "künftige Rolle des Autos im Verkehrssystem":

"Vor allem aber ist das Auto heute ein nicht mehr wegzudenkender Träger individueller Freiheit, ein Symbol der Mobilität unserer Bürger."

Ähnlich die BMW-Kapitalisten in einer Befragung eines Kritikers des privaten Autoverkehrs:

"... ist das Auto ein Fortbewegungs- und Prestigeobjekt. Genauso ist es ein Symbol der Freiheit."

Aus dem Dollinger-Zitat geht hervor, warum das Auto so freiheitlich sein soll: Weil angeblich ein jeder, der eines besitzt, damit fahren kann, wann und wohin er will. Entsprechend "freiheitlich", nämlich nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen, ist der Besitz und die Benutzung von Kraftfahrzeugen geregelt. Die Konsequenz aus der "Freiheits"-Demagogie ist:

wer gegen den privaten Kraftfahrzeugverkehr oder auch nur gegen seine Ausdehnung auftritt, entpuppt sich als ein Feind der "Freiheit". Die aber wollen Kapitalisten und Konservative verteidigt wissen. Entsprechend tritt die konservativ-liberale Bundesregierung als Verteidiger des Automobil- und Kraftfahrzeugs auf. Und – wie es sich mit "Freiheit" immer verhält – muß sie vor sogenanntem Mißbrauch geschützt werden. Dafür sollen mehrere tausend Seiten Gesetzeswerk und versicherungsrechtliche Vorschriften



Bundesverkehrsminister Dollinger: "Eine Politik gegen das Auto wird die-
se Regierung nicht mitmachen."

gut sein. Sie regeln die "Grenzen der Freiheit" und halten am Grundsatz fest:

"Jede Freiheit hat ihren Preis"

Wer ein Kraftfahrzeug besitzt oder benützt, ist verantwortlich für alles, was damit passiert. Solange, wie Kraftfahrzeuge entweder als Produktionsmittel oder Luxusartikel sich vor allem im Besitz von Kapitalisten befanden, waren solche Grundsätze vielleicht hinreichend. Da aber spätestens seit Anfang der 60er Jahre der Besitz und die Fähigkeit zum Führen eines Fahrzeuges längst keine private Angelegenheit einiger weniger, sondern Voraussetzung für die Teilnahme an der Produktion von Tausenden ist, bieten die privatwirtschaftlichen Grundsätze über die Haltung und Benutzung von Kraftfahrzeugen Regierung und Kapitalisten eine Reihe von Handhaben für weitgehende Eingriffe in die Reproduktion der Lohnabhängigen bis hin zur Statuierung versicherungsrechtlicher Grundsätze. Wer fahren will, muß die Ausbildung privat finanzieren, ist aber verpflichtet, eine staatliche Prüfung abzulegen. Wer ein Kraftfahrzeug besitzen will, egal ob es ein motorisiertes Zweirad oder ein großer Lastkraftwagen ist, ist verpflichtet, dieses Fahrzeug in einer Haftpflichtversicherung zu versichern. Die versicherungsrechtlichen

KONZEPT DES DGB BADEN-WÜRTTEMBERG

Zu den Kommunalwahlen im Oktober 1984 hat der DGB Baden-Württemberg Materialien u.a. zu dem Schwerpunkt "Verkehr" vorgelegt. Leider ist die Analyse nicht weit über den Allgemeinplatz hinausgekommen, daß der Individualverkehr gegenüber dem öffentlichen Nahverkehr Vorrang genießt. Dementsprechend schwach sind auch die Forderungen, die der DGB erhebt, insbesondere was die Frage der Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs anbelangt. Hier bleibt man weit hinter dem zurück, was z.B. bei den Jusos in der SPD diskutiert und gefordert wird, etwa daß die Tarife im ÖPNV nicht an betriebswirtschaftlichen Kosten orientiert sein dürfen, daß bei der Tarifgestaltung ein deutlicher Kostenvorteil gegenüber dem PKW sichergestellt werden muß und daß die großen Nutznießer des Nahverkehrs, die Unternehmen, zu einer Nahverkehrsabgabe heranzuziehen seien.

"Die Stadtentwicklungsplanung, die Flächennutzungsplanung sowie die Bebauungspläne der Städte und Gemeinden müssen eine Mischung der Lebensbereiche Arbeiten, Wohnen, Einkaufen, Bildung, Kultur und Freizeit zum Ziel haben.

Die Verkehrsplanungen müssen umweltschonend durchgeführt werden.

Der öffentliche Nahverkehr ist verstärkt auszubauen.

Ein dichtes und bequemes Netz soll geschaffen werden, das nicht nur auf die Zentren der Städte und Gemeinden festgelegt ist, sondern auch die Erreichbarkeit zwischen den Stadtteilen und den Ortschaften fördert.

Häufige Bus- und Zugfolgen sowie Vorrang bei den Ampelschaltungen vor dem Individualverkehr sollen die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs steigern.

Eine soziale Tarifgestaltung, die für Schüler und Auszubildende den Nulltarif vorsieht, soll ein zusätzlicher Anreiz sein.

Wo die Schaffung eines öffentlichen Zubringerdienstes noch nicht möglich ist, ist ein Park-and-Ride System zu

schaffen, das das Umsteigen vom PKW auf den öffentlichen Nahverkehr ermöglicht.

Durch Schaffung von Verkehrsverbundsystemen mit einheitlicher Tarifgestaltung soll die Versorgung durch den öffentlichen Personennahverkehr gefördert werden, dies muß vor allem im ländlichen Bereich in Angriff genommen werden.

Der öffentliche Nahverkehr muß attraktiv ausgestaltet sein. Haltestellen müssen gut erreichbar, überdacht und mit Sitzgelegenheiten ausgestattet sein.

Kommunale Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs dürfen nicht privatisiert werden...

Das Fuß und Fahrradwegnetz in den Kommunen muß ausgebaut werden. Das bedeutet vor allem eigene Fahrradwege, Absenken der Bordsteige bei Straßenkreuzungen, Sicherung der Wege zu Schulen und Behörden...

Neue Modelle des öffentlichen Personennahverkehrs sollen initiiert und erprobt werden. (Z.B. Ruf-Bus-System)...

Grundsätze, die die Kapitalisten der privaten Haftpflicht entfaltet haben, sind schon oft Vorbild für Angriffe auf die anderen Pflichtversicherung der Lohnabhängigen, vor allem der Krankenversicherung, gewesen. Von der Selbstbeteiligung im Schadensfall über die Regelung der Höhe der Versicherungsprämien nach Häufigkeit der Schadensfälle bis zur Einführung von Sonderbestimmungen für ausländische Arbeiter – Vorschläge, die nach ihrer Einführung in die gesetzlich vorgeschriebene, private Kraftfahrzeughaftpflicht Eingang in die Debatte um die Krankenversicherung gefunden haben.

Große Teile der Straßenverkehrsordnung regeln, wer schuldhaftes Übertreten begeht. Abgesehen davon, daß solche Regelungen Gründe für das Eintreiben von Bußgeldern in Höhe von mehreren Millionen DM im Jahr bieten, sind sie immer der Anhaltspunkt für die Versicherung, ob oder welche Versicherung in Kraft tritt, oder ob der Kraftfahrzeughal-

Vorschriften für die Ausstattung von Fahrrädern mit Reflektoren und Beleuchtungsanlagen. Der Verstoß gegen die Auflagen soll erstens ein Bußgeld zwischen 40.- und 60.- DM zur Folge haben, und zweitens wird mit diesen Änderungen der schon länger von den Haftpflichtversicherungen verfolgte Grundsatz zementiert, Personenschäden, die wegen Nichtbefolgung der künftig gesetzlichen Vorschriften entstehen, nicht zu bezahlen.

Als zweites plant Dollinger die Einführung von Führerscheinen auf Probe für Fahranfänger und die Einführung des Stufenführerscheins für Kraftfahrer. Zur Begründung führt er die überdurchschnittliche hohe Unfallhäufigkeit von Fahranfängern und Jugendlichen an. Statt die anscheinend ungenügende Ausbildung zu verlängern und zu verbessern, wird die Ausbildungszeit in die Zeit nach dem Führerscheinwerb verlegt. Was ein Fahrer in dieser Zeit lernt oder nicht, bleibt damit seinen persönlichen Lebensumständen überlassen. Die an-



Die Straßenverkehrsordnung bietet Anlaß für zügelfache Kontrolle und Überwachung durch die Polizei.

ter, obwohl er pflichtversichert ist, selbst zahlen muß.

Die Ausführungen und Planungen des Bundesverkehrsministeriums sprechen dafür, daß die Bundesregierung die Ausdehnung derartiger "Kosten für die Freiheit" plant. Die gesetzlichen Maßnahmen, die Dollinger im Juni dieses Jahres unter dem Titel "Verkehrssicherheitsprogramm 1984" als Planungen veröffentlicht hat, sind geeignet, die "Freiheit" nicht aufzuheben, aber zigtausendfache weitere Schikanen, polizeiliche Überwachungsmaßnahmen usw. einzuführen. Erstens plant Dollinger – und hat zum Teil schon durchgesetzt – Änderungen in der Straßenverkehrsordnung. Das sollen sein: die Gurtpflicht auf Vordersitzen und die Einführung der Gurtpflicht auf Rücksitzen, die Ausdehnung der Helm-Tragepflicht auf die Fahrer aller motorisierten Zweiräder und die Einführung von weiteren

scheinend notwendige Verbesserung der Fahrausbildung hätte zu einer beträchtlichen Verteuerung geführt. Das Bundesverkehrsministerium geht davon aus, daß dies auch einen Rückgang der Zahl der Fahrschüler bewirkt hätte, was es aus verschiedenen Rücksichten – angefangen von Beschwerden der Kraftfahrzeugindustrie bis zu Beschwerden der Fahrschullehrer – verhindern will.

Als Begründung für sein Programm führte Bundesverkehrsminister Dollinger jüngst im "Handelsblatt" unter der Überschrift "Eine Politik gegen das Auto wird diese Regierung nicht mitmachen" aus:

"Die Politik muß den Rahmen setzen, innerhalb dessen sich die Mobilität der Bürger und der Wirtschaft in gewissen, aber flexiblen Grenzen frei entfalten kann ... Soll ich die verkehrspolitischen 'Leitplanken' dicker und fester machen, oder soll ich die

GRÜNE ZUR VERKEHRSPOLITIK

Aus Anlaß des Verkehrssicherheitsprogramms '84, vorgelegt vom Bundesverkehrsminister, verlangte die Bundestagsfraktion der GRÜNEN eine Reihe von Maßnahmen, die den privaten Autoverkehr einschränken sollen, indem vermehrt und schärfere Strafen verhängt werden können und indem der Autoverkehr gegenüber dem öffentlichen Nahverkehr langsamer werden soll. Auszüge aus der Stellungnahme:

"Während in den letzten zehn Jahren Maßnahmen zum Schutz der Autofahrer ihr Risiko noch erheblich verhindern konnten, dürfte die Sicherheit beim derzeitigen Stand der Fahrzeugtechnik nicht mehr wesentlich verbessert werden können. Forderungen nach dem Ausbau des Straßennetzes fördern höhere Geschwindigkeiten, bedrohen Fußgänger und Radfahrer ... Wie unausgegoren das Verkehrssicherheitsprogramm ist, belegt die Beschreibung des Stufenführerscheins (Fahrerlaubnis für Motorräder über 27 PS erst ab 20 Jahren), der sich am Alter und nicht an der Fahrpraxis orientiert. Die Kontrolle der Fahrpraxis kann leicht über ein Fahrtenbuch geprüft werden. Grundsätzlich müßte die Zulassung von Motorrädern von mehr als 27 PS drastisch eingeschränkt, wenn nicht sogar verboten werden ... Wir fordern deshalb: – sofortige Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften auf 30 km/h; – Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen: 100 km/h und auf Außerortstraßen auf 80 km/h; – keine Zulassung für Motorräder über 27 PS; – kurzfristige Führerscheinentzüge statt Bußgelder; – einen Kurzwegschreiber für alle Kfz. Er zeichnet alle Fahrdaten der letzten 400 Meter auf. Er soll nur nach Unfällen von den Gerichten als Beweismittel für das Fahrverhalten herangezogen werden können; – finanzielle Förderung zum Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes."

Bei Vorlage ihres Bundesbahnsanierungsgesetzes wandten sich die GRÜNEN im Bundestag gegen Streckenstilllegungen der Bahn und forderten, daß die Bahn in den öffentlichen Nahverkehr eingeplant und gefördert werden soll:

"– Erhaltung und Ausbau des Schienennetzes als eine Aufgabe des Staates ... (wie Straßen, Wasserwege) ...; – die Durchführung des Personennahverkehrs als Leistung im Interesse des Gemeinwohls."

Quellenhinweis: Pressemitteilungen der GRÜNEN

VERKEHRSUNFÄLLE SIND MEIST ARBEITSUNFÄLLE

Verkehrsunfälle passieren nicht so sehr in der angeblich von individueller Freiheit beherrschten Sphäre der Reproduktion. Die Berufsgenossenschaften nennen für 1981 knapp 200000 angezeigte Wegeunfälle – also tödliche oder mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Unfälle, die auf dem Arbeitsweg passierten –, das sind fast 55% aller Verkehrsunfälle mit Verletzten oder Toten. Dazu kommen noch die Verkehrsunfälle während der Arbeitszeit sowie die Wegeunfälle von in Ausbildung befindlichen Lohnabhängigen, soweit sie nicht in der gesetzlichen Unfallversicherung sind.

Die Verteilung der Verkehrsunfälle über die Tageszeit, ins Verhältnis gesetzt zum jeweiligen Verkehrsaufkommen (s. Schaubild unten), weist auf den Zusammenhang mit der von

den Kapitalisten erzwungenen Mobilität der Lohnabhängigen hin. Die Unfallhäufigkeit liegt deutlich über dem Verkehrsaufkommen zunächst in der Zeit etwa zwischen 13 Uhr und 17 Uhr. Gründe für diese überdurchschnittliche Unfallhäufigkeit mögen sein: Übermüdung bei Berufskraftfahrern wegen zu geringer Pausen, zu langer Arbeitszeit u.ä.. Weiterer Grund: Die Arbeitsintensität ist für viele Lohnabhängige so hoch, daß die fürs Autofahren nötige Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit bei der Heimfahrt fehlt.

Zwischen 20 Uhr und 22 Uhr, wenn der Anteil von Fahrten, die zur Erholung der Arbeitskraft gehören, hoch ist, ist die Unfallhäufigkeit unterdurchschnittlich. Sie steigt aber in der Zeit danach bis etwa 4 Uhr deutlich an: Folge der Nacharbeit.

Quellenhinweis: ADAC, Unfallentwicklung in der BRD 1969–1979; Stat. Jahrbuch 1984



Automobilkapitalisten verbreiten die "Freiheits"-Ideologie

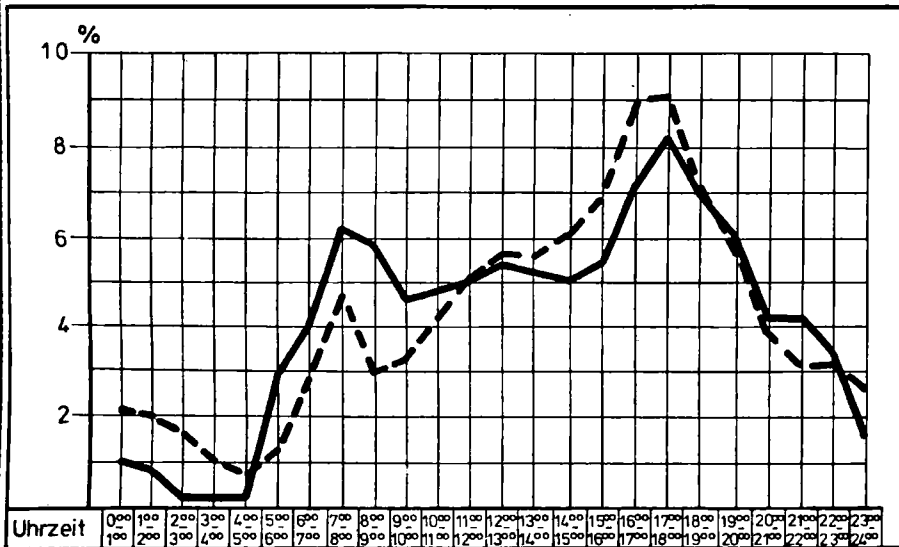
Zweck, zur Arbeit oder Ausbildung und wieder nach Hause zu gelangen oder die Reproduktion der Lohnabhängigen zu organisieren, keineswegs dem Vergnügen. Die letzte im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Untersuchung über den Zweck der Auto- und Kraftfahrzeugbenutzung ergab für das Jahr 1980: Ca. 52% aller privat getätigten Autofahrten und über 40% der Kraftstofffahrten waren Hin- und Rückfahrten zur Arbeit. Die Entfernungen, die zur Arbeitsstelle zurückgelegt werden müssen, haben sich in den letzten Jahren zunehmend vergrößert. Allein von 1978 auf 1982 ist der Anteil derjenigen, die mehr als 10 km zur Arbeit fahren müssen, von 29,2% auf 32% gestiegen. Ca. 40% der privaten Autofahrten diene Zwecken wie Schulbesuch, Einkauf, Arzt- und Ämterbesuchen. Nur 8% der Fahrten wurden aus Gründen der Unterhaltung oder Erholung durchgeführt.

Selbst Unfallkosten, die den Lohnabhängigen aus diesen Wegen entstehen, werden im Falle der Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges weitgehend den Lohnabhängigen aufgelastet. Auch wenn die Berufsgenossenschaft einen Wegeunfall anerkennt, was in den meisten Fällen nicht geschieht, zahlt sie nur die Kosten, die aus einem Personenschaden entstehen. Sachschäden müssen von der Haftpflichtversicherung gezahlt werden.

Forderungen von Gewerkschaften und GRÜNEN

In den vergangenen Jahren hat eine, von GRÜNEN und Gewerkschaften und örtlichen Initiativen geführte Debatte begonnen, welchen Maßnahmen geeignet sind, sowohl die persönlichen finanziellen und zeitlichen Belastungen wie auch die Umweltbelastungen, die aus der Ausdehnung des Autoverkehrs entstehen, zu senken.

Die GRÜNEN und ihnen nahestehende Organisationen üben grundsätz-



Verteilung des Verkehrsaufkommens (Fahrleistungen durchgezogene Linie) und der Unfälle (gestrichelt) nach Tagesstunden 1976

Verkehrsteilnehmer bewegen, dem Konflikt mit den Leitplanken möglichst aus dem Wege zu gehen, weil er schmerzhaft ist? ... Von manchen wird der Kraftfahrzeugverkehr gänzlich verurteilt. Statt einer 'verbesserten Leitplanke' fordern sie sogar ein 'absolutes Durchfahrverbot' für das Kfz, ohne sich aber über die Folgen für unsere Mobilität als unabdingbare Voraussetzung unserer Wirtschaftskraft genügend im klaren zu sein. Eine solche Politik gegen das Auto ist freilich auch gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet; sie wird in mir keine Unterstützung finden."

Dollingers Ausführungen bedeuten nichts anderes als die Aufrechterhaltung und Ausdehnung des Bußgeld- und Strafenkatalogs für den Kraftfahrzeugnutzer, aber flexibel. Demagogisch setzt Dollinger die "Mobilität der Bürger" und der "Wirtschaft" gleich, als sei die "Entfaltung", die das

Geschäft eines Kapitalisten durch schnellen und billigen Transport von Rohstoffen und Produkten erfährt, dasselbe, wie der Zwang für den Lohnabhängigen, eine Arbeitsstelle unabhängig von ihrer Entfernung zur Wohnung anzunehmen und entsprechend "mobil" zu sein.

Die von Dollinger angeführten "Interessen der Bevölkerung" am Auto lassen sich weitgehend auf das Interesse der Lohnabhängigen rückführen, innerhalb erträglicher Zeiten den Arbeitsplatz, die Ausbildungsstelle, Einkaufsmöglichkeiten etc. zu erreichen. Industrieverlagerungen und Wechsel der Arbeitsstätte, Zentralisierung von Schulen und Ämtern und die weitgehende Beseitigung öffentlicher Nahverkehrsmöglichkeiten gerade in ländlichen Regionen machen die Verfügung über ein Kraftfahrzeug nötig.

Tatsächlich dient die Kraftfahrzeugnutzung überwiegend dem

liche Kritik am Verkehrsgeschehen. Zusammenfassend formulierte dies z.B. der Arbeitskreis Verkehr im BBU, in dem verschiedene Mitglieder der GRÜNEN mitarbeiten, und der von den GRÜNEN um Stellungnahme zu Dollingers Maßnahmen gebeten wurde. Der Arbeitskreis verlangte "Maßnahmen zur Reduzierung des Gesamtverkehrsaufkommens durch Verhinderung des Entstehens von Transportvorgängen und Verkehrszwängen". Diese Forderung enthält eine, wenn auch undeutliche Kritik an der durch die Kapitalisten erzwungenen Mobilität der Lohnabhängigen und der Organisation der Produktion, die lange und zahlreiche Transportvorgänge erfordert. Darüberhinaus verlangen die GRÜNEN in verschiedenen Kommunalparlamenten den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und die Heranziehung der Kapitalisten zu seiner Finanzierung. Im Bundestag brachten sie ein Gesetz gegen die Streckenstilllegungen der Bundesbahn insbesondere in ländlichen Gebieten ein und für die besondere steuerliche Belastung der Kapitalisten zugunsten der Bahn. Allerdings erheben sie neben Forderungen, die darauf zielen, die Kapitalisten stärker zur Finanzierung der Verkehrsmittel heranzuziehen, auch zahlreiche, die eine weitere Erhöhung der Versicherungs- und Bußgelder nach sich ziehen werden. So verlangen sie z.B. höhere Strafen für Geschwindigkeitsübertretungen, häufigeren Führerscheinentzug etc.

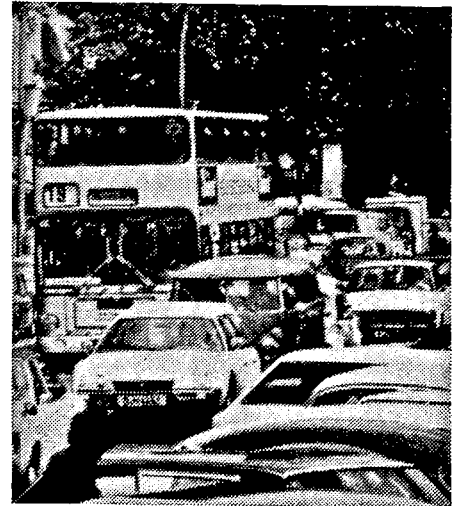
Die Gewerkschaften der öffentlichen Dienste wollen ebenfalls den Ausbau und die Verbilligung des öffentlichen Nahverkehrs für den privaten Gebrauch und den Erhalt und Ausbau der Bundesbahn sowohl für private wie auch für gewerbliche Zwecke, üben aber keine grundsätzliche Kritik an der Organisation des Wirtschaftsgeschehens. Der gewerkschaftliche Automobilclub ACE versucht zur Zeit, die Unterstützung aller DGB-Gewerkschaften für ein gemeinsames Vorgehen auf kommunaler Ebene zu gewinnen. Die ÖTV fordert schon seit mehreren Jahren, daß die Verteilung des Mineralölsteueraufkommens so geändert wird, daß künftig 75% für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zur Verfügung stehen. Im August schrieb das ehemalige Vorstandsmitglied der ÖTV, Siegfried Mertens, in der Zeitschrift des ACE:

"Betriebsräte und ihre Gewerkschaften sollten die in ihrem Bereich tätigen Nahverkehrsunternehmen hart fordern. Nur dann, wenn die Höhe der Fahrtkosten und die Fahrpläne auf Arbeitnehmer Rücksicht nehmen, d.h. Arbeitsbeginn und Arbeitsschichtende tatsächlich berücksichtigen, wird der Nahverkehr im besten Sinne des Wortes für diese Arbeitnehmer attraktiv. Die Nahverkehrsunternehmen könnten in bezug auf ihre Fahrgastzahlen profitieren, der Arbeitnehmer durch

'Umsteigen' eine Entlastung seines Familienetats erreichen ... Deshalb plädiert der ACE dafür, daß die Gewerkschafter im DGB auf Kreisebene die tatsächlichen Verhältnisse in die Politik mit einbringen."

Ob Mertens Versuch gelingt, die anderen DGB-Gewerkschaften für ein gemeinsames Vorgehen zu gewinnen, bleibt abzuwarten. Unterstützenswert ist dieses Vorgehen, denn es ist ein Versuch, über die Kommunen Interessen der Lohnabhängigen zur Geltung zu bringen.

Quellenhinweis: Verkehrsnachrichten, herausgegeben v. Bundesverkehrsnachrichten, Ausgaben 1984; Materialien der Bundestagsfraktion der GRÜNEN zu Bundesbahn, Autoverkehr; Materialien des Arbeitskreises Verkehr im BBU; Unterlagen der Anhörung des Verkehrsausschusses im Bundestag v. 19.9.84 – (uld, alk, dif, rül)



Die häufigste Nutzung des "Freiheitsymbols": Arbeitswege

FÜHRERSCHEINKOSTEN FÜR DIE LOHNABHÄNGIGEN

Seit 1909 sind im Deutschen Reich Führerscheine vorgeschrieben. Das "Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen" wurde seitdem mehrfach geändert und ergänzt. 1952 dehnte die Bundesregierung die Vorschriften über die Führerscheinpfllicht aus und verschärfte sowohl die Zulassungsbedingungen wie auch die Möglichkeiten des Entzugs von Führerscheinen. So muß seitdem jeder Antrag auf Ausstellung eines Führerscheins bei der örtlichen Polizei eingereicht werden, die die "Eignung des Antragstellers zum Führen eines Kraftfahrzeuges" prüft. In Hunderten von Grundsatzurteilen ist seitdem ausgeführt, wer alles als "nicht geeignet" beurteilt werden darf. Als "nicht geeignet" zum Führen eines Kraftfahrzeuges kann heute nach Urteilen oberster Bundesgerichte z.B. beurteilt werden, wer "charakterlich-sittliche Mängel" aufweist, indem er ein Kraftfahrzeug für "Eigentums- und Vermögensdelikte" benutzt. Auch wer als "Überzeugungstäter" wegen "Spionage" verurteilt wurde, gilt als "nicht geeignet". "Eides- und Konkursdelikte" können dagegen "nicht ohne weiteres" als Beweis "charakterlicher Ungeeignetheit" gelten. (1)

Die mit diesem Gesetz und seinen zahllosen Änderungen und Ergänzungen geschaffenen Möglichkeiten zur Bestrafung haben Gerichte, Ordnungsbehörden und andere Staatsorgane seitdem eifrig genutzt. In 304916 Fällen haben 1983 westdeutsche Gerichte, Bußgeld- und Verwaltungsbehörden nach Angaben des Kraftfahrtbundesamtes in Flensburg den befristeten oder dauernden Entzug von Führerscheinen angeordnet. In über 170000 Fällen davon begrün-

deten sie ihre Entscheidung mit "Trunkenheit am Steuer". In 82000 Fällen, d.h. in wenig mehr als einem Viertel aller Fälle, war ein Verkehrsunfall Anlaß des Führerscheinentzugs.

Westdeutsche Staatsorgane wissen, wen sie zu verfolgen und zu strafen haben. Das gilt auch für Verkehrsgerichte. 53,8% aller 1983 ausgesprochenen Entziehungen der Fahrerlaubnis und 66,1% aller befristeten Führerscheinsperren wurden gegen Arbeiter verhängt, zumeist mit dem Vorwurf der "Trunkenheit". "Selbständige" dagegen traf die Entziehung der Fahrerlaubnis nur in 5,9% aller Fälle, die befristete Sperre des Führerscheins nur in 6,6% aller Fälle. Der CSU-Generalsekretär Wiesheu, der im letzten Jahr einen Rentner auf der Autobahn totfuhr, ist bis heute nicht verurteilt.

Vor allem aber hat die Bourgeoisie darauf geachtet, daß die Lohnabhängigen sämtliche Kosten der Fahrausbildung tragen. Die damit verbundene Ausplünderung der Lohnabhängigen ist beträchtlich. Heute kostet eine Fahrausbildung samt Prüfung je nach Anzahl der Fahrstunden 1000 DM und mehr. Bei jährlich 1,9 bis 2 Mio. Fahrscheinprüfungen, darunter 1,2 bis 1,3 Mio. für Führerscheine der Klasse 3 (gewöhnliche Kraftfahrzeuge) sind das 1,5 bis 2 Mrd. DM, die die Lohnabhängigen aus ihrem Lohn bestreiten müssen, obwohl sie ihre Fahrzeuge überwiegend für Fahrten zum Arbeitsplatz und zurück benötigen.

Quellenhinweis: (1) Zitate aus: Himmelreich/Hentschel, Fahrverbot, Führerscheinentzug, Köln 1980, S. 212f.; weitere Quellen: Kraftfahrtbundesamt Flensburg, Statistische Mitteilungen 4/1984; König, Kraftfahrlere, Berlin, o.J.



Innere Sicherheit

Zwei Themen würden ihn, so Kohl in seiner Rede vor dem 55. Juristentag, "besonders bewegen": "Politische Institutionen in Krisenzeiten" und "Herausforderungen an die parlamentarische Demokratie". Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet hatte kurz zuvor die Justizministerkonferenz getagt und u.a. den Einsatz von

V-Leuten für Polizeiaufgaben sowie die "stärkere Beachtung des Opfers im Strafverfahren" beraten. Beides, die von Kohl besonders hervorgehobenen Themen auf dem Juristentag wie die Tagungspunkte der Justizministerkonferenz, kündigt einen weiteren Ausbau des staatlichen Gewaltapparates an. Welche Vorschläge haben Juristentag und Justizministerkonferenz im einzelnen vorgelegt?

USA bereiten Intervention in Nicaragua vor

Seit die Somoza-Regierung in Nicaragua gestürzt ist, sehen die US-Imperialisten ihre uneingeschränkte Vorherrschaft in Mittelamerika gefährdet. Sie unterstützen reaktionäre Truppen, die versuchen, das Land mit einem Bürgerkrieg zu überziehen. Die Regierung Nicaraguas hat für den 12. Oktober Wahlen angesetzt. Inzwischen haben nahezu alle Parteien, die gegen die demokratische Einheitsfrontregierung auftreten, mitgeteilt, daß sie nicht an den Wahlen teilnehmen werden. Die US-Imperialisten hatten die Durchführung "demokratischer Wahlen" zur Voraussetzung einer möglichen Anerkennung der nicaragua-nischen Regierung und der Beendigung der reaktionären Überfälle gemacht.



Saisonarbeit

Zum Beispiel in der Sauerkonservenherstellung. Brutalste Überarbeit während der Saison, stets schwankender Lohn und ungewisse Dauer der Beschäftigung – so kann man die Lage der Saisonarbeiter kennzeichnen. Arbeitszeitordnung, Kündigungsschutzgesetz und auch der Manteltarifvertrag für die obst- und gemüseverar-

beitende Industrie bieten dem Kapitalisten genügend Handhabe dafür, die Arbeitskraft entsprechend seinen Bedürfnissen zu vernutzen. Wer z.B. weniger als sechs Monate als Saisonarbeiter beschäftigt ist, hat keinen Kündigungsschutz. Stamm- und Saisonarbeiter werden ständig gegeneinander ausgespielt. Gewerkschaftliche Organisation ist schwierig, vor allem bei Betrieben mit hohem Frauenanteil.

Faschistische Umtriebe in Unions-Jugendorganisationen

Obwohl die Junge Union auf ihren vergangenen "Deutschlandtagen" mehrere förmliche Unvereinbarkeitsbeschlüsse über Doppelmithgliedschaften in faschistischen Organisationen gefaßt hat, dringen doch immer wieder Tatsachen an die Öffentlichkeit, die vermuten lassen, daß solche Beschlüsse vor allem der Wahrung des "demokratischen" Ansehens der Jugendorganisationen der Unions-Parteien dienen. Beschlußfassung über "undeutsche" Schriftsteller, die im Unterricht nicht mehr zu behandeln seien, rassistische Äußerungen – das Aufkommen von faschistischem Gedankengut unter dem Deckmantel der "Demokratie" wird von den Mutterparteien gedeckt und gefördert.



Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postcheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoßset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.